Nr. 253. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aus dem Dreiklassenparlament.

Der Antrag auf Haftentlassung Liebknechts kam gestern vor dem Dreiklassenparlament zur Verhandlung. Die Junker- und Geldsackkammer konnte, wollte sie sich nicht völlig diskreditieren und auch vor dem Ausland als preußische Oberduma verächtlich machen, nicht umhin, den Antrag wenigstens zur Besprechung zu bringen. Man mußte wenigstens so tun, als ob man die sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei Preußens und des Reiches, auch noch mundtot machen wolle. Deshalb ließ man den Vertreter unserer Fraktion zum Wort kommen. Was dann freilich kam, war nur eine Farce. Man geberdete sich so, als ob man die Sozialdemokratie keineswegs an der parlamentarischen Betätigung hindern wolle, sondern als ob der Widerstand gegen die Haftentlassung Liebknechts zum Zwecke der Ausübung seines Mandates nur aus gewissenhaftesten, skrupulösesten, juristischen und staatsrechtlichen Bedenken resultiere.

Es war ein wahrhaft groteskes Schauspiel, wie einer der wildesten reaktionären Draufgänger und zügellosesten Volksfeinde, Herr Kreth, sich hinter die peinlichsten verfassungsmäßigen und juristischen Bedenken verkroch und sich sogar auf eine unanfechtbare staatsrechtliche Autorität berief, auf — Wilhelm Liebknecht! Die Autorität selbst eines Sozialdemokraten ist für einen ostelbischen Junkervertreter unantastbar, wenn die Auffassung des Sozialdemokraten ausnahmsweise einmal den Junkern in den Kram paßt. Unser Alter war natürlich weit davon entfernt, sich in formal-juristischen Fragen für eine Autorität zu halten, er machte seinerzeit offensichtlich auch nur den Vertretern der kleinlichen juristischen Haarspalterei eine Konzession, um die Sache aus der Niederung der juristischen Wortklaubereien auf das Niveau der ernsthaften politischen Erörterung zu heben.

Aber den bürgerlichen Parteien paßte es gerade, sich hinter Formalitäten zu verschanzen, allerhand juristische Finessen auszutüfteln, statt auf ernste politische Erörterungen einzugehen. So zeigte sich auch der Zentrumsvertreter Herr Roeren lediglich in seiner Eigenschaft als Jurist im übeln Sinne, als Mann engherzig-formaler Interpretation, um nur ja die reaktionäre Physiognomie des wackeren Zentrums zu verhüllen. Einzig Herr Albert Traeger, der Redner des Freisinns, gab ehrlich zu, daß die Frage **keine formaljuristische**, sondern eine **eminent politische sei!** Früher, als er noch jung und streitbar gewesen, habe er deshalb die juristischen Auslegungskünste der Herren Reaktionäre in dieser Frage lebhaft bekämpft. Jetzt gebe er es resigniert auf, den alten Streit aufzufrischen. Herr Traeger ist ein Mann von 78 Jahren. Ihm kann man die Resignation nachfühlen und verzeihen; aber daß die freisinnigen Parteien selbst den Kampf aufgeben und nicht mehr den Mut haben, **für die Rechte des Volkes und des Parlaments rückhaltlos einzutreten**, das ist ungemein bezeichnend für den greisenhaften Verfall dieser Freisinnigen, unter denen ihr Senior Traeger bei weitem noch der jugendlichste und streitbarste ist.

Genosse Hirsch vertrat den sozialdemokratischen Antrag mit scharfer juristischer und politischer Pointierung. Er wies nach, daß die angesehensten Organe des Freisinns, das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" durchaus die ursprüngliche, sozialdemokratische Formulierung des Antrages vertreten, den der Freisinn durch Unterschrift zu unterstützen abgelehnt hat. Er wies ferner durch hochinteressantes Tatsachenmaterial nach, daß auch in dieser wichtigen politischen Frage, die einen Maßstab für die Rechte des Parlamentes und die Würde und Bedeutung der Volksvertretung liefert, **fast alle ausländischen Staaten** auf dem Standpunkt stehen, daß es das Ansehen und die Bedeutung der Volksvertretung ganz selbstverständlich verlangen, daß auch im Vollstreckungsstadium befindliche Strafverfahren **ausgesetzt** werden! Die durch Form wie Inhalt fesselnden Ausführungen des sozialdemokratischen Redners fanden bei dem Hause denn auch allgemeine Aufmerksamkeit, was jedoch die Parteien nicht hinderte, nachher der Reaktion juristische Handlangerdienste zu leisten.

Erwähnenswert ist, daß Herr Kreth sich in der Rolle des witzelnden Sozialistentöters versuchte. Genosse Hoffmann, der ihm mit beißender Schlagfertigkeit antwortete, behielt jedoch das letzte Wort.

•

Der Rest der Sitzung wurde mit der Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes ausgefüllt. Interessant wurde die Debatte erst, als der Pole Dr. v. Jazdzewski die politische Seite der Frage streifte und sich mit vollem Nachdruck dagegen wehrte, daß gerade diejenigen Beamten eine Zulage erhalten sollten, die hauptsächlich die polnischen Staatsbürger schikanieren; der polnische Redner erklärte namens seiner Freunde rund heraus, daß sie gegen eine solche „Belohnung" stimmen würden. Die Antwort des Finanzministers war eine Antipolenrede im Reserveleutnantston, eine Rede, wie man sie von diesem Herrn nachgerade zu hunderten gelesen hat.

Nachdem noch Abg. Peltasohn von der freisinnigen Vereinigung die Stellung seiner Freunde dargelegt hatte, kam endlich als letzter Redner aus dem Hause unser Genosse Ströbel zu Wort. Schon der Anfang seiner Rede, worin er die Nichtbeachtung der Wünsche einer großen Anzahl von Unterbeamtenkategorien sowie das gänzliche Fehlen einer Fürsorge für Arbeiter zur Sprache brachte, rief am Regierungstische sowohl als auch bei den Herren auf der Rechten lebhafte Unruhe hervor, eine Unruhe, die sich noch steigerte, als der sozialdemokratische Redner an dem „bureaukratischen Mandarinentum" Kritik übte, das die Regierung mit ihrer Vorlage züchten wolle, und als er den schlüssigen Beweis dafür erbrachte, daß man nicht von einem Akt werktätiger und weitgehender Fürsorge sprechen könne, wie der Finanzminister es getan, sondern daß die Regierung lediglich eine Anstandspflicht erfüllt, wenn sie die Gehälter wenigstens so weit erhöhe, wie es die Steigerung der Lebenshaltung erfordere. Als Genosse Ströbel vollends die agrarische Wirtschaftspolitik geißelte, da war es mit dem äußeren Anstand, den der Chor der Landräte bis dahin bewahrt hatte, vorbei, die Herren suchten nach bekannter Manier durch allerhand unartikulierte Laute und mehr oder weniger geistreiche Zwischenrufe den unbequemen Gegner aus dem Konzept zu bringen. Gelungen ist ihnen dies Manöver freilich nicht.

Wie wenig Recht Preußen hat, sich zu rühmen, daß es in Deutschland vorangeht, das bewies Ströbel durch einen Vergleich zwischen den Gehältern ein und derselben Beamtenkategorie in Preußen und Bayern. Mit Recht konnte er an der Hand der Vorlage, die besonders die Beamten des Außendienstes berücksichtigt, die Behauptung aufstellen, daß es die Absicht der Regierung sei, sich eine Prätorianergarde für den Klassenstaat zu züchten. Die Junker, die das nicht wahr haben wollten, quittierten hierauf mit ironischem Beifall. Dem Einwand, daß die Sozialdemokratie wohl Forderungen aufstelle, aber der Regierung keine Mittel bewillige, begegnete Ströbel von vornherein mit dem Vorschlage, einfach die Aufwendungen für die hohe Geistlichkeit aus dem Etat zu streichen, um sich so ohne irgend eine weitere Belastung des Volkes die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Energisch bekämpfte er das System der Stellenzulagen, durch das die Beamten der Willkür ihrer Vorgesetzten preisgegeben werden, und mit gutem Humor malte er im Hinblick auf die Preßäußerung von Staatsanwälten, die mit der ihnen zugedachten Loherhöhung nicht zufrieden sind, das Gespenst eines Streiks der Staatsanwälte an die Wand. In schroffem Gegensatz zu den Konservativen, die von den Beamten verlangen, daß sie dem Landtage dankbar sind und das Petitionieren einstellen, vertrat er den Standpunkt, daß es sich hier lediglich um Leistung und Gegenleistung handele und daß niemand es wagen dürfe, den Beamten das ihnen gesetzlich gewährleistete Petitionsrecht zu schmälern. Die Vorlage verdiene höchstens den kühlen Dank eines höflichen Mannes.

Ströbel hatte in seiner Rede, die die Sozialdemokraten mit lebhaftem Beifall begleiteten, auch der Eisenbahner Erwähnung getan und die Forderung erhoben, daß die unteren und mittleren Beamten im Eisenbahndienst endlich auskömmlich besoldet würden. Diese Aeußerung rief den Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach auf den Plan, der, da er positives nicht zu erwidern wußte, die bekannte Phrase herstammelte, daß die Sozialdemokraten ja doch alles herunterreißen, daß man es dieser Partei niemals recht machen könne, und was derartig schöne Weisheiten mehr sind. Kecken Mutes — Herr Breitenbach wußte, daß er im Dreiklassenparlament sprach — behauptete er, die Löhne der Arbeiter seien dauernd erhöht worden, ja der Beifall der Scharfmacher begeisterte ihn sogar zu dem Ausspruch, daß die allgemeinen Teuerungsverhältnisse eigentlich nur die Folge der Lohnerhöhungen der Arbeiter seien. So setzte sich der Minister dreist und gottesfürchtig über die von Ströbel in die Diskussion gezogene Frage der agrarischen Wirtschaftspolitik und ihrer Folgen hinweg. Herr Breitenbach ist der Typus eines Vertreters einseitiger Unternehmerinteressen. Ließ er doch keinen Zweifel darüber, daß seiner Meinung nach schon mit Rücksicht auf die Lage der Privatindustrie die Arbeiterlöhne nicht erhöht werden dürften!

Nachdem der Minister seine sozialpolitische Weisheit verzapft hatte, machte ein Schlußantrag der Diskussion ein Ende.

Am Mittwoch soll das Lehrerbesoldungsgesetz beraten werden. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion ist Genosse Borgmann in Aussicht genommen.

Der Arbeiterschutz in der Gewerbeordnungsnovelle.

Während der Reichstag noch seinen Sommerschlaf hält und das Danaergeschenk der Reichsfinanzreform erst am kommenden Mittwoch entgegennehmen will, trat die Reichstagskommission zur Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungsnovelle schon gestern vormittag wieder zusammen.

Die Mehrheit beschloß, zunächst die Artikel 3, 5 und 6 der Novelle zu beraten und die von der Regierung und den Mitgliedern der Kommission gestellten Anträge bis zur Erledigung dieser Materie auszusetzen, weil diese Artikel lediglich Folge der Berner Konvention sind, deren Erfüllung noch in diesem Jahre erfolgen soll.

Die Berner Konvention fordert die Ausdehnung von Arbeiterschutzbestimmungen, welche bisher nur für Fabriken galten, für alle Betriebe mit durchschnittlich mehr als zehn Arbeitern. Das stellt die Berner Konvention als Mindestforderung für die rückständigsten Staaten auf. Der Entwurf lehnt sich zaghaft an diese Mindestforderung an. Er schlägt vor, daß die Vorschriften, die bisher nur für die Fabrikarbeiter galten, nunmehr auf alle Betriebe übertragen werden, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. Unsere Genossen in der Kommission (Molkenbuhr, Schmidt-Berlin, Stadthagen) beantragten, statt der Worte „in denen" zu setzen „für die" und statt der Zahl 10: 5 zu setzen. Sie führten an, daß das Aufgeben des sehr umstrittenen Begriffs Fabrik ein Fortschritt sei. Aber es gebe heute Betriebe mit weniger als 10 Personen. Die Arbeiter in diesen würden, auch wenn man die Hereinbeziehung der Motorwerkstätten durch § 154 der Gewerbeordnung in Betracht ziehe, fortan schlechter gestellt werden. Außerdem dürfe aber Deutschland doch nicht hintenan marschieren. Eine Reihe ausländischer Gesetze, so die der Schweiz und Australiens, haben als Mindestzahl 5, 4 oder 3 festgesetzt. So hatte Victoria im ersten Fabrikgesetz von 1873 die Fabrik als einen Raum definiert, in dem bei der Erzeugung von Gütern nicht weniger als 10 Personen beschäftigt werden. Im Jahre 1885 wurde die zum Begriff Fabrik notwendige Arbeiteranzahl auf 6, im Jahre 1893 auf 4 reduziert und überdies ohne Rücksicht auf die Personenzahl bestimmte Betriebe den Fabriken gleichgestellt. Richtig wäre es, für alle Betriebe, zum mindesten alle Werkstätten die Schutzvorschriften einzuführen. Zum mindesten sollte man der bescheidenen Herabsetzung der Zahl 10 auf 5 Personen zustimmen. „Für die" statt „in denen" müsse es heißen, um den Streitigkeiten ein Ende zu bereiten, wer im Betriebe beschäftigt sei. Insbesondere würde die Regierungsfassung die Heimarbeiter vermehren, das lebhafte, berechtigte Bestreben der organisierten Arbeiter, Betriebswerkstätten in der Konfektion usw. zu erlangen, hindern. Beschäftigte ein Konfektionär z. B. neun Arbeiter, so würden die für die Frauen bestimmten Schutzvorschriften nicht zu gelten haben. Der Konfektionär werde also geradezu veranlaßt, außerhalb statt innerhalb der Werkstätte zu beschäftigen. Was der sozialdemokratische Abg. v. Schweitzer schon 1877 verlangte, könne doch endlich jetzt, wo man im Begriff steht, mit dem Begriff der Fabrik zu brechen, Gesetz werden. Die Mitglieder der verschiedenen Parteien und die Regierungsvertreter erwiderten, der Antrag würde dem Handwerk Lasten auflegen, er gehe zu weit. Monteure, Installateure, Elektrotechniker usw., die auswärts arbeiten, rechnen doch zu den Personen, die im Betrieb beschäftigt werden, Heimarbeiter in der Regel nicht. Abg. Schmidt-Altenburg (freikons.) sprach sich dafür aus, daß bei richtiger Auslegung alle für den Betrieb beschäftigten als im Betrieb beschäftigt zu gelten hätten. Die Kommission lehnte die sozialdemokratischen Anträge mit allen gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter ab.

Weiter setzt das Berner Uebereinkommen die

Maximalarbeit für Arbeiterinnen auf zehn Stunden

pro Tag fest. Abg. Hitze (Z.) beantragte, diese Bestimmung nicht wie es die Regierungsvorlage vorschlägt, erst im Jahre 1910, sondern sogleich mit Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle in Wirksamkeit zu setzen. Er schlug weiter vor, die Arbeitszeit an den Vorabenden der Festtage auf neun Stunden zu beschränken. — Abg. Dr. Stresemann (natl.) beantragte an Stelle der täglich zehnstündigen eine wöchentlich 60stündige Arbeitszeit zu setzen und hinzuzufügen, daß die Arbeitszeit am einzelnen Tage 11 Stunden nicht überschreiten dürfe. Er begründete den Antrag damit, daß man den Arbeitgebern eine freiere Disposition über die tägliche Arbeitszeit lassen müsse, weil die Ansprüche an die Arbeitsleistung in den einzelnen Industriezweigen und an den einzelnen Arbeitstagen verschieden seien. Genosse Molkenbuhr wandte sich scharf gegen den Antrag, der allzu deutlich das Streben der nationalliberalen Partei verrät, mit der geldgebenden Großindustrie in guten Beziehungen zu bleiben. Mit seiner Annahme würde jede Kontrolle über die Arbeitszeit aufhören und die Ueberwachung der Bestimmungen den größten Schwierigkeiten begegnen. Im Gegensatz zu diesem arbeiterfeindlichen Vorschlag befürwortete Genosse Molkenbuhr die Einführung des Achtstundentages für Arbeiterinnen. Wenn die englischen Spinnereien den neunstündigen Arbeitstag eingeführt haben, so könne es der deutschen Industrie, die durch den Schutzzoll in einer besonders günstigen Lage sei, nicht schwer werden, mit dem Achtstundentage auszukommen. Der Zentrumsgewerkschaftler Giesberts kam über ein Zwar — Aber nicht hinaus. Er sei zwar im Prinzip sehr für eine niedrige Arbeitszeit, aber der Achtstundentag sei gegenwärtig noch nicht durchführbar. Mit dem Zehnstundentage könne die Industrie sehr gut auskommen. Auch das Zentrum hat also das Bestreben, nur den Kapitalisten nicht wehe zu tun. Zur Vertretung seines Standpunktes nahm auch noch der Abg. Erzberger das Wort. Ein Regierungsvertreter wandte sich gegen den Antrag Stresemann, erklärte aber auch den Antrag Hitze auf Herabsetzung der Arbeitszeit an den Vorabenden der Festtage für unannehmbar. Gleich den Vertretern aller bürgerlichen Parteien lehnte er unseren Achtstundenantrag entschieden ab. Der Antrag Stresemann wurde hierauf zurückgezogen, doch wurde schon für die zweite Lesung ein neuer Antrag angekündigt, der wenigstens für einzelne Industrien die wöchentliche statt der täglichen Maximalarbeitszeit vorschlagen wird. — In der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit dem Antrag Hitze angenommen, also: Zehnstundentag, und an den Abenden vor den Festen Neunstundentag. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Ein weiterer Antrag Hitze, an Stelle

der gesetzlichen Mindestmittagspause von einer Stunde eine $1^1/_2$stündige Mittagspause einzuführen, fand lebhaften Widerspruch und wurde schließlich zurückgezogen.

Für einen Ausbau des

Wöchnerinnenschutzes

traten unsere Genossen in der Kommission mit aller Entschiedenheit ein. Sie stellten einen Antrag, nach dem die Wöchnerin sechs Wochen vor und nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfe, daß ihr während der Ruhezeit nicht gekündigt werden dürfe und daß ihr die Arbeitsstelle nach dieser Zeit wieder offen stehen müsse. Ein Zentrumsantrag verlangte, daß Wöchnerinnen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen acht Wochen nicht beschäftigt werden dürfen. Wieder eingestellt sollen sie erst werden, wenn seit der Niederkunft wenigstens sechs Wochen verflossen sind. Zur Begründung unseres Antrages berief sich Genosse Stadthagen auf eine rücksichtlich des Offenhaltens der Stelle gleichlautende Bestimmung der spanischen Gewerbeordnung. Die Kindersterblichkeit sei in Deutschland noch erschreckend hoch und habe vor allem in der ungünstigen wirtschaftlichen Stellung der Mutter ihre Ursache. Abgeordneter Dr. Mugdan (frs. Vp.) sprach sich für den Antrag Hitze aus und empfahl eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes dahin, daß die Niederkunft als Krankheit gelten und damit das Anrecht auf Krankenunterstützung geben sollte. Bisher ist die Wöchnerinnenunterstützung bekanntlich nur fakultativ in das Belieben der Krankenkassen gestellt. Abg. Giesberts (Z.) wandte gegen unsern Antrag ein, daß es sehr schwierig sein würde, die Bestimmung durchzuführen, daß der Wöchnerin ihre Arbeitsstelle freigehalten werden muß. Molkenbuhr (Soz.) erwiderte, daß es nach unserem Antrage der Arbeiterin freistehen soll, wenn sie sich während der Periode der Schwangerschaft krank fühlt, von der Arbeit fernzubleiben, ohne daß sie sofort entlassen werden kann. Dem Dr. Mugdan wies er nach, daß er wieder mal einen sozialdemokratischen Antrag abzuschreiben im Begriff steht: schon beim Krankenversicherungsgesetz hat unsere Fraktion die obligatorische Einführung der Wöchnerinnenunterstützung und der Gleichstellung von Schwangerschaftsbeschwerden mit Krankheiten beantragt. Abg. Behrens (Wirtschaftl. Vg.) regt eine Vorschrift an, nach der den Arbeiterinnen in der Fabrik ein Raum zur Verfügung gestellt werden solle, um dort das Kind zu stillen. Abg. Mans (frs. Vp.) trat dem Antrage unserer Genossen mit allerlei patriarchalischen Argumenten entgegen. Ein humaner Arbeitgeber werde der Wöchnerin die Arbeitsstelle schon offen halten. Gegen eine gesetzliche Verpflichtung aber wehrte er sich mit aller Entschiedenheit. — In der Abstimmung wurde der Zentrumsantrag angenommen. Unser Antrag fand wiederum nur die Stimmen der drei sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder.

Die Kommission setzt ihre Beratungen am Mittwoch fort, sie will alltäglich von 10 bis um 3 Uhr tagen.

Die oberschlesische Polizei und das Reichs-Vereinsgesetz.

Wir konnten bereits wiederholt berichten, daß der größte Teil der oberschlesischen Polizeiverwaltungen sich mit den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nur schwer abfinden kann. Inzwischen haben die meisten Polizeiverwaltungen sich vergewissert, daß Oberschlesien auch ein Bestandteil Deutschlands ist und daß das Reichsvereinsgesetz auch hier seine Geltung hat. Zu den Verwaltungen, die dieses nicht begreifen, gehört neben einigen anderen die Polizei in Gleiwitz.

Die Gleiwitzer Polizei kann sich rühmen, es fertig gebracht zu haben, daß das Gewerkschaftslokal aufgegeben werden mußte. Offenbar glaubte sie, daß mit der Aufgabe des Lokals auch die Gewerkschaftler und die Sozialdemokraten von Gleiwitz ausgezogen sind. Doch das war eine Täuschung! Nach langem Suchen hatte die Polizei entdeckt, daß die Gewerkschaften, das Kartell, ja sogar der Sozialdemokratische Verein im Gasthof zur „Stadt Troppau" tagen. Von nun an sollte der Wirt dieses Lokals was erleben! Polizeibeamte gingen in seinem Lokal ein und aus. Man glaubte allgemein, die Polizeiwache sei nach „Stadt Troppau" verlegt worden! Doch was die Herren in Zivil und Uniform dort wollten, sollte man bald erfahren. Dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins, Genossen A. Stefanski, ging folgender Brief des Gasthofbesitzers zu:

„Behördlicherseits wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß ich Ihre Versammlungen nicht mehr in meinem Lokal dulden darf. Es tut mir leid, Ihnen das mitteilen zu müssen, doch muß ich auf Geschäft Rücksicht nehmen, um nicht Unannehmlichkeiten zu haben.

Mit Gruß Hochachtungsvoll
gez. Rudolf Müller
„Gasthaus zur Stadt Troppau."

Mit dieser Nachricht gab Genosse Stefanski sich nicht zufrieden, sondern er begab sich zum Wirt Müller und stellte diesen im Beisein eines weiteren Genossen zur Rede. Herr Müller und dessen Ehefrau schilderten nun das Vorgehen der Polizei wie folgt: Im Lokal seien der Kriminalbeamte Ordon und der Polizeisergeant Duda erschienen. Zwischen den beiden Beamten und den Müllerschen Eheleuten habe sich nun eine Verhandlung wie folgt abgewickelt:

Ordon: Herr Müller, bei Ihnen haben sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden?

Müller: Ob es sozialdemokratische waren, weiß ich nicht, aber es waren Vereinsversammlungen, die nicht meldepflichtig sind; wenn Sie glauben, daß in den Versammlungen etwas vorgeht, was nicht gesetzlich ist, dann kommen Sie doch und sehen Sie nach. Die Leute sind anständig, und in ihren Reden, die ich mir angehört habe, ist nichts Ungesetzliches.

Ordon: Wenn die Versammlungen weiter stattfinden, dann kommt über Ihr Lokal der Militärboykott und die Konzession wird Ihnen gekürzt.

Müller: Aber ich kann mir doch nicht die Gäste fortjagen; wovon soll ich dann die hohe Pacht zahlen und mit der Familie leben?

Ordon: Und wenn die Versammlungen dann immer weiter stattfinden, dann wird Ihnen die Konzession entzogen und das Lokal geschlossen.

Die beiden Beamten haben sich dann entfernt. Doch hat man sich mit diesen Drohungen nicht begnügt, denn man glaubte, der Sache noch nicht sicher zu sein. Wenige Tage später wurde der Cafétier Müller, ein Bruder des Wirts der „Stadt Troppau", von der Polizei antelephoniert und ersucht, auf seinen Bruder einzuwirken, daß er unter keinen Umständen sein Lokal hergibt, im anderen Falle das Lokal am nächsten Morgen polizeilich geschlossen wird. Dieser Wink wurde dann auch prompt befolgt, worauf Müller den Brief an Stefanski verfaßte und absandte. In bewegten Worten klagte Herr Müller, wie die Polizei ihn durch dieses ihr Vorgehen geschädigt hat. Auf die Frage unserer Genossen, ob alle Angaben den Tatsachen entsprechen, da die Sache der Oeffentlichkeit übergeben werde, erklärte Herr Müller sowie seine Ehefrau: „Jedes Wort, was wir gesagt, werden wir, falls erforderlich, vor Gericht unter Eid bekräftigen. Denn nicht nur wir, sondern auch verschiedene andere Wirte sind der Polizeiwirtschaft überdrüssig geworden."

Diese Angaben erscheinen um so glaubhafter, als auch der Wirt Jäckel in der Zabrzer Straße, bei dem längere Zeit die Versammlungen der Transport- und Metallarbeiter tagten, sein Lokal jetzt verweigert.

Der Chef der Gleiwitzer Polizei ist der Herr Bürgermeister Miethe. An ihm ist es, zu erklären, ob die beiden Beamten ihre ungesetzlichen Drohungen in seinem Auftrage oder mit seinem Wissen ausgestoßen haben. Was sagen der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der Minister des Innern Herr v. Moltke und der Regierungspräsident Herr v. Schwerin dazu, daß die beiden Gleiwitzer Beamten entgegen den Erklärungen der Minister und dem klaren Wortlaut der Gesetze Handlungen vornehmen, mit denen sich wohl noch die Gleiwitzer Staatsanwaltschaft beschäftigen wird? Kennen die Beamten nicht die Erklärungen des Staatssekretärs des Innern bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes, nicht die Antwort des Ministers v. Moltke in dem ähnlichen Falle Dr. Guradze-Oswitz?

Wir fragen weiter: „Können Beamte, die ihr Amt derartig mißbrauchen, ganze Bevölkerungsschichten beunruhigen, den Wirt wirtschaftlich schädigen, auch nur noch eine Minute im Amte verbleiben?" Wird die Regierung der Gleiwitzer Polizei ihr ungesetzliches Vorgehen vorhalten und dem Gesetz Achtung verschaffen? Vorläufig wagen wir noch zu hoffen, daß es geschehen wird.

Die Balkankrise.

Der Rückzug der englischen Diplomatie hat die Aussichten für das Zustandekommen einer Verständigung wesentlich gebessert. Daß in London behauptet wird, daß England den direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich nie hinderlich gewesen sei, wird wohl die Meinung, daß die englische Diplomatie für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich war, nirgends erschüttern. In Paris bezeichnet man den Umschwung als ein Verdienst Frankreichs, das von Anfang an in den Balkanwirren eine vermittelnde Stellung eingenommen hat. Die Verhandlungen Oesterreichs mit der Türkei dürften also sehr bald aufgenommen werden, und es ist jetzt wahrscheinlich, daß sie zu einer Verständigung führen. Die Konferenz, die man, nachdem sich die Diplomaten um ihr Zustandekommen so heftig bemüht haben, nun einmal wird abhalten müssen, obwohl ihr Zweck sehr gering ist, wird dann diese Vereinbarungen anzuerkennen haben. So werden vielleicht auch bald die „Schwierigkeiten" beseitigt sein, von der in der gestrigen amtlichen Note der deutschen Regierung gesprochen wurde. Ein Hindernis für die Verständigung bilden nur die Forderungen Serbiens und Montenegros, die von Rußland unterstützt werden. Da weder die Türkei noch Oesterreich auf diese Forderungen eingehen werden, sind die Aussichten für ihre Erfüllung sehr gering. Trotz der Hetze seiner nationalistischen Blätter wird Rußland den „slawischen Brüdern" nicht viel helfen können. Damit wäre dann die diplomatische Niederlage Iswolskis besiegelt und sein Schicksal dürfte sich bald erfüllen. Wird er doch unausgesetzt von der russischen reaktionären Presse angegriffen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Angriffe von Herrn Tscharykov, Iswolskis nächstem Untergebenen, ausgehen, der schon lange seinen Chef zu beerben wünscht. Es handelt sich wieder einmal um einen jener Machtkämpfe innerhalb der Bureaukratie, die auf die Desorganisation des russischen Auswärtigen Amtes ein bezeichnendes Licht werfen.

Unterdessen verschlimmern sich die Dinge in der Türkei selbst. In Konstantinopel befürchtet man bei dem heutigen Beiramfest, das den Fastenmonat abschließt, Anschläge der reaktionären Partei und Zusammenstöße zwischen Türken und Christen, da namentlich die Griechen, wie es scheint infolge behördlicher Wahlbeeinflussungen sehr erregt sind. Bis jetzt ist allerdings die Ruhe nicht gestört worden.

Furcht vor Unruhen.

Konstantinopel, 26. Oktober. Aus Anlaß des morgen beginnenden Beiramfestes sind umfassende polizeiliche und militärische Maßregeln getroffen worden. Infolge von Gerüchten über morgen bevorstehende Ereignisse sind insbesondere die in den Quartieren nahe dem Yildiz wohnenden Christen beunruhigt. Die Schulen wurden geschlossen und zahlreiche Familien flüchteten in andere Stadtteile.

London, 27. Oktober. „Daily News" meldet aus Konstantinopel, daß neue Truppen aus Saloniki eingetroffen seien, um jeden Versuch der Reaktionäre, Unruhen zu stiften, zu verhindern. Zwei Kriegsschiffe sind gegenüber dem Palast von Dolmar Bagdsche vor Anker gegangen. Unter den Jungtürken herrschen Meinungsverschiedenheiten über die Konferenz; auch im Kabinett besteht kein vollständiges Einvernehmen.

Die Beschwerden der Griechen.

London, 27. Oktober. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Konstantinopel sind zwischen Griechen und Türken wegen der Wahlen ernste Differenzen entstanden. Dank ihrer guten Organisation erhalten die Griechen überall die Mehrheit. Infolge dessen haben die Behörden verschiedener Provinzen die Griechen verhindert, ihre Stimme abzugeben oder gezwungen, für die türkischen Kandidaten zu stimmen. Beim Patriarchen sind zahlreiche Klagen darüber eingelaufen und der Patriarch erklärte, daß die Griechen sich ihrer Stimme enthalten würden, falls in der Haltung der Behörden keine Aenderung eintreten sollte.

Ein Todesurteil.

Konstantinopel, 27. Oktober. Keor Hamid, welcher vor einiger Zeit an der Spitze von Reaktionären in das Palais des Sultans eindrang und diesen zur Zurücknahme der Verfassung aufforderte, wurde gestern zum Tode verurteilt. —

Eine neue Allianz?

Konstantinopel, 26. Oktober. In türkischen Kreisen verlautet, die Hierherkunft des ehemaligen serbischen Ministers Novakowitschs bezwecke den Abschluß einer türkisch-serbisch-montenegrinischen Militärallianz.

Neue Verhandlungen.

Konstantinopel, 27. Oktober. Die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und der Türkei werden nach dem Beiramfest wieder aufgenommen werden. Oesterreich-Ungarn hat auf die Forderung verzichtet, von der Türkei die schriftliche Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina zu fordern und wird sich mit der mündlichen Versicherung begnügen, daß die Türkei die Annexion anerkenne und auf der Konferenz keine Diskussion über diesen Punkt veranlassen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober 1908.

Die heiligsten Güter der Edelsten und Besten.

Die „Kreuzzeitung" hält in schroffer Form ihren Einspruch gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Kinder aufrecht. In keinem Fall werde sie und ihre Gefolgschaft einer solchen Steuer zustimmen, selbst dann nicht, wenn dadurch die Reichsfinanzreform scheitere. Als Ersatz für die Erbschafts- bezw. Nachlaßsteuer empfiehlt das Blatt der Hammer-, Kalk- und anderen Steine neben dem Spiritushandelsmonopol das Petroleumhandels- sowie das Reichselektrizitätsmonopol und, falls die Regierung hierfür nicht zu haben sei, die Vermehrung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten. Wörtlich sagt das Blatt:

> Angesichts der Erhöhung der direkten Steuern in Preußen ist es ja begreiflich, daß sich die preußische Finanzverwaltung gegen jede irgend wie geartete Einkommensabgabe an das Reich mit aller Kraft wehrt, auch wenn sich das Reich mit der Forderung eines solchen durch Steuern aufzubringenden Beitrags an die Bundesstaaten und nicht an die Steuerzahler wendet. Aber um diesen Notweg, dessen große Bedenken wir keinen Augenblick übersehen noch verschwiegen haben, zu vermeiden, gibt es nur ein Mittel: man muß dem Reiche Monopole verleihen, wie sie die Einzelstaaten in ihren Eisenbahnen besitzen. Nun soll ja für das Reich das Spiritushandelsmonopol vorgeschlagen werden; aber es kann nur den fünften Teil der halben Milliarde abwerfen. Das Petroleumhandelsmonopol ist, wie es scheint, gar nicht in Erwägung gezogen; ebensowenig das Zigarettenmonopol. Das Reichs-Elektrizitätsmonopol, dessen Einführung jetzt oder nie möglich ist, scheitert an dem Widerspruch der Einzelstaaten. Alle diese Monopole hat die „Kreuz-Zeitung" angeregt, und wir glauben bestimmt, daß die konservative Partei dafür eintreten würde. Statt dessen bietet man uns die höchst ominöse Steuer auf jeden Nachlaß über 20 000 M. und versichert uns, wir müßten die Verantwortung für das Scheitern der Reichsfinanzreform tragen, wenn wir diese, allem konservativen Denken widersprechende Steuer abschlügen. Wir lassen uns so nicht kaptivieren! Wie sich die konservative Reichstagsfraktion schließlich zu der conditio sine qua non der verbündeten Regierungen stellen wird, können wir heute noch nicht übersehen. Wir selbst halten unseren Widerspruch unter allen Umständen aufrecht. Für uns gibt es nur eine Alternative: entweder dem Reiche durch Monopole fortlaufende und ausreichende Einnahmen schaffen, oder ihm durch die Bundesstaaten einen Zuschuß geben, der den Wohlhabenden aufzuerlegen ist und also die allgemeine Belastung mit indirekten Abgaben in den Augen der Aermeren gerechter erscheinen läßt. Man wende uns nicht ein, daß die Errichtung von Reichsmonopolen weitere Milliarden von Reichsschulden nötig machen werde. Solche Schulden sind Vermögensverbesserungen. Hält man den Kredit des Reiches etwa für erschöpft, so fundiere man die Monopolschulden auf die Monopole selber und ihre Einnahmen, dann würden diese Anleihen selbst ohne Reichsgarantie einen guten Markt haben.

Die Aeußerung des feudalen Blattes, das bekanntlich den patriotischen Wahlspruch „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!" führt, ist recht charakteristisch dafür, was das Junkertum unter der von ihm ständig betonten „Vaterlandsliebe" und „Opferwilligkeit" versteht. Eher mag das ganze große „nationale Werk" der Reichsfinanzreform zusammenkrachen, als daß die Kämpfer für „König und Vaterland" sich dazu verstehen, einen auch nur halbwegs in Betracht kommenden Teil der durch ihre liederliche Finanzwirtschaft nötig gewordenen neuen Steuerlasten auf sich zu nehmen.

Neu ist ja allerdings diese eigenartige „vaterländische Gesinnung" der Junker nicht. Als im Juni 1896 das neue Bürgerliche Gesetzbuch im Reichstage zur Beratung stand und die Linke verlangte, daß die Hasen der „Edelsten und Besten" sich nicht mehr unentgeltlich auf Kosten der kleinen Bauern, Kätner und Tagelöhner sollten sattfressen dürfen, da rückten ebenfalls die Kämpfer für Ordnung, Sitte und Recht in heiligem Zorn gegen ein solches Ansinnen vor und erklärten, daß, wenn ihren Hasen nicht das Recht gewährt würde, in den Feldern der Bauern und Tagelöhner auf deren Kosten zu fressen, sie schnöde Obstruktion treiben und den Reichstag durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit mattsetzen würden. Höher als das neue bürgerliche Recht stand ihnen die Nichtbeschränkung ihrer Hasenjagd. Und damals handelte es sich doch nur um die gutsherrschaftlichen Hasen, heute aber um das Verappen einigermaßen beträchtlicher Steuersummen. —

Gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Im Berliner Rathause hat gestern der Vorstand des Deutschen Städtetages zu der geplanten Elektrizitäts- und Gassteuer Stellung genommen. Anwesend waren für die Stadt Berlin Oberbürgermeister Kirschner, der den Vorsitz führte, ferner folgende Oberbürgermeister: v. Borscht-München, v. Gauß-Stuttgart, Dr. v. Schuh-Nürnberg, Beutler-Dresden, Adickes-Frankfurt a. M., Bender-Breslau, Wallraf-Köln, Körte-Königsberg, Fuß-Kiel, Ehlers-Danzig, Marx-Düsseldorf und noch einige andere Bürgermeister größerer Städte. Als Sachverständige für die Beratung der Elektrizitäts- und Gassteuer waren der Direktor der Berliner Gaswerke, der Leiter der Kölner Gaswerke und der Berliner Stadtelektriker hinzugezogen.

Das Referat über den kürzlich vom „Vorwärts" veröffentlichten Elektrizitäts- und Gassteuerentwurf hielten die Oberbürgermeister von München und Frankfurt a. M. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

> „Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist einmütig der Ueberzeugung, daß 1. der Gesetzentwurf über die Elektrizitäts- und Gassteuer die schwersten Bedenken erregt, 2. es wird deshalb eine Kommission eingesetzt zur alsbaldigen Ausarbeitung einer Eingabe an den Bundesrat und Reichstag, welche diesen Bedenken erschöpfend Ausdruck geben soll."

Die Kommission wurde hierauf gewählt, sie besteht aus Oberbürgermeister Kirschner als Vorsitzenden, den beiden Referenten v. Borscht und Adickes sowie den Oberbürgermeistern Marx-Düsseldorf und Beutler-Dresden. —

Das „liberale" Reichsvereinsgesetz in der Praxis.

In Oldenburg, wo sich bisher die Behörden nie um Versammlungen, auch um die politischen, sonderlich gekümmert haben

erschienen jüngst zwei Gendarmen in einer Mitgliederversammlung, um diese als angeblich öffentliche politische Versammlung zu überwachen. — In Norden-Ostfriesland hat der Kartellvorsitzende ein Strafmandat in Höhe von 15 Mark erhalten, weil er eine gewerkschaftliche Versammlung, die übrigens auch ein streng wissenschaftliches Thema hatte, nicht angemeldet und den zur Ueberwachung erschienenen Beamten keinen „angemessenen Platz" angewiesen hatte.

Selbstredend ist Beschwerde resp. Berufung eingelegt worden.

Holle.

Die Nachricht, daß Herr Dr. Holle fortgeschickt werden soll, wird heute natürlich dementiert. Nun ist nichts gleichgültiger als der Name desjenigen, der die kulturfeindlichen Akte der Geheimräte des preußischen Kultusministeriums verantwortlich zeichnet. Interessanter ist eine Anspielung im „Berliner Tageblatt", wonach Herr Holle sich die Ungnade seines kaiserlichen Herrn aus Anlaß der „Sardanapal"-Aufführung zugezogen hätte. Besteht die Krankheit Holles vielleicht darin, daß auch er während der Aufführung von unbezwinglicher Schlafsucht übermannt wurde? Es wäre der erste Fall, daß der Schlafkrankheit ein Minister zum Opfer gefallen wäre.

Die Gewissenhaften.

Die bürgerliche Mehrheit des Gothaer Landtages hat das Mandat des Genossen Bock beanstandet. Die Behauptungen eines von bürgerlicher Seite erhobenen Protestes mußten freilich als unerheblich beiseite gelegt werden. Aber ein bürgerlicher Abgeordneter erklärte in der Debatte, man habe ihm erzählt, in einem Wahllokal habe der Isolierraum offen gestanden, so daß jeder habe hineinsehen können. Auf diese ganz vage Behauptung hin, die Macher des Protestes hatten diesen wichtigen Vorfall ganz übersehen, wurde die Beanstandung ausgesprochen.

Die Behandlung der Sache ruft in der Arbeiterschaft Gothas hellste Entrüstung hervor. Man fühlt allenthalben das Gesuchte all dieser Beanstandungs- und Ausschließungsgründe. Eine große Versammlung in Gotha hat bereits protestiert. —

Eine „authentische" Interpretation.

Nach einer Meldung der „Rhein.-Westf. Ztg." ist der Gesetzentwurf über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten jetzt soweit gediehen, daß die Einbringung der Vorlage an den Bundesrat demnächst erfolgen wird. Der Hauptinhalt besteht in der sogenannten „authentischen Interpretation" des Artikels 54 der Reichsverfassung zugunsten der Zulässigkeit von Schiffahrtsabgaben. —

Zur Finanzreform.

In der heutigen Plenarsitzung hat der Bundesrat den Ausschußanträgen zu den Finanzreform-Gesetzen zugestimmt. —

Reform der Arbeiterversicherung.

Die Konferenz von Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Arbeitnehmer über die Reform der gesamten Arbeiterversicherung wurde heute von dem Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg im Beisein zahlreicher Vertreter des Reiches und der Bundesstaaten eröffnet. Vertreter der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sind zur Konferenz nicht beigezogen. —

Bei der Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreise Breslau VI wurde am Dienstag Generalleutnant z. D. v. Reitzenstein zu Nieder-Weistritz (k.) mit sämtlichen 402 abgegebenen Stimmen gewählt.

Oesterreich.

Die Landtagswahlen.

Das von den Christlichsozialen für ihre Parteizwecke zurechtgemachte Wahlrecht hat seine Schuldigkeit getan. Konnte es auch nicht verhindern, daß statt des einen jetzt sechs Sozialdemokraten in den Landtag einziehen, so hat es doch den Christlichsozialen die übrigen Mandate gebracht und die Freisinnigen ganz mandatslos gelassen. In Wien wurden 48 Cristlichsoziale, in der Provinz 9 gewählt, darunter auch Lueger und Geßmann. —

Die Prager Krawalle.

Prag, 27. Oktober. Heute mittag kam es auf dem Graben abermals zu einem Zusammenstoß zwischen etwa zweihundert deutschen und tschechischen Studierenden, die durch tschechische Bevölkerung verstärkt wurden. Es entwickelte sich ein förmliches Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere deutsche Studierende verletzt wurden, einer darunter schwer. Der Graben und der Wenzelsplatz mußten von der Polizei geräumt werden. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Von deutscher Seite wird lebhaft Klage darüber geführt, daß die Polizeiorgane, welche die deutschen Studenten ins Deutsche Haus drängten, sich an den Mißhandlungen beteiligten und sich mehr gegen die Studenten als gegen die Tschechen wandten. Nach der Hineindrängung der Studenten in das Deutsche Haus erschienen 70 Gendarmen, welche die Menge auseinandertrieben.

Prag, 27. Oktober. Heute sind hier 700 Mann Gendarmerie vom Lande konsigniert worden; die strengsten Weisungen sind erteilt, damit weitere Ruhestörungen verhindert werden. Bei Gelegenheit des heutigen Zusammenstoßes wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In mehreren deutschen Städten haben Gegendemonstrationen stattgefunden.

Prag, 27. Oktober. Kurz nachdem die Gendarmerieabteilungen infolge eingetretener Ruhe vom Graben eingezogen waren, kam es dort abermals zu Ansammlungen. Militär wurde requiriert, welches den Graben räumte. Der Graben blieb sodann abgesperrt.

Schweiz.

Die Nationalratswahlen.

Zürich, 26. Oktober. (Eig. Ber.)

Die gestrigen Wahlen haben bei teilweise außerordentlich starker Beteiligung der Wähler stattgefunden, die besonders in dem erheblich größeren absoluten Mehr zum Ausdruck gelangt, das z. B. im Züricher Wahlkreis 16 973 gegen 14 294 im Jahre 1905 beträgt. Leider gelang es trotzdem nicht, unsere Neunerliste durchzubringen. Es wurden acht der bürgerlichen Mischmaschkandidaten gewählt, während von unserer Liste niemand durchzudringen vermochte. Die gewählten acht Bürgerlichen erhielten 17 101 bis 17 856, unsere Kandidaten 13 441 bis 16 000 Stimmen. Vor drei Jahren betrug unsere höchste Stimmenzahl 13 540. Diesmal also um 2560 mehr. In der Stadt Zürich steht Greulich mit 13 398 Stimmen an dritter Stelle, zwei Bürgerliche erhielten 13 611 bis 13 614. Vorzüglich gehalten hat sich der Stadtkreis Außersihl, in dem Greulich 8075 gegen 6698 vor drei Jahren erhielt. Im Bezirk Zürich haben drei unserer Kandidaten mehr Stimmen als drei von den gewählten Bürgerlichen, aber den Ausschlag zu unseren Ungunsten hat wieder der bäuerliche Bezirk Affoltern gegeben, in dem auf die Bürgerlichen bis über 2000, auf unsere Liste aber nur bis zu 315 Stimmen fielen. So hat die Raubpolitik der schamlosen Wahlkreisgeometrie und des Mehrheitssystems ihren Zweck der Vergewaltigung der Arbeiterschaft wieder erreicht.

Um den neunten Sitz muß nun ein zweites Mal gekämpft werden. Der demokratische Dr. Wettstein erhielt nur 13 380 Stimmen, denen die 16 000 unseres Genossen Greulich gegenüberstehen. Der Kandidat der reaktionärsten Bürgerverbändler erhielt 4963, der der Christlichsozialen (eigentlich Katholiken) 2047. Ob Wettstein zurücktritt und die Bürgerlichen den neunten Sitz der sozialdemokratischen Partei überlassen oder ob er auch für den zweiten Wahlgang kandidiert und ob die Bürgerverbändler und die Christlichsozialen ihre Stimmen dem Dr. Wettstein zuwenden, bleibt abzuwarten.

Im Winterthurer Wahlkreise wurde Genosse Dr. Studer, der auf allen Listen stand, mit 14 469 Stimmen gewählt, während unser Kampfkandidat Walter 6475 Stimmen erhielt, um 730 mehr als 1905. Im Seekreis fielen auf unsere zwei Kandidaten 3633 bis 3888 gegen 3054, ebenfalls ein Zuwachs an Stimmen von rund 600. In Bern stieg unsere Stimmenzahl von 3780 auf 5744, in Langenthal (Kanton Bern) von 2284 auf 4026, in Solothurn von 2576 auf 4690, in Basel von 3925 auf 5017 Stimmen usw. Diese Fortschritte sind sehr erfreulich, sie beweisen, daß unsere Sache trotzalledem gut marschiert. Aus verschiedenen Wahlkreisen, so aus dem Genfer, liegen die Wahlresultate noch nicht vor.

Von unseren Kandidaten sind, wie bereits telegraphisch berichtet, die Genossen Dr. Studer in Winterthur, Scherrer in Rorschach, Pfarrer Eugster, der Präsident des Textilarbeiterverbandes, und endlich Advokat Ferri im Kanton Tessin gewählt. Eugster muß, da Geistliche für den Nationalrat nicht wählbar sind, von seinem Pfarramt zurücktreten. — Von den Stichwahlen wird uns die in Basel sicher die Wahl des Genossen Dr. Brüstlein, vielleicht auch die des Genossen Frei, in Zürich womöglich die des Genossen Greulich bringen. Es kann also auf ein halbes Dutzend sozialdemokratischer Nationalräte gerechnet werden. Diese Vertretung bleibt aber weit zurück hinter derjenigen, die unserer Partei gebührte und darum muß das gewaltätige Raubwahlsystem nach wie vor entschieden bekämpft und an der weiteren Erstarkung unserer Partei gearbeitet werden.

Im Bezirk Winterthur ist bei einer Ersatzwahl in das Bezirksgericht, wobei es sich um die Aufrechterhaltung unseres Besitzstandes handelte, unser Genosse Erb ohne Gegenkandidaten gewählt worden. —

Frankreich.

Die Einkommensteuer.

Paris, 27. Oktober. Die Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung die drei ersten Paragraphen der neuen Fassung des Artikels 87 des Einkommensteuergesetzes an, wonach vom landwirtschaftlichen Einkommen bis zum Betrage von 5000 Franks die Hälfte und darüber hinaus Zweidrittel des Pachtwertes der Ländereien zu versteuern sind.

Belgien.

Die Arbeitslosigkeit.

Antwerpen, 26. Oktober. Der Stadtrat bewilligte für die Arbeitslosen einen Kredit von hunderttausend Franks, die unter strenger Kontrolle zur Verteilung kommen sollen. —

England.

Die Arbeitslosigkeit.

London, 27. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde der von uns bereits mitgeteilte Plan des Ministeriums betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach längerer Debatte mit 196 gegen 35 Stimmen angenommen, nachdem ein Amendement der Arbeitspartei, das diesen Plan für völlig unzureichend erklärte, mit 236 gegen 68 Stimmen abgelehnt worden war. —

Persien.

Die russische Intervention.

Konstantinopel, 27. Oktober. Im Namen des persischen Volkes hier und in Persien veranstalteten etwa 8000 Perser vor der deutschen, der englischen und der französischen Botschaft eine friedliche Demonstration und protestierten gegen die bevorstehende Okkupation persischer Gebietsteile durch Rußland.

Kanada.

Die Wahlen.

Ottawa, 27. Oktober. Die Resultate der gestrigen allgemeinen Wahlen stehen noch nicht völlig fest. Aber es geht aus ihnen bereits hervor, daß sie eine Mehrheit von 50 Stimmen für Lauriers Verwaltung ergeben haben gegenüber einer Majorität von 66 Stimmen im letzten Parlament. Premierminister Laurier wurde wiedergewählt.

Soziales.

Fabrikschluß am Sonnabendmittag.

Aus Rheinland und Westfalen wird berichtet: Die Zahl der Fabrikbetriebe, in denen die Arbeit Sonnabend mittag beendet wird, nimmt ständig zu. Im Jahre 1906 war in 77 Betrieben mit 7700 Arbeitern der Frühschluß der Arbeit am Sonnabend eingeführt. Im Jahre 1907 hatten diesen 256 Betriebe mit 13 125 Arbeitern und jetzt haben ihn 521 Betriebe mit 22 935 Arbeitern. — In diesen Zahlen sind die Kontorangestellten, die Angestellten der Banken usw. nicht mit enthalten.

Rechte des Ortsarmenverbandes gegen die Krankenkasse.

Die Vereinigte Ortskrankenkasse der Handwerker in Köln a. Rh. gewährt statutengemäß eine Familienunterstützung in Form freier ärztlicher Behandlung der im Haushalt des Versicherten lebenden Familienangehörigen, soweit diese nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen. Der maßgebende § 21 sagt dann weiter: „**Aerztliche Behandlung in einem Krankenhause** wird den Angehörigen der Mitglieder **nicht** gewährt." **Der Ortsarmenverband Köln** hat nun in einer größeren Anzahl von Fällen Angehörige der Mitglieder durch Krankenhausbehandlung unterstützt. Unter Berufung auf die Ueberweisungsvorschriften des § 57 des Krankenversicherungsgesetzes beanspruchte der Armenverband pro Tag und Person der so Unterstützten von der Kasse **21 Pfennig** als Ersatzleistung. Dieser Betrag hält sich innerhalb der Hälfte des Krankengeldes, das den ordentlichen Mitgliedern zusteht. Es wurde also lediglich eine Ersatzleistung für die im Krankenhause gewährte **ärztliche Behandlung** (§ 57 Abs. 5 des Gesetzes) verlangt. Die Kasse hielt sich nicht dazu verpflichtet und ließ es auf eine Klage des Armenverbandes ankommen. Sie berief sich auf die Bestimmung des Statuts, wonach **ärztliche Behandlung in einem Krankenhause** den Angehörigen **nicht** gewährt werde. Wenn sie darauf keinen Anspruch hätten, dann könne der Armenverband Ersatz gemäß § 57 des Gesetzes auch **nicht** insoweit fordern, als die ärztliche Behandlung **im Krankenhause** den Angehörigen zugute gekommen sei.

Der Bezirksausschuß verurteilte die Kasse, in den auf einer Liste unter 98 Nummern aufgeführten Fällen den vom Ortsarmenverband geforderten Ersatz zu leisten, und das **Oberverwaltungsgericht bestätigte** das Urteil mit folgender Begründung: Der Armenverband fordere nicht die Kosten der Krankenhauspflege ersetzt, sondern **lediglich** Ersatz für ärztliche Behandlung. Statutengemäß habe den Angehörigen der Mitglieder freie ärztliche Behandlung seitens der Kasse zugestanden. Die Mitglieder hätten also einen Anspruch darauf gehabt. Demzufolge sei, da der Armenverband eingriff, ein **entsprechender** Ersatzanspruch gemäß § 57 des Gesetzes entstanden. Die Kasse müsse im Rahmen dieses Paragraphen Ersatz leisten. Nun berufe sich die Kasse darauf, daß hier die ärztliche Behandlung **im Krankenhause** erfolgt sei und sie nach dem Statut freie ärztliche Behandlung in einem Krankenhause **nicht** gewähre. Dieser Einwand sei **verfehlt**. Ein Uebergangsanspruch aus § 57 Abs. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes sei **nicht** davon abhängig, daß der **Armenverband** seine Unterstützung nach den Bestimmungen des **Kassenstatuts** gewährt habe. Das gleiche gelte auch, wenn es sich um den Uebergang eines Anspruchs auf Unterstützung erkrankter Familienangehöriger handele. Trotz jener Bestimmung im Kassenstatut, daß die Kasse freie ärztliche Behandlung **in einem Krankenhause nicht** gewähre, sondern nur außerhalb eines solchen, könne der Armenverband in der geforderten Höhe Ersatz verlangen.

Aus Industrie und Handel.

Enorme Bierpreiserhöhung.

Die „Tagesztg. für Brauerei" veröffentlicht einen Artikel „Symptome und Diagnose", in dem der Verfasser Vorschläge macht, um trotz eventueller Steuererhöhung eine bessere Rentabilität der Brauereien zu erzielen. Einem Hinweis auf die Entwickelung zum Großbetrieb folgt diese Auslassung:

> Mancher Großbrauer sah vielleicht diesen Gang der Dinge als unabänderlich an und wartete hoffend, bis die kleineren Existenzen vollends vernichtet sein würden. Dann würde ein Syndikat die Preise neu, den Bedürfnissen entsprechend regeln können.
>
> Aber auch diese Rechnung ist „ohne den Wirt" gemacht. Das zeigen die Wirtebrauereien. Und wir dürfen nicht bezweifeln, daß am Ende — wie im Jahre 1906 das Konsumentenpublikum sich vielfach auf seiten der Wirte stellte — dieses Publikum den Wirten auch wieder beistehen würde, wenn ein Brauersyndikat die Macht gegenüber den Outsiders im Gewerbe gewonnen hätte. Wir haben jetzt mindestens 40 bis 50 Wirtebrauereien in Deutschland, und die Bewegung gewinnt möglicherweise noch mehr an Boden.
>
> Angesichts dieser Verhältnisse wäre vielleicht eine Preisregelung ins Große am wünschenswertesten. In diesem Sinne müßte einer etwaigen Höberbesteuerung eine beträchtliche Preiserhöhung des Bieres folgen, die für den Brauer und den Wirt furchtbar wäre, und die so kräftig ausfiele, daß auch ein eventueller starker Absatzrückgang dadurch ausgeglichen wäre. Wenden sich weitere Volkskreise dem Schnapsgenuß zu: es wird nicht des Brauers Schuld sein. Auf diese Perspektive hat er oft genug hingewiesen. Zudem soll ja auch der Schnaps erheblich höher besteuert werden. Und der Wein spielt in Norddeutschland, das ja hier in erster Linie in Frage kommt, keine Rolle.
>
> Wenn der Brauer am Hektoliter wieder 10 M. verdient, so kann er sich die Verringerung des Konsums um ein Drittel gefallen lassen. Denn er spart dann auch noch an Rohmaterialien, kann seine Bilanz von den unfruchtbaren Leihkapitalien entlasten, kann da und dort seine volle Unabhängigkeit von Lieferanten erringen. Und wenn der Wirt hinaussieht, daß er wieder etwas verdient, denkt er nicht an Genossenschaftsbrauereien. Bisher hängt er zwischen zwei Mühlsteinen: dem Brauer, von dem er abhängig ist, und dem Publikum, von dem er noch abhängiger ist. Die Genossenschaftsbrauereien könnten ihn nicht mehr locken, wenn er beim Bezug von den Brauereien sein Auskommen findet.

Das genannte Blatt bemerkt in einer Fußnote zu den Ausführungen:

> Der obige Artikel wird voraussichtlich bei manchem Leser auf Widerspruch stoßen; wir halten die Ausführungen des Verfassers aber für so beachtenswert, daß wir sie unverkürzt zur Diskussion stellen.
>
> Die Abstinenten werden die Ausführungen jedenfalls auch beachtenswert finden und gegebenenfalls wohl dafür sorgen, daß der in Aussicht gestellte Minderkonsum von 33 Prozent nicht durch erhöhten Branntweingenuß ausgeglichen wird. Die Biertrinker werden die Perspektiven weniger angenehm finden.

Fiskus.

Interessante Beiträge zu der fiskalischen Preispolitik, aus Anlaß der geplanten Gassteuer, liefert die „Frankf. Ztg." Anknüpfend an die zu erwartende Stellungnahme der Gaswerke gegen die erwähnte Steuer heißt es da:

„Da ist zunächst die Klage gegen die Lieferungsbedingungen, sie sind einseitig von der Saarbrückener Bergwerksdirektion aufgestellt. . . . Die Abnehmer haben kein Recht auf eine bestimmte Mindestqualität, auch keines auf ein bestimmtes Mindestgewicht, das ihnen durch Stein-, Wasser-, Asche- und Griesgehalt oft um 10 bis 20 Prozent gekürzt wird; sie haben kein Einspruchs- und noch weniger ein Prüfungsrecht bei willkürlichen Verkürzungen der Lieferungen, die in der Zeit der Hochkonjunktur ganz ungleichmäßig vorgenommen und einfach mit Arbeitermangel begründet wurden. Dazu kommt die Klage über die Abhängigkeit vom Händler. Die Bergwerksdirektion Saarbrücken verhält sich, entgegen den Versprechungen des Handelsministers, nach wie vor ablehnend gegen direkte Abschlüsse mit den Gaswerken, obwohl diese doch ebenso sichere wie gleichmäßige Abnehmer sind. Dabei fehlt es an jeder erkennbaren Regel, ganz kleine Abschlüsse werden direkt gemacht, große verweigert. Wer aber einmal vom Händler bezogen hat, kommt nie wieder zu direkten Kohlen. Und die Folge ist, daß er regelmäßig fünf Mark mehr für den Waggon zu zahlen hat, als die direkten Abnehmer: als Provision für den Händler, die nicht der Lieferant, sondern der Konsument zu tragen hat! Am schwersten aber wird über die Preise geklagt. Genau wie beim Kohlensyndikat richtet sich die Preispolitik des Saarfiskus nach der Umstrittenheit des Absatzgebietes; wer der Saar am nächsten liegt oder mehr oder minder vollständig auf sie angewiesen ist, wie z. B. die Pfalz, der muß die höchsten Preise zahlen. An der Saar- und Ruhrgrenze aber verständigen sich Fiskus und Syndikat brüderlich: die Folge ist, daß z. B. die Abnehmer im Bezirk Fulda für dieses Jahr plötzlich 30 Mark mehr für den Waggon Saarkohle zahlen mußten als bisher. Am besten fahren bei dieser Preispolitik natürlich die ausländischen Käufer. Im Jahre 1906 und selbst noch 1907 sind an österreichische Werke Saarkohlen zu 114, 117 Mark geliefert worden, während deutsche Werke 160, 170 Mark und mehr zahlen mußten. . . .

Die Vermutung der Gaswerke ist wohl berechtigt, daß das Ausland längst wieder sehr billige Saarkohle bekommt. Im Inlande aber scheint der Fiskus die Preise ungestört auf dem hohen Niveau halten zu wollen. . . . In Frankfurt stellt sich gegenwärtig der Preis für Saarkohle Marke Heinitz-Dechen auf 215, der von gleichwertiger englischer Kohle auf 160 M., also um 55 M. niedriger; in Ludwigshafen kostet die Saarkohle 201,50 M., die englische Kohle 166,20, beim Bezuge der fremden Kohle würde also das Gaswerk auf seinen Bedarf von 1100 Waggons 38 830 M. ersparen. Bleibt der Saarfiskus bei seiner Preispolitik, so werden wir also wohl demnächst das Schauspiel erleben, daß die deutschen Verbraucher in großen Quantitäten ausländische Kohle kaufen, während die deutsche Kohle zu Schleuderpreisen im Ausland abgesetzt wird!"

Berliner Elektrizitätswerke. Das Ergebnis des verflossenen Geschäftsjahres ermöglicht die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. auf 31,5 Millionen Mark Stammaktien, wie im Vorjahre, und von 4½ Proz. auf 10 Millionen Vorzugsaktien. Die Zahl der Abnehmer ist um 2543 (im Vorjahre 2368), die der Anschlüsse in Kilowatt um 17 538 (14 907) gestiegen. Nutzbar abgegeben wurden in Berlin und Vororten 155 115 135 Kilowattstunden (gegen das Vorjahr 13 176 266 Kilowattstunden mehr. Die Zahlungen an die Stadt Berlin beziffern sich auf 4 973 054,56 M. (gegen das Vorjahr 333 746,75 M. mehr). Im laufenden Geschäftsjahr sind bis jetzt 5895 Kilowattstunden neu angeschlossen und 4836 Kilowattstunden angemeldet, und in den ersten drei Monaten 33 178 540 Kilowatt-

stunden, d. h. ein Plus von 1 403 692 gegen das Vorjahr nutzbar abgegeben worden.

Deutsche Gasglühlicht-A.-G. in Berlin. Das letzte Geschäftsjahr erbrachte, nach Abschreibungen in Höhe von 233 716 M. — im Vorjahre 169 130 M. — einen Reingewinn von 3 494 620 M., gegen 1 056 167 M. im Vorjahre. Die Dividende, die für 1906/07 22 Proz. betrug, soll jetzt mit 35 Proz. ausgeschüttet werden. Die Auerlicht-Aktionäre verspüren noch nichts von schlechten Zeiten.

Presse und Handelskammer.

In dem soeben erschienenen letzten Jahresbericht der Handelskammer zu Wesel wird bedauert, daß der Kammer die Berichterstattung über den Gang des Geschäftes durch den Umstand sehr erschwert werde, daß die Webereien mit wenigen Ausnahmen die zu diesem Zwecke an sie ergehenden Anfragen entweder gar nicht oder doch nur mit allgemein gehaltenen Ausführungen beantworten. Mit Bezug hierauf werden die alle vier Wochen in einer größeren Zeitung des Industriebezirks erscheinenden langen Berichte über die Lage der Bocholter Textil-Industrie als Mutmaßungen charakterisiert, denen die nötige Grundlage fehle. Wir finden es sonderbar, daß die Handelskammer erklären muß, selbst keine Kenntnis der Verhältnisse zu haben, trotzdem aber glaubt, sich ein kompetentes Urteil über die Berichterstattung der Presse erlauben zu dürfen.

Ueber das Ausfuhrgeschäft liest man in dem Bericht:

„Von den wenigen Firmen, die das Ausfuhrgeschäft überhaupt noch pflegen, wird uns übereinstimmend berichtet, daß dasselbe während des ganzen Jahres sehr daniedergelegen habe. Eine Firma teilte uns mit, daß das Geschäft im zweiten Halbjahr so schlecht gewesen sei, wie man es noch nicht gekannt habe. Mehr wie je macht sich die holländische und italienische Konkurrenz bemerkbar, und besonders von der letzteren wird uns gesagt, daß sie vermöge ihrer außerordentlich billigen Arbeitslöhne die deutschen Mitbewerber auf dem Weltmarkte mit der Zeit vollständig verdrängen werde."

Völlig verfehlt ist es, die „hohen Arbeitslöhne" als Beweis dafür anzuführen, daß die deutsche Textilindustrie mit der Zeit vom Weltmarkte verdrängt würde. Nicht die „hohen Arbeitslöhne", sondern die unselige Zollpolitik, welche nicht nur die Zollmauern erhöht, sondern auch die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter geradezu unheimlich verteuert, ist die Ursache der deutschen Industrie-Exporterschwerung. Jedenfalls kann die obige Auslassung als Beweis für die bekannte Tatsache registriert werden, daß die noch jetzt von gewissen Politikern überschwenglich gepriesene Zollpolitik den deutschen Arbeitern Steine statt Brot bietet.

Gewerkschaftliches.

„Victoria."

Schon am 11. Oktober hatten wir Gelegenheit, über eine Versammlung der Angestellten der „Victoria" zu Berlin zu berichten, in der die Gehälter und die für die Angestellten geschaffenen sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen" einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands wurde von dieser Versammlung beauftragt, durch Verhandlungen mit der Direktion der „Victoria" auf die Beseitigung der schwersten im Betriebe bestehenden Mißstände hinzuwirken.

Zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands und der Direktion der „Victoria" hat nun folgender Briefwechsel stattgefunden:

Berlin, den 15. Oktober 1908.

An die Generaldirektion der „Victoria" zu Berlin
z. Hd. Herrn Generaldirektor Gerstenberg, hier.

Wir erlauben uns, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß im Auftrage einer am 7. Oktober abgehaltenen Betriebsversammlung der Angestellten Ihrer werten Firma, zwei Vertreter unseres Verbandes beabsichtigen, bei Ihnen vorzusprechen, um über die in der Versammlung besprochenen Angelegenheiten zu verhandeln.

Es wäre uns deshalb sehr angenehm, wenn Sie uns recht bald mitteilen würden, wann Ihnen der Besuch unserer Vertreter genehm ist.

Hochachtungsvoll
Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Berlin, den 16. Oktober 1908.

An den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands. Berlin NO. 43.

Im Besitze Ihres gefälligen Schreibens vom 15. d. M. erwidern wir ergebenst, daß es jedem unserer Beamten jederzeit freisteht, unmittelbar an uns mit Anträgen heranzutreten, die wir einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen stets bereit sind. Eine Einmischung fremder Elemente in unsere Angestelltenverhältnisse weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Hochachtungsvoll
„Victoria" zu Berlin.

Berlin, den 20. Oktober 1908.

An die Generaldirektion der „Victoria" zu Berlin
z. Hd. Herrn Generaldirektor Gerstenberg, hier.

Wir bestätigen den Empfang Ihres gefl. Schreibens vom 16. cr. und entnehmen daraus, daß Sie es ablehnen, mit uns als Vertreter eines erheblichen Teiles Ihrer Angestellten zu verhandeln. Es wäre uns angenehm, zu erfahren, welchem Umstande diese veränderte Stellung Ihrerseits zuzuschreiben ist, da wir uns keiner Schuld an dieser Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen bewußt sind. Bisher standen Sie auf dem Standpunkt, daß Sie jederzeit bereit sind, mit den Vertretern unseres Verbandes über Beschwerden aus dem Arbeitsverhältnis zu verhandeln. Derartige Verhandlungen haben wiederholt stattgefunden. Ein Ersatz für diese Verhandlungen kann durch Vorstellungen völlig vereinzelter Beamten nicht geschaffen werden. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation und durch diese findet die Klärung der naturgemäß sehr verschiedenen Wünsche der Angestellten des Betriebes statt; demgemäß ist die Leitung dieser Verbände, die gegenüber den sie persönlich gar nicht betreffenden Fragen völlig objektiv ist, die geeignete Vermittlerin zwischen Angestellten und Betriebsleitung. Gerade bei Ihrer w. Firma, die irgendein freigewähltes Organ zur Vorbringung von Kollektivbeschwerden der Beamtenschaft nicht besitzt, anscheinend überhaupt Kollektivbeschwerden von Seiten der Beamten selbst als unfreundliche Handlungen auffaßt, waren die gelegentlichen Aussprachen zwischen Ihnen und uns eine notwendige Bedingung für das Bestehen erträglicher Beziehungen zwischen der Beamtenschaft und Ihnen. Aber auch ein großer Teil der bei Ihrer w. Firma Versicherten wurde aus der Sympathie heraus, der diesen Teil als Arbeitnehmer in anderen Betrieben mit den Angestellten Ihres werten Hauses verbindet, eine völlig unnötige Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der „Victoria" nicht verstehen.

Wir bitten, unsere Gründe für die „Einmischung fremder Elemente" noch einmal zu prüfen, und hoffen zuversichtlich, daß eine andere Stellungnahme Ihrerseits das bisher bestandene Verhältnis zwischen Ihnen und unserem Verbande wieder herstellen wird.

Ihrer gefl. Antwort sehen wir gern entgegen.

Hochachtungsvoll
Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands.

Berlin, den 21. Oktober 1908.

An den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands. Berlin NO. 43.

Gegenüber Ihrem gefälligen Schreiben vom 20. d. M. legen Wir nur noch Wert darauf, zu konstatieren, daß innerhalb unserer Beamtenschaft eine lebhafte Entrüstung darüber herrscht, daß man es gewagt hat, eine Versammlung von der „Victoria" fernstehenden Herren, in der nach dem uns von einem Teilnehmer gewordenen glaubhaften Berichte vielleicht vier bis fünf von unseren Beamten aus Neugierde erschienen waren, als eine Versammlung der „Victoria"-Beamten auszugeben und einen bei völliger Unkenntnis des Sachverhalts gefaßten Beschluß als ein Mandat der „Victoria"-Beamten zu bezeichnen.

Auf den weiteren Inhalt des erwähnten Schreibens einzugehen, lehnen wir ab.

Hochachtungsvoll
„Victoria" zu Berlin.

Festgestellt muß nun werden, daß die Behauptung, es wären in der Versammlung nur 4—5 Angestellte der „Victoria" anwesend gewesen, unrichtig ist. Tatsache ist, daß die Versammlung von zirka 150 Personen besucht war, und zwar waren mit Ausnahme einiger Vertreter des Verbandes nur Angestellte der „Victoria" anwesend. Das ist eine ganz stattliche Zahl, wenn man berücksichtigt, daß ein großer Teil der Angestellten aus Furcht, von der „Victoria" aufs Straßenpflaster geworfen zu werden, derartigen Betriebsversammlungen fernbleibt.

Ein Kommentar des herausfordernden Tones der „Victoria" könnte den Eindruck derselben nur abschwächen. Der echte, rechte Scharfmacherton spricht aus diesen Briefen, was um so verwunderlicher ist, als die „Victoria" ganz besonders Wert auf die Versicherung der arbeitenden Klasse legt.

Unter solchen Umständen bleibt den Angestellten der „Victoria" bezw. der Organisation nur die Möglichkeit, sich mit ihren Klagen an die Oeffentlichkeit zu wenden.

Berlin und Umgegend.

Die Verschmelzung der Arbeiterorganisationen in der Lederindustrie wurde am Montag in zwei Mitgliederversammlungen des Schuhmacherverbandes diskutiert. Es handelt sich um die Frage einer Verschmelzung der Verbände der Schuhmacher, der Sattler, der Portefeuiller, der Handschuhmacher und der Gerber. Die Frage wird schon seit längerer Zeit in den Reihen der beteiligten Arbeiter erörtert. Die letzte Generalversammlung des Schuhmacherverbandes hat beschlossen, diese Frage den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen. Dieselbe wird am nächsten Sonnabend vorgenommen und deshalb erschien es angebracht, die Angelegenheit vorher in Mitgliederversammlungen zu diskutieren. Die Diskussion war eine rege und beleuchtete das Für und Wider einer Verschmelzung nach allen Seiten. Es wurde hervorgehoben, daß der Zusammenschluß der berufsverwandten Organisationen die Stoßkraft der beteiligten Arbeiter stärkt und deshalb für die wirtschaftlichen Interessen derselben mehr tun kann als die einzelne Organisation. Auch hinsichtlich der Agitation und der Verwaltung biete der Zusammenschluß manche Vorteile. Andererseits wurde bemerkt, daß die Verschmelzung auch gewisse Nachteile mit sich bringen könne insofern, als die Bewegungsfreiheit des einen Berufes mitunter mit Rücksicht auf einen anderen eingeschränkt werden müsse. Ferner sei zu bedenken, daß der Zusammenschluß nur dann die erwarteten Vorteile bringen werde, wenn sich alle beteiligten Verbände für die Verschmelzung erklären. Das sei aber zurzeit noch nicht der Fall. Eine Verschmelzung mit nur einem Teil der in Frage kommenden Verbände erscheine den Schuhmachern so wenig zweckmäßig, daß sie einem solchen teilweisen Zusammenschluß nicht zustimmen könnten. — Ein Teil der Redner meinte, wenn man das Für und Wider reiflich erwäge, müsse man sich für die Verschmelzung erklären. — Andere Redner waren dagegen der Ansicht, daß die Verhältnisse keineswegs zur Verschmelzung drängen. Auch wenn die Urabstimmung für die Verschmelzung ausfallen sollte, so sei es immer noch fraglich, ob der Lederindustrieverband zustande komme. Es wurde auch darauf verwiesen, daß ja durch die örtlichen Kartelle und die Generalkommission schon eine gewisse Verbindung zwischen den einzelnen Verbänden bestehe und auch der Uebertritt aus einem Verband in den anderen bereits geregelt sei. Es würde demnach keine Schädigung der Interessen der einzelnen Berufe bedeuten, wenn die Verschmelzung jetzt noch nicht zustande käme. Wenn man auch im Prinzip für die Verschmelzung sei, so handle es sich doch zurzeit nur um die Frage, ob die Verschmelzung zweckmäßig sei. Ueber die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung waren die Meinungen aber geteilt, so daß sich nicht beurteilen läßt, wie die Urabstimmung ausfallen wird.

Achtung, Buchbinder! Wie uns aus Stockholm gemeldet wird, betätigt sich die in Berlin ansässige Buchbinderei-Materialienhandlung **Armin Krah**, Alexandrinenstr. 95—97, als Streikbrecherlieferantin. Die Kollegen wollen daher auf diesen „neuen Zweig" der Tätigkeit genannter Firma acht geben und nicht darauf hineinfallen, da in Schweden unsere Kollegen und Kolleginnen in Stockholm und Eskilstuna ausgesperrt sind. Wir empfehlen die Firma Armin Krah auch sonst der gebührenden Beachtung.

Deutscher Buchbinderverband.

Deutsches Reich.

Schiedsspruch im Baugewerbe Stettins.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagte im Rathause ein Schiedsgericht zur Schlichtung eines Lohnstreites zwischen dem Zentralverbande der Bauhilfsarbeiter und dem Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe zu Stettin. Beide Parteien hatten je zwei unparteiische Beisitzer und je eine Fünferkommission von Vertretern gewählt. Zwischen den Parteien ist ein Tarifvertrag bis zum 1. April 1910 vereinbart worden, wobei jedoch strittig geblieben, ob der für das Jahr 1908/09 von bisher 32 auf 37 Pf. erhöhte Mindeststundenlohn für das Jahr 1909/10 auf dieser Höhe bleiben solle — wie die Arbeitgeber verlangten — oder auf 40 Pf. erhöht werden solle — wie die Arbeitnehmer forderten. Da ein Vergleich nicht zustande kam, die Parteien sich jedoch einem Schiedsspruch zu unterwerfen verpflichteten, fällte das Schiedsgericht folgenden Schiedsspruch: „Das Schiedsgericht ist darüber einig geworden, daß den Arbeitnehmern eine gewisse Erhöhung des Lohnsatzes für das Jahr 1909/10 zuzugestehen sei, daß aber mit Rücksicht auf die schlechte Lage des Baugewerbes und auf das von den Arbeitgebern durch Erhöhung des Satzes von 32 auf 37 Pf. bereits bewiesene Entgegenkommen die volle Forderung der Arbeitnehmer nicht erfüllt werden könne. Die Mehrheit des Schiedsgerichts habe sich für 38 Pf. entschieden, weil es ungewiß sei, ob sich die Lage des Geldmarktes und des Baugewerbes sich nach dem 1. April 1909 gebessert haben würde .... Bei günstigerer Gestaltung erwarte das Schiedsgericht von den Arbeitgebern und habe zu ihnen das Vertrauen, daß sie freiwillig diesem Umstande Rechnung tragen und eventuell eine weitere Erhöhung eintreten lassen würden."

Ein Sieg der freien Gewerkschaften. Am Sonntag fand in Dortmund die Wahl der Vertreter und Ersatzmänner zur Krankenkasse der freien Maurer-, Stukkateur-, Steinmetz- und Zimmererinnung statt. Trotz der schlechten Konjunktur war die Beteiligung ziemlich gut. Es wurden 574 Stimmen abgegeben, von denen 318 auf die Liste der freien Gewerkschaften und 242 auf die Liste der „Christlichen" entfielen; 14 Stimmen waren ungültig. Die freien Gewerkschaften haben also wieder einen schönen Sieg errungen. Die „Christlichen" hatten große Anstrengungen gemacht und wieder mit den bekannten verächtlichen Mittelchen gearbeitet, was aber alles nichts genützt hat. Als sie ihren Reinfall einsahen, war es ihnen nicht mehr möglich, Ruhe und Anstand zu bewahren, durch allerland Auftritte dokumentierten sie ihre wahre Christennatur.

Ausland.

Ein Streik amerikanischer Schuhmacher ist in Lynn im Staate Massachusetts, der Zentrale amerikanischer Schuhfabrikation, ausgebrochen. 1300 Männer haben die Arbeit niedergelegt; alle sind organisiert und arbeiten unter Verträgen, die zwischen ihrem Verbande und den Unternehmern abgeschlossen worden sind. Eine neue Maschine ist eingeführt worden und die Unternehmer versuchen nun, billige und nicht organisierte weibliche Arbeiter einzustellen und die Arbeiter zu verdrängen, die bisher in diesem Teil der Fabrikation tätig waren. Die Streikenden erklären ausdrücklich, daß sie nicht Gegner der Frauenarbeit sind und nicht daran denken, die Frauen aus ihrem Broterwerb zu verdrängen, aber sie bekämpfen die Lohndrückerei durch die Arbeiterinnen und verlangen, daß diese der Organisation beitreten, denn die abgeschlossenen Verträge verlieren ihre Wirkung durch die massenhafte Einstellung der unorganisierten Arbeiterinnen.

Aus der Frauenbewegung.

„Die Gleichheit".

Mit dem 1. Oktober d. J. hat ein neuer Jahrgang unserer sozialdemokratischen Frauenzeitung, der „Gleichheit", begonnen. Wir benutzen deshalb die Gelegenheit, alle Leser und Freunde unseres Blattes, alle Genossen und Genossinnen aufzufordern, die „Gleichheit" zu abonnieren und Abonnenten zu werben! Seit 18 Jahren hat die „Gleichheit" schulend unter den proletarischen Frauen gewirkt, hat unterrichtet über die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens, über die Entwickelungsgesetze und treibenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens. Die „Gleichheit" hat den Frauen die Erkenntnis gebracht von ihrer Stellung und Bedeutung im Wirtschafts- und politischen Leben, sie war Lehrerin der Pflichten, die aus jenen Verhältnissen erwachsen. Die „Gleichheit" hat der theoretischen Schulung der proletarischen Frauen, ihrer grundsätzlichen Festigung gedient. Und wenn heute unsere proletarische Frauenbewegung vollständig frei ist von frauenrechtlerischer Ideologie, so ist dies vor allem das Verdienst der „Gleichheit".

Daneben hat die „Gleichheit" unschätzbare praktische Arbeit geleistet durch die Fülle des Materials, welches sie lieferte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen der verschiedensten Branchen, und durch die Besprechung aller politischen Tagesfragen, durch die Erörterung unserer programmatischen Forderungen, die jeweilig besonders aktuell waren. Immer aufs neue ruft die „Gleichheit" das weibliche Proletariat auf zur Mitarbeit innerhalb der politischen, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Seite der Arbeiterbewegung.

Doch nicht nur als Klassenkämpferinnen sucht die „Gleichheit" die Frauen zu schulen und mit geistigem Rüstzeug auszustatten, sondern sie will auch einführen in Wissensgebiete, die — ohne direkt dem Klassenkampfe zu dienen — doch zur intellektuellen Hebung des weiblichen Proletariats beitragen und es befähigen, leichter aus eigener Kraft geistig emporzusteigen.

Desgleichen ist die „Gleichheit" den Hausfrauen und Müttern ein freundlicher Ratgeber und Lehrer. Erziehungsfragen, Fragen der Körperpflege, der Wohnungshygiene usw. finden wir dort behandelt. Setzt die Behandlung des Erziehungsproblems die Mütter in den Stand, besser ihrer historischen Aufgabe gerecht zu werden, die Kinder im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen, so leistet ihnen bei dieser Arbeit die vortrefflich redigierte Kinder-Beilage unschätzbare Dienste.

Die „Gleichheit" erfreut sich auch — und das mit Recht — einer zunehmenden Beliebtheit in den Kreisen der männlichen Genossen. Vor allem unsere Agitatoren finden stets wichtiges und reichhaltiges Material in ihren Spalten. Der „Gleichheit" gebührt daher vollauf der Ruf, ein sozialistisches Familienblatt zu sein.

Zurzeit wird die „Gleichheit" in 85 000 Exemplaren im ganzen Reich verbreitet. Sie sollte jedoch in keiner Arbeiterwohnung fehlen, sofern deren Bewohner den Ehrentitel Sozialdemokrat für sich in Anspruch nehmen. Um diesem Ziele näher zu kommen, rufen wir unseren Lesern und Leserinnen zu:

Agitiert für die Verbreitung der „Gleichheit!"

Gleichzeitig erinnern wir unsere Agitatoren und Agitatorinnen an den Essener Parteitagsbeschluß, daß sie bei ihrer Agitation in den Versammlungen genau so für die Verbreitung der „Gleichheit" wie für die Verbreitung der örtlichen Parteipresse zu wirken haben.

Die Schulung unserer Frauen, sowie ihre Einreihung in unsere Parteiorganisationen ist eine Lebensfrage für unsere Bewegung. Pflicht jedes überzeugten Genossen ist es, deshalb in diesem Sinne zu wirken.

Leseabende.

Zweiter Kreis. Donnerstag, den 29. Oktober 8½ Uhr, bei Hemp, Urbanstr. 170.

Steglitz. Donnerstag wegen der am Mittwoch (28. Oktober) stattfindenden öffentlichen Versammlung kein Leseabend.

Letzte Nachrichten und Depeschen

„Nur 77".

Ludwigshafen, 27. Oktober. (B. H.) Die von der „Pfälzischen Post" behauptete Arbeiterentlassung bei den pfälzischen Eisenbahnen wird heute in dem genannten Blatte durch eine preßgesetzliche Notiz der Pfalzbahndirektion dahin berichtigt, daß nicht 400, sondern nur 77 Arbeitern gekündigt wurde und diese nur vorübergehend beschäftigt waren.

Die englischen Garnarbeiter.

London, 27. Oktober. (B. H.) Die Rohgarnarbeiter haben neuerdings in einer Versammlung einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, entgegen ihren früheren Beschlüssen. Hierdurch wird die Beilegung des Streiks wieder in Frage gestellt und der Ausstand der gesamten Garnarbeiter unvermeidlich. Es wird augenblicklich von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, die Rohgarnarbeiter zu bewegen, ihren Entschluß rückgängig zu machen, jedoch sind bisher alle diesbezüglichen Versuche der Trade Union gescheitert.

Explosion.

Stuttgart, 27. Oktober. (B. H.) Gestern explodierte der Acetylenbehälter auf dem Hammerwerk Waldbuch, als der Besitzer Neff sich an dem Apparat zu schaffen machte. Neff wurde getötet, ein Arbeiter schwer verletzt.

Unterschlagungen, Untreue usw.

Saarlouis, 27. Oktober. (B. H.) Zu den Unterschlagungen des Rechtsanwalts und Notars Windscheid wird aus finanziellen Kreisen berichtet, daß die Summe der unterschlagenen Gelder noch nicht zu übersehen sei, aber 300 000 M. weit übersteigen dürfte. Außer vielen Landleuten und Gewerbetreibenden ist in erster Linie die Kreissparkasse stark in Mitleidenschaft gezogen.

Wiesbaden, 27. Oktober. (B. H.) Die Strafkammer verhandelte zwei Tage lang gegen den der Untreue angeklagten Direktor der verkrachten Nassauischen Bank in Wiesbaden, Paul Pflüger, der vor einiger Zeit zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Das Reichsgericht hatte auf seine Revision hin das Urteil aufgehoben und die Sache an die Strafkammer hierher zurückgewiesen. Auch dieses Mal wurde der Angeklagte verurteilt und zwar zu 1 Jahr 1 Woche Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft.

Frankfurt a. M., 27. Oktober. (B. H.) Die gestern gebrachte Nachricht von der Verhaftung des Apothekers Degen trifft, wie man der „Frankf. Ztg." mitteilt, in dieser Form nicht zu. Er ist nicht des betrügerischen Bankrotts beschuldigt; seine Freilassung erfolgte sofort.

Verantw. Redakt.: Cesar Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung: Dienstag, den 27. Oktober, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: niemand.

Zunächst erfolgt die Vereidigung der bisher noch nicht vereidigten Mitglieder des Hauses, darunter der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Es folgt die

Beratung des Antrages Borgmann (Soz.) auf Haftentlassung des Abg. Liebknecht (Soz.)

für die Dauer der Session.

Abg. **Hirsch** (Soz.): Die Vorgänge, die zu unserem Antrag geführt haben, werden Ihnen bekannt sein. Unser Kollege Liebknecht hat im vorigen Jahre eine Broschüre über den Militarismus geschrieben, auf Grund deren der Staatsanwalt Anklage gegen ihn erhoben hat. Er wurde dann zu einer Festungshaft von 1½ Jahren verurteilt. Das Gericht erkannte an, daß eine ehrlose Gesinnung bei ihm nicht vorliege. Am 24. Oktober v. J. hat Liebknecht seine Strafe angetreten. Er würde also, falls er sie ununterbrochen zu verbüßen hat, an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in dieser Session voraussichtlich **gar nicht teilnehmen können.** — Es entsteht nun die Frage, was wichtiger ist: ob ein Abgeordneter die Möglichkeit hat, sein Mandat auszuüben, oder ob die Staatsgewalt ihren Strafanspruch geltend machen kann. Hält man das erstere für wichtiger, so muß man unbedingt dazu kommen, unserem Antrage zuzustimmen. Die Justizbehörde steht freilich auf einem anderen Standpunkt. Zum Beginn der vorigen Session hat Liebknecht an den Oberreichsanwalt den Antrag gestellt, ihm Urlaub für die Dauer der Session zu gewähren. Dies Gesuch wurde abgelehnt. In dem Ablehnungsschreiben hieß es: „Das Gesuch wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafhaft nicht vorliegen. Ich bitte, dies

„dem" Liebknecht

zu eröffnen. Oberreichsanwalt Zweigert." „Der" Liebknecht wandte sich hierauf an den Reichskanzler und erhielt vom Staatssekretär Nieberding ein Schreiben, daß zu einer Aenderung des vom Oberreichsanwalt erteilten Bescheides kein Anlaß vorliege. Eine solche Unterbrechung könne nur aus Billigkeitsgründen bei schweren, außerhalb des Strafzwecks liegenden Nachteilen für den Verurteilten oder seine Familie gestattet werden, und dieser Grund liege hier nicht vor. Der Herr Staatssekretär schätzt also offenbar das Interesse, das die Wähler des Abgeordneten daran haben, ihre Interessen durch ihn vertreten zu sehen, sehr gering ein. Diese Antwort der Justizbehörde ist um so bedauerlicher, als Präzedenzfälle vorliegen, in denen aus

ganz nichtigen Gründen Festungsgefangenen Urlaub erteilt

worden ist. So hat z. B. ein Hofschauspieler Urlaub erhalten für eine Vorstellung (Hört hört! bei den Sozialdemokraten), ein anderer Festungsgefangener zur Teilnahme an einem Festessen (Hört! hört!), Graf Pückler wurde beurlaubt, um in Berlin Volksversammlungen abhalten zu können. Danach würde zweifellos Liebknecht auch Urlaub erhalten haben, wenn er nicht gerade sozialdemokratischer Abgeordneter wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wahrnehmung der Geschäfte als Volksvertreter dürfte doch zweifellos **wichtiger** sein, als die **Teilnahme an einem Festessen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so hatten meine Freunde ursprünglich die Absicht, unseren Antrag mit dem Hinweis auf § 84 der Verfassung zu begründen. Es war uns nicht möglich, einen so formulierten Antrag einzureichen, weil wir hierfür nicht die nötige Anzahl von Unterstützungen bekamen. Wir mußten deshalb diesen Hinweis aus dem Wortlaut des Antrages herauslassen, erklären aber ausdrücklich, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß der Strafaufschub durch Artikel 84 der Verfassung begründet ist. Dieser Artikel sagt in seinem entscheidenden Absatz, daß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer, daß jede Untersuchung der Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben wird, wenn die betreffende Kammer das verlangt. Es fragt sich dabei nur, was ist unter „Strafverfahren" zu verstehen. Man behauptet, daß nicht das Strafvollstreckungsverfahren, sondern lediglich das Strafverfolgungsverfahren unter den Begriff des Strafverfahrens falle. Unser Strafrecht **kennt aber den Begriff des Strafverfahrens nicht;** man kann daher sehr wohl unter diesem Ausdruck beide Arten des Verfahrens verstehen. Ein Jurist ist in einem Artikel des „Berl. Tageblatts" zu demselben Schluß gekommen. Er ist der Ansicht, daß, wenn auch keine positiven Bestimmungen darüber vorliegen, doch zweifellos eine Rechtspflicht des Abgeordneten zur Teilnahme an den Verhandlungen der Kammer bestehe. Die Kammer hat ein **Recht auf Anwesenheit jedes Mitgliedes,** aber auch jedes Mitglied hat ein

Recht auf Anwesenheit in der Kammer,

gleichviel, ob die Kammer seine Anwesenheit begehrt oder nicht. Bei der Schaffung der Reichsverfassung wurde ein Antrag gestellt, der ausdrücklich verlangte, daß der Reichstag das Recht erhalte, auch die Aufhebung der Strafhaft zu fordern. Dieser Antrag wurde abgelehnt, aber nur, weil die Reichsverfassung ohnedies so auszulegen sei. Die Reichsverfassung ist in diesem Punkte der preußischen Verfassung nachgebildet, also wird man auch in Preußen dem Parlamente das Recht zusprechen müssen, die Aufhebung der Strafhaft zu verlangen. Als im Jahre 1879 Wilhelm Liebknecht rechtskräftig verurteilt war, ließ ihn die Staatsanwaltschaft gleichwohl während der ganzen Dauer der Session unbehelligt in Berlin. Die Behörden haben also früher hierin auch einen toleranteren Standpunkt eingenommen. Der Reichstag hat sich allerdings stets auf den reaktionären Standpunkt gestellt, daß eine Strafhaft nicht unterbrochen werden könne. Aber einflußreiche Parteien, auch das Zentrum unter Windthorsts Führung, haben stets den Standpunkt geteilt, auf dem wir heute stehen. Im Abgeordnetenhause liegt ein Präzedenzfall bisher meines Wissens nicht vor; es ist also frei in seiner Entscheidung. Wenn es nach den Buchstaben der Verfassung verfährt, kann es unseren Antrag ablehnen; es muß ihn aber annehmen, wenn es sich vom Geiste der Verfassung leiten läßt — verzeihen Sie, daß ich vom Geiste der preußischen Verfassung spreche. (Heiterkeit.) Gegenüber der Phrase: Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran! müssen wir auch hier feststellen, daß in bezug auf die Rechte der Abgeordneten

Preußen weit hinter den Kulturländern

zurücksteht. Das österreichische Abgeordnetenhaus hat wiederholt die Unterbrechung der Strafhaft während der Session verfügt, ebenso die belgische Kammer. Und selbst, wenn die Regierung sich geweigert hat, dem nachzukommen, wie in Dänemark, haben die Parlamente an ihrer Forderung festgehalten. Vom preußischen Abgeordnetenhaus muß ich allerdings eine Ablehnung unseres Antrages befürchten. Hat es sich doch in der vorigen kurzen Session geweigert, ihn überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Ja, im Vorjahre, als wir zu unserem Bedauern hier noch nicht vertreten waren, erwähnte ein Abgeordneter der Rechten den Namen Karl Liebknechts und fügte hinzu: „Leider auf Festung". Er bedauerte aber nicht etwa, daß jemand wegen seiner politischen Gesinnung bestraft worden war, sondern erläuterte diese Bemerkung dahin: „Ja, **er könnte doch auch wo anders sein.**" Jemanden ins Zuchthaus zu wünschen, weil er seinen politischen Anschauungen Ausdruck gegeben hat, das ist eine **Verrohung,** für die ich einfach kein Verständnis habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Karl Liebknecht wird leicht darüber hinwegkommen, denn das Urteil des Reichsgerichts und die Urteile der Ehrengerichtshöfe sind für ihn eine glänzende Anerkennung. Die Berliner Anwaltskammer hat unter dem Vorsitz des verehrten Vizepräsidenten Krause ausdrücklich festgestellt, daß Karl Liebknecht seine Schrift lediglich aus politischen Motiven verfaßt und nichts anderes bezweckt hat, als nach seiner besten Ueberzeugung dem Volkswohl zu dienen. Sie hat hinzugefügt, daß seine berufliche Tätigkeit und sein persönliches Leben durchaus makelfrei seien. Die Anklagebehörde hat sich dabei nicht beruhigt, sondern ist an die zweite Instanz gegangen, weil sie durchaus

auch Liebknechts wirtschaftliche Existenz vernichten

wollte. Auch der Ehrengerichtshof in Leipzig hat erklärt, daß Liebknecht nicht ehrlos gehandelt hat. Der höchste Richter aber, das preußische Volk, hat Karl Liebknecht geradezu mit Ehren überhäuft. (Lachen rechts.) Es hat den „Hochverräter", den der Oberreichsanwalt ins Zuchthaus schicken wollte, dem er beantragte, die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abzuerkennen, wenige Wochen danach mit überwältigender Mehrheit in die Stadtverordnetenversammlung und in das Abgeordnetenhaus gewählt. Die Wähler von Berlin 11 erheben jetzt den Anspruch, daß ihr Abgeordneter die Möglichkeit erhält, sie hier auch wirklich zu vertreten. Wir verlangen kein Privileg für den Genossen Liebknecht, sondern nur ein Recht. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß dieses hohe Haus in den weitesten Kreisen des preußischen Volkes sich **keiner besonderen Beliebtheit erfreut.** (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wir geben Ihnen mit unserem Antrag die Gelegenheit, Ihre Popularität zu verbessern und hoffen, daß Sie sie benutzen werden. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Kreth** (k.): Die Behauptung, das preußische Volk habe den Abg. Liebknecht mit Ehren überhäuft, ist eine merkwürdige Verkennung der Tatsachen, die man nur mit Bedauern anhören kann. Mir ist es nicht bekannt, daß das preußische Volk über Karl Liebknecht ein Plebiszit veranstaltet hätte, und wenn einzelne Kreise den Abg. Liebknecht wählen, so ist das keine Ehre für ihn, sondern nur — überaus bezeichnend für solche Wähler. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) ruft: Das ist viel bezeichnender für Ihre Wähler!) Herr Hoffmann erfreut also jetzt uns mit den drastischen Bemerkungen, die er früher in den Reichstag eingeführt hatte. — Die Kernfrage der Sache selbst ist einfach die, ob die Verfassung auch auf Sozialdemokraten anwendbar sein soll oder ob die Sozialdemokratie legibus soluta ist, ob sie über dem Gesetze steht. Artikel 84 der Verfassung besagt ganz klar, daß nur Zivil- und Untersuchungshaft, aber nicht Strafhaft unterbrochen werden soll. Von diesem verfassungsmäßigen Standpunkt, den auch der Reichstag einnimmt, werden wir uns aus keinerlei gemütlichen Gründen entfernen. Der Abg. Liebknecht sen. hat am 21. November 1874 im Reichstage gesagt, daß er die Ueberzeugung der Majorität teile, daß nur das Strafverfahren und die Untersuchungshaft, aber nicht die Strafhaft unterbrochen werden müßten. Diese juristisch ganz einwandfreie und schlüssige Deduktion des Abg. Liebknecht sen. wird der Abg. Liebknecht jun. gegen sich gelten lassen müssen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Unser Votum zu der Sache steht also fest. Wenn nicht noch wichtige Gründe von einer anderen Partei für eine Kommissionsberatung vorgebracht werden, können wir auch für eine solche nicht eintreten; andernfalls werden wir dafür stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Roeren** (Z.): Wir haben gewiß alle den Wunsch, daß keiner von uns verhindert ist, an den Verhandlungen dieses Hauses teilzunehmen. Aber nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung können wir nicht anders, als den uns vorliegenden Antrag abweisen. Nach der Begründung des Antrages halten auch wir eine Kommissionsberatung für überflüssig. Herr Hirsch hat selbst die Haftentlassung des Abg. Liebknecht nicht als einen Rechtsanspruch auf Grund des Artikels 84 hingestellt, sondern er hat als Absicht des Antrages bezeichnet, daß das Abgeordnetenhaus über den § 84 der Verfassung hinaus eine Bitte auf Haftentlassung des Abg. Liebknecht an die Staatsbehörde zu richten hätte. Danach können wir auch ohne Kommissionsberatung zur sofortigen Ablehnung des Antrages kommen, falls nicht etwa eine andere größere Partei eine Kommissionsberatung für notwendig halt. Was den Fall Majunke anlangt, so hat die Mehrheit des Reichstags sich damals ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß der Schutz des § 31 der Verfassung — hier der § 84 — sich auf eine Verhaftung zum Zwecke der Strafvollstreckung nicht erstrecke. (Hört! hört! rechts.) Der verstorbene Abgeordnete Liebknecht kam übrigens gerade auf Grund der Entstehungsgeschichte des § 31 der Verfassung zu der Ansicht, daß unter dem Ausdruck „Strafverfahren" in diesem Paragraphen die Strafvollstreckung nicht zu verstehen sei. (Hört! hört! rechts.) Ein Rechtsanspruch auf die Haftentlassung des Abg. Liebknecht besteht also nicht. Wenn wir trotzdem diesem Antrage zustimmen würden, so würden wir damit eine Bitte an die Regierung richten, dem Abg. Liebknecht eine besondere Vergünstigung zu gewähren. Das halte ich im Hinblick auf die Konsequenzen für äußerst bedenklich. Wir könnten einer solchen Bitte gar keinen Nachdruck verleihen, und es wäre so stets dem diskretionären Ermessen der Regierung überlassen, ob sie einen Abgeordneten aus der Haft entlassen will oder nicht. Ein solches Vorgehen entspricht nicht dem Ansehen des Hauses. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. **Friedberg** (natl.): Auch wir halten eine Erledigung des Antrags im Plenum für durchaus möglich, da unser Strafrecht keine Handhabe bietet, um eine Haftentlassung des Abgeordneten Liebknecht zu verlangen. Darüber hinaus eine Bitte an die Regierung zu richten, dazu haben auch wir keine Veranlassung. Die Fälle, die Herr Hirsch angeführt hat, können für uns nicht maßgebend sein; die Verantwortung für diese Fälle trifft lediglich die

Kleines Feuilleton.

Ueber die letzten Fortschritte der Erdbebenforschung veröffentlicht Professor Dr. J. B. Messerschmitt im neuesten Heft der „Umschau" (Frankfurt a. M.) einen Aufsatz, der angesichts der Nachrichten über die Erdstöße im Vogtlande ein besonderes Interesse erhält. Die Erdbebenforschung steht zwar erst in ihren Anfängen, aber durch die Konstruktion geeigneter Erdbebenmesser (Seismometer) ist sie in ein neues Stadium getreten und hat bereits wichtige Resultate gezeitigt; die Erdbebenwellen selbst können nun studiert werden, und ihr Weg und ihre Erscheinungsform liefern Aufschlüsse über das Erdinnere selbst. Dabei wird die Erforschung der Erdbeben, wie es nicht anders möglich ist, von den Gelehrten der verschiedenen Kulturvölker gemeinsam betrieben, deren seit 1901 bestehende lose Vereinigung seit 1905 zu einer festen „internationalen seismologischen Assoziation" geworden ist, die bereits für die Jahre 1903 und 1904 Erdbebenkataloge hergestellt hat. Dabei ergab sich, daß jährlich 4000—5000 Erdbeben direkt gefühlt werden, und eine nähere Untersuchung der Beobachtungen von 1903 erwies, daß in diesem Jahre fast alle bekannten Erdbebenherde tätig gewesen sind. Für das Erdbeben von Valparaiso vom 16. August 1906 ergab sich das merkwürdige Resultat, daß ihm etwa eine halbe Stunde früher ein ebenso starkes Beben voranging, dessen Herd im nördlichen Stillen Ozean lag, von dem aber keine direkte Nachricht zu erhalten war. Das Beben von Valparaiso begann gerade zu der Zeit, als die ersten Wellen jenes pazifischen Bebens in Chile anlangten, so daß also diese erst die vorhandenen Spannungen in der Erdrinde auslösten und zur Katastrophe führten. Gerade solche auslösenden Wirkungen kann man öfter wahrnehmen, und die Erdbebenwellen können so für ein Schüttergebiet eine ganze Reihe von Beben verursachen. In siebzehn Minuten durchlaufen die Wellen den Erddurchmesser; kehren sie dann nach 34 Minuten zu dem Ausgangspunkt zurück, so können sie hier ein neues Beben hervorrufen. Die Reflexe kehren aber nicht nur vom Gegenpunkt, sondern auch von anderen Teilen der Erde zurück, und sie sind gerade nach Ansicht Professor Messerschmitts für das sächsisch-vogtländische Bebengebiet von Bedeutung. Damit ist auch ein Weg für die Vorhersage der sogenannten Nachbeben gegeben. Da die Erdbebenwellen auch das Erdinnere durcheilen und hierbei von einer gewissen Tiefe an eine plötzliche Aenderung in der Wellenfortpflanzung eintritt, so ergeben sich aus diesen Beobachtungen auch wichtige Aufschlüsse über die Beschaffenheit des Erdinnern. E. Wichert wurde durch das nähere Studium der Erdbebenaufzeichnungen zu der Anschauung geführt, daß die Erde aus einem festen eisernen Kern bestehe, der von einem Gesteinsmantel bedeckt sei. Diese Annahme wird zwar durch andere Untersuchungen, besonders astronomische, gestützt, ist aber eine Hypothese unter anderen Hypothesen.

Eine große Indianer-Expedition hat unter der Leitung von Professor Loomis ihre Aufgabe vollendet; sie war als die vierte ihrer Art unter dem merkwürdigen Namen einer Fossiljagd-Expedition von dem Amhurst-Kollege im Staat Massachusetts ausgeschickt worden und ist, wie die „Nature" erfährt, jetzt eben von einer erfolgreichen Durchforschung der Ebenen von Wyoming und Nebraska zurückgekehrt. Die Sammlungen scheinen höchst ansehnlich ausgefallen zu sein. Sie bestehen aus nicht weniger als 3—4000 Indianer-Reliquien, und fast noch wichtiger erscheinen die paläontologischen Funde. Unter diesen werden genannt: ein vollständiges Skelett einer ausgestorbenen Kameelart, Teile eines Skeletts eines riesigen Rhinozeros, die Kiefer eines Hundes aus vorgeschichtlicher Zeit und andere Knochen von ausgestorbenen Vorfahren des Pferdes, Hundes, Kamels, Renntiers, Bibers, der Katze usw.

Wie soll man gurgeln? Das Gurgeln, eine so weitverbreitete Heilmethode es auch ist, wird doch meistens verkehrt vorgenommen und erreicht deswegen seinen Zweck, die gesamten Rachenorgane zu bespülen, nur höchst unvollkommen. Wie es gemacht werden muß, lehrt Dr. G. Richter. Der Patient sitzt mit rückwärts gebeugtem Körper auf einem Stuhl, nimmt einen Schluck Wasser in den Mund und neigt den Kopf so weit als möglich nach hinten. Dadurch wird der Kehlkopf auf die Wirbelsäule gedrückt und die Speiseröhre verschlossen. Mit einem Taschentuch wird nunmehr die Zunge nach vorn gezogen und der Patient aufgefordert, Wasser zu schlucken. Sieht man dabei in den Mund, so hat man den Eindruck, als ob das Wasser völlig verschwinde, und der Patient glaubt es geschluckt zu haben. Jetzt beginnt das Gurgeln, d. h. ein langsames Ausatmen. Nach einer Weile schließt der Patient den Mund und beugt Körper und Kopf rasch nach vorn. So fließt die Flüssigkeit durch die Nase aus und diese sowie der Nasenrachenraum werden ebenfalls gespült. Sogar kleine Kinder können diese Methode leicht erlernen.

Humor und Satire.

Das Völkerrecht.

Es ist Materie für ein Kolleg,
Ein Anlaß zu Professuren,
Es ist ein Ballast der Bibliothek,
Ein Füllsel der Registraturen;

Es ist ein Schatten am grünen Tisch,
Der Krieg oder Frieden verkündet,
Es ist ein paragraphierter Wisch,
An den sich keiner bindet;

Es ist eine Blase in einem Gehirn,
Ein Trug für menschliche Sinne,
Es ist eine Barriere von Zwirn,
Ein Panzer, gewebt von der Spinne;

Es ist ein Gebilde des Seifenschaums,
Reflex von Luftparagraphen,
Es ist der Text eines lieblichen Traums,
Geträumt von juristischen Schafen;

Es ist eine Floskel im Redegeflecht,
Motiv zu großen Geberden,
Es ist ein kodifiziertes Recht,
Das gar nicht vorhanden auf Erden!

(„Lustige Blätter".)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Berliner Theater führt am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, Grillparzers Märchendrama: „Der Traum ein Leben" auf.

— **Kunstchronik.** Die Berliner Sezession wird im Dezember eine Winterausstellung in ihren eigenen Räumen am Kurfürstendamm veranstalten. Sie ist in erster Hinsicht den zeichnenden Künsten vorbehalten, wird aber auch eine besondere Abteilung für Illustrationen und Buchschmuck enthalten.

— Die Dichter- und Tondichter-Abende des Schiller-Theaters im Berlinischen Rathause werden am Sonntag, den 1. Nov., abds. 8 Uhr, mit einem Karl Loewe-Abend eröffnet. Die Einrichtung dieser Abende ist die alte geblieben: auf einen einleitenden Vortrag folgen Gesangsvorträge. Eintrittskarten zu 40 Pf. (einschließlich Garderobe) sind schon jetzt zu haben in beiden Schiller-Theatern und in der J. M. Späthschen Buchhandlung (dem Rathause gegenüber).

— Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltet am Montag, den 2. November, im großen Saal des Gewerkschaftshauses einen Kunstabend, an dem Dr. Leopold Hirschberg über „Das deutsche Volkslied" sprechen und dazu musikalische Erläuterungen geben wird. Die Art Dr. Hirschbergs, einer sogenannten „unmusikalischen" Zuhörerschaft musikalische Probleme zu veranschaulichen, hat sich schon wiederholt bewährt. Die Musik, die die unmittelbarste aller Künste ist und doch trotz aller Popularität für viele ein unentdecktes Land bleibt, wird bei solcher Art der Popularisierung vertiefstes Verständnis und gesteigerte Genußbereitschaft finden. Freunde des Vereins, besonders Jugendliche und deren Eltern, sind zu dieser Veranstaltung eingeladen. Eintritt frei.

— **Tschudi geht endgültig.** Den für ein Kulturland und ein Land mit halbwegs entwickelten politischen Freiheiten unglaublichen, aber für Preußen mehr als wahrscheinlichen Meldungen von Werners bevorstehender Berufung wagt die „Nordd. Allgem. Zeitung" nur ein sehr lahmes Dementi entgegenzustellen. Anstatt wirklich zu dementieren, gibt das offiziöse Blatt sogar zu, daß „das neue Amt des Herrn von Tschudi noch nicht bestimmt sei". Er soll also seine Schöpfung für immer verlassen, und irgend ein kommandierter Byzantiner wird sein Werk verhunzen!

— **Naturwissenschaft und Wunder.** Ein Geldpreis wird von London für die Behandlung des Themas ausgeschrieben: „Die Stellung der Naturwissenschaft zu den Wundern". Der Preis, der sogenannte Gunning-Preis, beträgt allerdings nur 800 M. Die Abhandlungen, die sich um den Preis bewerben wollen, müssen bis zum 21. März 1909 an den Sekretär des Viktoria-Instituts in London, von dem auch weitere Einzelheiten zu erfahren sind, gerichtet werden.

— Eine vollständige Faksimileausgabe der Briefe Baruch Spinozas, des von unserem Genossen J. Stern verdeutschten Philosophen, wird zurzeit im Haag geplant. Neuerdings haben sich nämlich mehrere Verehrer der spinozistischen Lehre zusammengetan, um sämtliche Briefe seiner Hand, soweit sie sich noch erhalten haben, durch Lichtdruck zu vervielfältigen. Die neue Vereinigung von Spinoza-Freunden hofft durch ihre Unternehmung auch noch unbekannte Briefe aus den Mappen der Sammler oder der Archive und Bibliotheken hervorzulocken.

Regierung. Trotzdem sind wir dafür, daß der Antrag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen wird. Die Frage kommt zum ersten Male an uns und hat doch erhebliche rechtliche und politische Konsequenzen. Es ist klar, daß wir in der Zukunft öfter in die Lage kommen werden, uns mit solchen Anträgen zu beschäftigen (Heiterkeit rechts), und es ist daher angebracht, daß die Geschäftsordnungskommission Grundlagen für eine konstante Praxis in dieser Frage festlegt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Viereck** (sck.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Abg. **Traeger** (freis. Vp.): Da ich ein Gegner der Doppelbesteuerung des Hauses durch Reden bin, verzichte ich auf längere Ausführungen. (Heiterkeit.) Meine Freunde werden für den Antrag des Abg. Friedberg auf Kommissionsberatung stimmen, damit in der Kommission über den vorliegenden Antrag hinaus die Tragweite des Artikel 84 der Verfassung eingehend geprüft werden kann. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es sich hier um eine juristische Frage handelt; es handelt sich vielmehr nur um eine **Frage von weitgehender politischer Bedeutung.** Ich habe in früheren Jahren, als ich noch reizbarer war, mich auch mit den Herren über die Auslegung der Verfassung herumgestritten; aber schließlich habe ich mich gefügt. (Heiterkeit und Beifall links.)

Damit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich habe deswegen in meiner Begründung auf längere juristische Erörterungen verzichtet, weil ich von vornherein annahm, daß der Antrag an eine Kommission gehen würde. Die Rechtsauffassung des verstorbenen Abg. Liebknecht ist mir sehr wohl bekannt, ich billige sie aber nicht. Wir haben in unserer Partei durchaus nicht die Pflicht, auf das zu schwören, was hervorragende Parteigenossen einmal gesagt haben. (Lachen rechts.) Herr Kreth meinte, es sei keine Ehre für Liebknecht, daß die Wähler des 11. Berliner Landtagswahlkreises Liebknecht gewählt hätten, sondern das kennzeichne die Wähler. **Darauf, was Ehre ist, mit Herrn Kreth zu streiten, verzichte ich.** (Große Unruhe rechts.) Die Wähler des 11. Berliner Landtagswahlkreises werden Herrn Kreth hoffentlich die gebührende Antwort erteilen. Warum hat Herr Kreth nicht den Versuch gemacht, neben Liebknecht in Berlin zu kandidieren? Ich bin allerdings überzeugt, in ganz Berlin gibt es keinen einzigen vernünftigen Menschen, der Herrn Kreth wählen würde. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Wir verlangen mit unserem Antrag nicht etwa eine Gnade von der Regierung, sondern unser Recht, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß jedes Mitglied des Hauses das Recht hat, seine Haftentlassung zu verlangen und daß auch das Haus dieses Recht hat. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß, wenn wir die genügende Anzahl Unterschriften erhalten hätten, wir in dem Antrag auf Artikel 84 der Verfassung Bezug genommen hätten. Ich bitte Sie, in der Kommission unseren Antrag vorurteilsfrei zu prüfen, warne aber davor, etwa von vornherein eine Guillotine zu errichten, um in zukünftigen Fällen gegen sozialdemokratische Mitglieder vorzugehen. Wird unser Antrag in der Kommission abgelehnt, so sollte die Kommission prüfen, ob es sich nicht empfiehlt, den Artikel 84 der Verfassung in der Weise zu ändern, daß die Rechte der Mitglieder des Hauses und die Rechte des Hauses selbst besser gewahrt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Borgmann wird hierauf einstimmig an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der **ersten Beratung der Besoldungsvorlage.**

Abg. Dr. **Rewoldt** (freik.) bedauert, daß 8500 höhere Beamte bei der Aufbesserung nicht berücksichtigt worden sind. Es werde die schwere Aufgabe der Kommission sein, die nötigen Aenderungen an der Vorlage vorzunehmen. Die Mittel müssen unter möglichster Schonung des Mittelstandes aufgebracht werden. Die Erhöhung der Repräsentationsgelder sei auch seinen Freunden nicht gerade sympathisch. Die Remunerationen für Nebenbeschäftigungen sollten völlig in Wegfall kommen. Redner beantragt schließlich, das Lehrer- und Pfarrerbesoldungsgesetz einer besonderen Kommission, die übrigen Vorlagen der verstärkten Budgetkommission zu überweisen. (Beifall.)

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Wir begrüßen die Vorlage mit besonderer Freude und Genugtuung, weil wir in ihr ein Entgegenkommen gegen alte Wünsche der bürgerlichen Linken erblicken. Die Beamtenbesoldungen im Reiche und in Preußen müssen aber gleichmäßig gestaltet werden. Das Anfangsgehalt der Beamten muß mindestens so hoch gestellt werden wie das Mindestgehalt der bayerischen Beamten. Auch eine Erhöhung der Anfangsgehälter der höheren Beamten wird in einzelnen Fällen geboten sein. Mit der geplanten Dezentralisation sind wir im Prinzip einverstanden, aber die Macht der Landräte, die schon jetzt die reinen Könige in ihrem Bezirk sind (Sehr gut! und Heiterkeit links), noch zu vermehren, dazu können wir uns nicht verstehen. (Bravo! links.) In der Kommission wird zu prüfen sein, ob nicht auch für die Arbeiter in den staatlichen Betrieben, die ja in bezug auf die Entlohnung an der Spitze der industriellen Arbeiter stehen, etwas geschehen muß. Der Vorschlag des Finanzministers, das Kommunalsteuerprivileg nur für die neuen Beamten aufzuheben, der nur zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde, ist für uns nicht annehmbar. Wir hoffen, daß durch die Kommissionsberatungen die diesmalige Beamtenbesoldungsvorlage zu einem Markstein in der Geschichte des preußischen Beamtentums wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **v. Jazdzewski** (Pole): Wenn wir auch fortgesetzt darüber zu klagen haben, daß uns vielfach die Beamten in den Ostmarken ebenso wie die Regierung nicht nach Recht und Gerechtigkeit behandeln, werden wir doch angesichts dieser Vorlage unsere volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Ich erinnere nur an das Verhalten der Kreisschulinspektoren in dem Schulstreik. Wir werden die Einzelheiten der Vorlage in der Kommission eingehend prüfen.

Finanzminister **v. Rheinbaben:** Der Herr Vorredner hat es glücklich verstanden, auch in diese Materie die Polenfrage hineinzutragen, die doch mit der ganzen Polenfrage absolut nichts zu tun hat. (Widerspruch bei den Polen.) Gewiß haben die Beamten die Pflicht, Polen und Deutsche mit gleichem Maße zu messen. Wenn das Verhältnis zwischen den Beamten und der polnischen Bevölkerung nicht immer so ist, wie wir es wünschten, so liegt das Schwergewicht der Schuld auf der polnischen Seite. (Lebhafter Widerspruch bei den Polen. Bravo! rechts.) An dem Schulstreik haben nicht die Kreisschulinspektoren schuld, sondern dieser ist freventlich von der polnischen Bevölkerung heraufbeschworen worden. (Lebhafte Zustimmung rechts; Unruhe bei den Polen.

Abg. **Peltasohn** (frs. Vg.) bespricht die Einzelheiten der Vorlage und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in der Kommission noch Verbesserungen zu erzielen sein werden.

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich möchte eingangs mein Bedauern darüber aussprechen, daß in der ganzen Vorlage und den dazu gehörigen Drucksachen mit keinem Worte darauf hingewiesen worden ist, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit notwendiger Konsequenz zu einer

angemessenen Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter

führen müßte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch von den Vertretern der verschiedenen Parteien ist es verabsäumt worden, diese Tatsache festzustellen und nachdrücklichst zu fordern, daß das Versäumte wenigstens nachgeholt werde. Der Herr Finanzminister hat mit Stolz darauf hingewiesen, daß 186 Millionen für die Erhöhung der Beamtenbesoldung gefordert würden, er bezeichnete das als eine „weitgehende und werktätige Fürsorge". Ich bedaure, etwas Wasser in den Wein dieses Enthusiasmus hineingießen zu müssen, der leider auch von den verschiedenen Parteien hier zum Ausdruck gebracht worden ist. Schon ein Blick in die zahlreichen Petitionen beweist, daß man in Beamtenkreisen ganz anders über diese Vorlage denkt, und auch in der Presse haben bereits Beamte ihrer abweichenden Meinung Ausdruck gegeben. Sogar die konservative „Kreuz-Zeitung" hat an dem Beamtenbesoldungsgesetz Kritik geübt. Interessant war die folgende Bemerkung dieses Blattes: „Wir haben niemals verhehlt, daß uns die Art, in der sich die Regierung

zur Zusage der Gehaltserhöhungen hat drängen

lassen, sehr wenig gefallen hat. Das ist sehr bezeichnend für die Beamtenfreundlichkeit der Herren Konservativen. (Sehr gut! bei den Soz.) Für gewisse besonders notleidende Beamtenkategorien ist aber die „Kreuz-Ztg." doch eingetreten, z. B. für die Regierungsräte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn von konservativer Seite noch weitere Abstufungen in den Höchstgehältern verlangt werden, so ist das ein bureaukratisches Mandarinentum, für das ich kein Verständnis habe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die „Kreuz-Ztg." sprach von „verwerflicher Gleichmacherei." Dem konservativen Ideal möglichster Ungleichheit mag es ja entsprechen, daß viele Tausende von Unterbeamten auch nach diesem Gesetz gänzlich unzulänglich aufgebessert werden sollen. Die Summe für die Beamtenaufbesserungen muß in Vergleich gesetzt werden mit der Zahl der in Betracht kommenden Beamten, wenn man ein richtiges Bild gewinnen will. Nach dem Gesetz werden für 272 000 Beamte einschließlich Wohnungsgeldzuschuß 83½ Millionen mehr gefordert. Das bedeutet pro Kopf eine Erhöhung von 300 Mark. Diese Summe erscheint um so geringer, wenn man bedenkt, daß

1000 Mark pro Kopf

mehr für die rund 12 000 Geistlichen gefordert werden. Der „Akt weitgehender und werktätiger Fürsorge" schrumpft weiter zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach den eigenen Worten des Finanzministers die ganze Reform eine Gehaltserhöhung „entsprechend den gesteigerten Kosten der Lebensführung" bedeutet. Gehaltsaufbesserungen sind doch nur dann rühmenswert, wenn sie eine erhöhte Befriedigung materieller und geistiger Bedürfnisse ermöglichen. Hier werden aber die Beamten mit wenig Ausnahmen nur so gestellt, daß sie zur Not die gleiche Lebenshaltung führen können, wie vor 10 oder 15 Jahren. Die Besoldungsaufbesserung war daher eine **unabweisliche Pflicht des Staates,** aber keine rühmenswerte Tat. Die Regierung wußte ja, wie die Unzufriedenheit in den Beamtenkreisen gestiegen war und kam deshalb mit ihren Versprechungen

jedesmal unmittelbar vor den Wahlen.

(Lachen rechts.) Auch die freisinnige „Breslauer Zeitung" hat die Auffassung vertreten, daß die Vorlage nur geeignet sei, die dringende Not zu lindern, in welche gewisse Beamtenkategorien durch die

agrarische Wirtschaftspolitik

hineingekommen sind. Sehr interessant ist, daß dies freisinnige Organ schreibt: „Hätte doch Eugen Richter diesen Etat noch erlebt, wie fehlt uns dieser Mann jetzt an allen Ecken und Enden." Wir hatten geglaubt, dafür habe man jetzt die Fischbeck, Kopsch und Wiemer. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Verteuerung der Lebensmittel ist sogar von der rechts stehenden „National-Zeitung" noch am letzten Sonnabend zugegeben worden. Sie ergibt sich auch aus einer Enquete des Breslauer Beamtenvereins. Auf dem Verbandstage der mittleren Reichs-Post- und Telegraphenbeamten wurden eine Reihe von Beamtenetats abgegeben, ein Oberpostassistent mit einem Einkommen von 2360 M. hatte Ausgaben von 2710 M. Dabei waren noch gar keine Auslagen eingestellt für Reisen, Zeitungen, Bücher, Vergnügungen usw. und seine Familie bestand nur aus drei Köpfen. Ein anderer Oberpostassistent mit 2882 M. Gehalt, der außer vier Kindern noch eine Schwiegermutter zu ernähren hat, kam ohne Defizit aus. Die „Beamtenzeitung" bemerkt dazu: „Man weiß hier nicht, ob man mehr erstaunt sein soll über das geradezu verblüffende Anpassungsvermögen des Beamten oder über die Entsagungen und Entbehrungen, die aus dieser Rechnung sprechen. Die Sätze für Kleider, Schuhzeug und namentlich für Ernährung sind so gering, daß wir gern glauben, wenn der Kollege sagt, das Fleisch sei für ihn ein Luxusartikel." (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie mag es da erst bei den Beamten stehen, die kaum halb so viel Gehalt haben? Ich konstatiere nur die nackte Tatsache, daß 80 250 Beamte auch nach der neuen Vorlage ein Anfangsgehalt von

weniger als 1200 M.

erhalten sollen, weitere 25 000 Beamte 1200—1700 M. Namentlich die Aufbesserung der Eisenbahnbeamten ist eine ganz unzulängliche. Der Mehrbedarf beträgt hier pro Kopf 170 M. Bei Wagenmeistern, Weichenstellern I. Klasse usw. beträgt der Mehrbedarf pro Kopf nur 50 Mark. Dagegen sollen die Oberförster pro Kopf 500 Mark mehr erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Geheime Kabinettsrat des Zivilkabinetts erhält 5000 Mark mehr. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Außenbeamten bei der Eisenbahn haben eine anspannende und aufreibende Arbeitszeit von zwölf bis vierzehn Stunden und eine große Verantwortung für die Betriebssicherheit, so daß ein höheres Gehalt als vorgesehen für sie am Platze ist. Der Finanzminister hat möglichste Sparsamkeit empfohlen. Ich warne, diese vorzunehmen auf Kosten der Gesundheit der Beamten und der Betriebssicherheit. Die Sterblichkeit des Lokomotivpersonals ist eine sehr große; das Durchschnittsdienstalter beträgt nur 19 Jahre. Bei der Aufbesserung der Eisenbahnbeamten muß die gesteigerte Intensität des Betriebes in Rücksicht gezogen werden. Die Leistungen der Bahnen haben sich verdoppelt, während das Personal nur um 5 Prozent vermehrt worden ist. Nach alledem geht unser Urteil dahin, daß die Gehaltsaufbesserung für sehr große Schichten des Beamtenheeres eine

absolut unzulängliche

ist. Das Wort des preußischen Ministerpräsidenten, Preußen in Deutschland voran, trifft durchaus nicht zu. Preußen hinkt ganz erheblich hinter Bayern drein. Der Besoldungsentwurf in Bayern geht für die mittleren und unteren Beamten weit über den preußischen Entwurf hinaus. Er fordert als Mindestgehalt 1100 M., dieses Mindestgehalt ist aber vom bayerischen Landtag auf 1200 M. erhöht worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hier gar nicht zu erwarten!) Der Regierungsentwurf in Bayern hat eine eingehende Umgestaltung vom dortigen Landtage erfahren. Vor allem sind die Gehälter der unteren und mittleren Beamten vom Landtage außerordentlich aufgebessert worden, obwohl schon der Entwurf in dieser Hinsicht besser gestellt war, als der preußische.

In Bayern haben die Bahn- und Schleusenwärter ein Mindesteinkommen von 1200 bis 1600 Mark. In Preußen ist jetzt erst in dem neuen Entwurf, der uns von dem Regierungsvertreter als Akt weitgehender Fürsorge gepriesen wird, ein Mindestgehalt von 1000 bis 1200 Mark vorgesehen. Auch bei Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses, der in Bayern fortgefallen ist, sind die Gehälter in Bayern beträchtlich besser. Auch der Finanzminister glaubte gestern mit einem Hinweis auf den Wohnungsgeldzuschuß die geringen Gehälter begründen zu können. Er sagte, seit 1906 sei der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Beamten um 50 Proz. erhöht. Mit der jetzt vorgesehenen Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses betrage die Gesamterhöhung 100 Prozent. Das ist eine wunderschöne Prozentberechnung. Wenn einem Staatsanwalt der Wohnungsgeldzuschuß um 50 Proz. erhöht wird, beträgt das Mehreinkommen für den Staatsanwalt gleich 450 M. Das ist eine ganz respektable Summe. Dann beträgt das Mindesteinkommen sofort 3000 + 900 + 450 = 4450 M. und das entsprechende Höchsteinkommen 8550 M. Bei den mittleren Beamten ist der Effekt bereits viel geringer. Was macht diese Erhöhung aber bei den Unterbeamten aus? Der ganze Wohnungsgeldzuschuß ist bei den Unterbeamten in Berlin auf 360 M. gebracht worden. Der Wohnungsgeldzuschuß in der ersten Servisklasse beträgt nur 270 M., derjenige in der dritten Klasse nur 162 M., derjenige in der letzten Klasse sogar

nur 108 Mark.

Von 1873 bis 1906 hat man warten müssen, bis man den ungeheuer geringen Zuschuß erhöhte. In der untersten Klasse hat man es jetzt auf ganze 108 Mark gebracht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das gesamte Gehalt mancher Beamtenklassen, z. B. der Bahnwärter, steht mit dem ganzen Wohnungsgeldzuschuß zusammen noch mehrere hundert Mark hinter dem Gehalt in Bayern zurück. Dabei bleibt es trotz aller schönen Prozentrechnungen. Einige Kategorien mittlerer Beamten hat man allerdings in wohlwollender Weise herausgegriffen, z. B. die Revierförster. Das Höchstgehalt dieser Beamten ist um 33⅓ Proz. aufgebessert. (Bravo! rechts.) Ich hoffe, daß Sie dieses Bravo auch bei anderer Gelegenheit zur Hand haben. Schutzleute und Gendarmen sind im Höchstgehalt um 31 Proz. aufgebessert. Bei den zur selben Beamtenklasse gehörenden Zugführern sind aber nur Aufbesserungen von 16 Proz. vorgenommen! Man braucht den bevorzugten Beamtenklassen ihre Gehaltserhöhungen keineswegs zu mißgönnen, kann aber verlangen, daß alle Beamten

mit gleichem Maße gemessen

werden. Es ist ungerecht, einzelne Kategorien herauszugreifen. Oder will man etwa nur mit den Militäranwärtern eine Prätorianergarde für unsere Junker schaffen? Für Herrn Kreth und seine Genossen? (Unruhe rechts.) Ich will nicht behaupten, daß dies die Absicht ist, aber viele Petitionen deuten auf einen solchen Eindruck hin. In einer Beamtenpetition ist in Fettdruck darauf hingewiesen worden, daß der betreffende Beruf allezeit staats- und königstreu gewesen sei. (Unruhe rechts.) Ein ähnliches Gelöbnis verlangen wir für unsere Arbeit nicht. Uns ist es ganz egal, welche politische Gesinnung die Beamten haben. Wir treten für die Erhöhung der Gehälter ein, einerlei, ob die Beamten konservativ, freisinnig oder sozialdemokratisch sind. Ihnen ist es nicht einerlei. Das wollte ich festgestellt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sagt man uns immer, wir Sozialdemokraten fragten gar nicht danach, ob es auch möglich sei, unseren Wünschen gerecht zu werden. Nun, wir wollen hier einen praktischen Vorschlag machen. Sämtlichen 105 000 Beamten der vier untersten Klassen kann das Gehalt über die in der Vorlage vorgesehene Summe hinaus um

weitere 120 M. aufgebessert

werden, wenn die 12½-Millionen-Forderung für die Geistlichen abgelehnt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Gelächter rechts.) Wenn Sie so verfahren würden, würden Sie nicht nur gerechter, sondern auch viel christlicher handeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die „Germania" hat angeregt, das Mindestgehalt auf 1200 M. heraufzusetzen. Der Zentrumsredner Herr Schmedding hat diesen Standpunkt schon nicht so entschieden vertreten. Er sprach nur von einer Erhöhung auf „1100 oder 1200 Mark". Herr Schmedding verband auch mit seiner Rede eine andere These, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Er erklärte, die Lebenshaltung sei allgemein eine höhere geworden. Wohl sind die Einkommen gestiegen, aber die Lebenshaltung ist darum noch lange nicht höher geworden. Die Erhöhungen haben vielfach nicht einmal ausgereicht, nur den verteuerten Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen. Dazu kommt die

Krisis, die Hunderttausende brotlos gemacht

hat. Herr Schmedding hätte auch auf das unverhältnismäßige Wachstum der Einkommen von mehr als 80 000 M. hinweisen sollen, darauf, daß 17 000 Personen jährlich 720 Millionen M. zum Vermögen aufspeichern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Der Redner des Zentrums nannte das System der Stellenzulagen „mißlich". Es ist nicht nur mißlich, sondern direkt verwerflich, denn die Beamten werden dadurch den Vorgesetzten preisgegeben. Die Vorgesetzten brauchen nicht einmal Bösewichter zu sein, sie haben aber Schwächen, denen man keinen Spielraum geben sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorgesetzten glauben vielleicht, noch einen guten Dienst zu leisten, wenn sie die politische Ansicht ihrer Untergebenen korrigieren. Sie sehen nicht ein, daß dadurch der freie Mann zum Sklaven degradiert wird und daß sie selbst damit eine nichtswürdige Handlung begehen. Wir fordern daher vollständige Beseitigung der Zuschußfonds, die zu leicht zu

Korruptionsfonds

werden. In der „Vossischen Zeitung" und den noch viel stubenreineren Berliner „Neuesten Nachrichten" haben ein Staatsanwalt und ein Richter vor kurzem ihr Herz ausgeschüttet. Obwohl das Gehalt der Staatsanwälte und der Richter erst kürzlich aufgebessert ist, erklären beide, daß sie mit den Gehältern von 6000 bis 7200 M. nicht auskommen können. Der Richter droht sogar in der „Vossischen Zeitung", daß die Richter gezwungen wären, ihre Stellung zur Regierung zu ändern. Der Staatsanwalt fordert auf: Staatsanwälte, vereinigt Euch! Man denkt da unwillkürlich an einen anderen Aufruf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man ja noch Schreckliches erleben bei einem Streik der Staatsanwälte. (Heiterkeit.) Wir werden darauf drängen, daß die Gehälter der höheren Beamten erst weiter erhöht werden, wenn die Gehälter der unteren Beamten höhere geworden sind. Wir werden nicht verabsäumen, zu zeigen, wie oben gespart werden kann, damit unten zugelegt werden könne. Das Gehalt des Kammergerichtspräsidenten ist erst kürzlich von 14 000 M. auf 18 000 M. erhöht und soll jetzt auf 20 000 M. gebracht werden. Ist dies nötig? Wozu sind die Legationssekretäre in München und Dresden da? Früher sagte man, sie müßten auf dem Starnberger See fischen. (Heiterkeit.) Nach dem Eulenburg-Prozeß könnte auch diese Tätigkeit wohl aufhören. (Heiterkeit.)

Einen sehr eigentümlichen Standpunkt nahm der Redner der konservativen Partei ein, wenn er forderte, daß das Reich bei den Besoldungen der Beamten nicht weiter gehen dürfe als Preußen. Mögen doch die Herren dafür sorgen, daß das Reich dazu nicht genötigt ist. Reiten Sie eine recht energische Attacke unter der Parole: Preußen in Deutschland voran! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Redner konstruierte die Pflicht für die Beamten, dem Landtag dankbar zu sein. Wir meinen im Gegenteil, wir müssen den Beamten dankbar sein für ihre gewissenhafte Pflichterfüllung. Wenn ihre berechtigten Ansprüche nicht bewilligt werden, so haben sie geradezu

das Recht, mehr zu fordern.

Ich erinnere Sie daran, daß die Staatsanwälte erklärt haben, mit ihrem Höchstgehalt von 7200 Mark nicht auskommen zu können. Versuchen Sie doch einmal, wenn es Ihnen auch schwer fällt, sich angesichts dieser Tatsache in die Lebensverhältnisse der Unterbeamten hineinzuversetzen, die mit 1200, 1800 oder auch 2400 Mark auskommen müssen. Dann werden Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie die Pflicht haben, gerade die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erheblich aufzubessern. Beweisen Sie, daß Sie ernste Arbeit leisten wollen, an unserer Unterstützung dabei soll es Ihnen nicht fehlen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Eisenbahnminister **Breitenbach:** Die Besoldungsaufbesserung soll in erster Linie den Teilen der Beamten zugute kommen, welche sich in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden. Der Gesamtmehraufwand für die Gehälter der preußischen Eisenbahnbeamten verteilt sich zu 56⁵/₁₀ Proz. auf die Unterbeamten, 42,6 Proz. auf die mittleren Beamten, 0,9 Proz. auf die höheren Beamten. Das Durchschnittsgehalt der unteren Beamten steigt um 7⅓ Proz., der mittleren Beamten um 14,3 Proz., der höheren Beamten um 5,6 Proz. Das gibt keinen Anlaß zu so scharfer Kritik, wie der Abg. Ströbel sie soeben vorgetragen hat. Ich habe es allerdings nicht anders erwartet. Wenn wir eine Vorlage unterbreitet hätten, die die Gehälter der Unterbeamten um 100 Proz. erhöht, hätten wir genau dieselbe Rede von ihm gehört. (Sehr wahr! rechts. Abg. Hoffmann ruft: Versuchen Sie es doch einmal!) Es gehört zur parteipolitischen Tendenz der Sozialdemokratie, alle Leistungen von Staat und Gesetzgebung als minderwertig, als ein bloßes Zuckerbrot hinzustellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie empfinden selbst am besten, wie wahr das ist! Große Unruhe rechts. Laute Pfuirufe.) Die Kritik des Abg. Ströbel war dabei sehr einseitig. Die Bahnwärter in den großen Städten, z. B. in Berlin, erhalten ungefähr ebensoviel wie in Bayern. Die Löhne der Staatsarbeiter sind dauernd in außergewöhnlichem Maße gestiegen;

die Gehaltserhöhung der Unterbeamten war nur die notwendige Folge der Erhöhung der Arbeiterlöhne. Deren weitere Erhöhung kann erst wieder in Frage kommen, wenn die Verhältnisse am Lohnmarkt es erfordern. Die preußischen Beamten haben volles Vertrauen zur Regierung und wissen, daß sie ihnen gewährt, was mit Rücksicht auf das allgemeine Staatsinteresse gewährt werden kann. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Lehrerbesoldungsgesetz. Pfarrerbesoldungsgesetz.) Schluß 5 Uhr.

Aus der Partei.

Liberaler Terrorismus. In Sonneberg (Sachsen-Meiningen) gründeten im vorigen Herbst unsere Genossen ein Parteiorgan, dem die dortigen sogenannten Liberalen und Freisinnigen, die nun in ihrer Ruhe aufgestört wurden, bald grimme Rache schworen. Da die Liberalen auf politischem Gebiete dem „Volksfreund" nicht beikommen konnten, suchte man ihn geschäftlich zu ruinieren. Im liberalen Ortsverein wurde beschlossen, alle Geschäftsleute aufzufordern, nicht mehr im „Volksfreund" zu inserieren, keine Druckaufträge zu geben und keine Anteilscheine zu nehmen. Bekannte Freisinnige sprachen persönlich bei den Geschäftsleuten vor, um diese scharf zu machen. Auch jetzt hat man dieses Treiben wieder erneuert. Wenn aber die Liberalen durch ein so trauriges Verhalten glauben Erfolge gegen unser Organ erzielen zu können, werden sie sich getäuscht sehen. Unsere Genossen drehen den Spieß jetzt um. Sie werden nur in solchen Geschäften einkaufen, die im „Volksfreund" inserieren. Die Geschäftsleute werden sich dann überlegen müssen, ob sie den Anordnungen des liberalen Ortsvereines folgen oder ihre Kundschaft einbüßen wollen.

Für die Jugend gibt unser Dortmunder Parteiblatt, die „Arbeiterzeitung", fortan ein Beiblatt „Der junge Kamerad" heraus. Es erscheint alle 14 Tage.

Einen Sparverein „Volkszeitung" haben die Genossen in Görlitz gegründet. Sein Zweck ist die Beschaffung der Mittel für eine Druckerei, in der das Parteiorgan, die „Volkszeitung" gedruckt werden soll. Jetzt ist sie Kopfblatt der „Dresdener Volkszeitung". 12 000 M. sind bereits in kurzer Zeit zusammengebracht, darunter befinden sich namhafte Beiträge der im Verbreitungsbezirk der „Volkszeitung" befindlichen Gewerkschaftszahlstellen. Bis zum Ablauf des Jahres hoffen unsere Genossen an 25 000 M. aufzubringen.

Ein neuer Mitstreiter. Von einem nach Montreal ausgewanderten Brandenburger Parteigenossen erhielt die „Brandenburger Zeitung" die erste Nummer vom 9. Oktober 1908 eines neuen in englischer Sprache geschriebenen sozialistischen Organs für Kanada „The Canadian Socialist". In dem einführenden Artikel wird die Notwendigkeit eines Organs, durch das die Arbeiter des östlichen Kanada ihre Meinung ausdrücken können, betont.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

II.

Die Angriffstreiks.

Im vorigen Abschnitt dieses Berichts wurde bereits auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß das Ergebnis der Kämpfe für die Arbeiter ungünstiger ist als im Jahre 1906. An diesem ungünstigeren Ergebnis haben die Angriffstreiks einen erheblichen Anteil. Von 1635 geführten Angriffstreiks endeten 830 = 51,7 Proz. mit vollem Erfolg (1906: 55,7 Proz.), 472 Kämpfe = 29,4 Proz. hatten einen teilweisen Erfolg (1906: 26,7 Proz.) und 257 Kämpfe = 16 Proz. waren erfolglos (1906: 15,9 Proz.). Am Schlusse des Jahres waren nicht beendet 30 Streiks und von 46 Streiks blieb das Resultat unbekannt. An den Angriffstreiks waren beteiligt 131 427 männliche, 11 517 weibliche, zusammen 142 944 Personen. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 51 344 = 35,9 Proz. und teilweisen Erfolg 53 006 = 37,1 Proz. Von den Streiks um Lohnerhöhung endeten 53,4 Proz. mit vollem Erfolg und hatten daran 35,3 Proz. Personen Anteil. Bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ist das prozentuale Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks zwar geringer — 49,4 Proz. —, dagegen der Prozentsatz der an dem vollen Erfolg Beteiligten höher — 35,8 Proz. — als bei den Streiks um Lohnerhöhungen. Am ungünstigsten ist das prozentuale Verhältnis bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit. Von diesen Streiks endeten nur 42,9 Proz. mit vollem Erfolge und hatten daran 13,6 Proz. der Beteiligten Anteil.

Steht das Ergebnis der Angriffstreiks von 1907 auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überragt es immerhin noch das Jahr 1905, nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer.

Die Gesamtausgabe für die Angriffstreiks beträgt 5 082 221 M. Für 138 030 an den Angriffstreiks beteiligten Personen konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall des Verdienstes festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit, insgesamt für männliche und weibliche Streikende, 2 277 432 Tage; der Verlust des Arbeitsverdienstes 8 447 284 M. Vom Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 7424 Angriffstreiks mit 937 334 Beteiligten geführt, darunter waren: 176 Streiks mit 14 141 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit; um Lohnerhöhung fanden 3627 Streiks mit 859 034 Beteiligten, und bei 2336 Streiks mit 506 511 Beteiligten wurde um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gestritten.

Die Abwehrstreiks.

Die mehr oder weniger günstigen Resultate bei Abwehrstreiks können nicht, wie bei den Angriffstreiks, von dem Standpunkt der positiven Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Handelt es sich doch bei den Abwehrstreiks um das äußerste Mittel der Arbeiter, von den Unternehmern ihnen zugemutete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Es können deshalb bei den Abwehrstreiks die günstigsten Resultate für die Arbeiter nur im bedingten Sinne als Erfolge angesprochen werden. In 834 Fällen mußte die Arbeiterschaft im Jahre 1907 zu dem Kampf als äußerstes Mittel der Abwehr greifen. An diesen Kämpfen waren 33 348 Personen beteiligt. Von diesen Kämpfen endeten 412 = 51,6 Proz. mit vollem Erfolg, woran 13 455 Personen = 49,3 Proz. beteiligt waren. Für diese Zahl Beteiligter konnten also die zugemuteten Verschlechterungen durch das Mittel der Arbeitsniederlegung vollständig zurückgewiesen werden. 106 Kämpfe = 13,3 Proz. mit 5466 = 16,4 Proz. Beteiligter endeten dagegen nur mit einem teilweisen Erfolg, trotz des äußersten Mittels der Gegenwehr war es bei diesen Kämpfen nicht gelungen, die Verschlechterungen vollständig abzuwehren. Völlig erfolglos endeten 266 Kämpfe = 33,3 Proz. Von 15 Streiks blieb das Resultat unbekannt und 35 Streiks waren am Schluß des Berichtsjahres noch nicht beendet.

Am häufigsten mußte gegen Lohnreduzierungen gekämpft werden, und zwar in 253 Fällen, an denen 11 329 Personen beteiligt waren. Mit vollem Erfolg endeten davon 130 Kämpfe = 53,7 Proz. und 7116 Beteiligten = 62,8 Proz. In 220 Fällen mußte die Arbeiterschaft gegen versuchte Maßregelungen kämpfen. Von diesen Streiks endeten 99 = 45,8 Proz. mit vollem und 25 = 11,6 Proz. mit teilweisem Erfolg.

Wegen Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannten 170 Kämpfe, an denen 5095 Personen beteiligt waren. 103 Kämpfe = 66 Proz. wurden mit vollem und 19 Kämpfe = 12,2 Proz. mit teilweisem Erfolge beendet. Von den Beteiligten hatten 2367 = 46,5 Proz. vollen und 1731 = 34 Proz. teilweisen Erfolg.

In 25 Fällen war die Ursache der Streiks schlechte Behandlung der Arbeiter. Von diesen Streiks endeten 13 = 52 Proz. mit vollem und 5 Streiks = 20 Proz. mit teilweisem Erfolg. Diese Streiks weisen die geringste Beteiligungsziffer auf. In 21 Fällen bildete der von Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation die Ursache von Kämpfen. An diesen waren 726 Personen beteiligt. Von diesen Streiks endeten 7 = 33,3 Proz., woran 298 Personen beteiligt waren, mit vollem Erfolg und 3 Streiks = 14,4 Proz., mit 167 Beteiligten, = 23 Proz. mit einem teilweisen Erfolg.

Die geringste Zahl der Streiks — 14 — wurde geführt wegen Einführung einer Fabrikordnung. Von diesen Streiks endeten 8 = 65,5 Proz. mit einem vollen und 3 Streiks = 23,1 Proz. mit einem teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen entstanden 108 Streiks mit 4203 daran beteiligten Personen. Von diesen Streiks endeten 40 = 38,1 Proz. mit vollem und 16 Streiks = 15,2 Proz. mit teilweisem Erfolg. Von den beteiligten Personen hatten 1877 = 44,7 Proz. vollen und 777 = 18,5 Proz. teilweisen Erfolg.

Das Resultat des Jahres 1907 steht in der Anzahl der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe hinter den Vorjahren zurück, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg partizipierenden Personen höher als 1906. Das gleiche Verhältnis trifft auch zu für die Beteiligten, welche durch die Kämpfe einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Die Gesamtausgabe für die Abwehrstreiks beträgt 1 134 789 M. Für 32 426 Beteiligte konnte der Verlust an Arbeitszeit und Verdienstausfall festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 470 263 Tage, der Verdienstausfall 1 907 692 M. Vom Jahre 1900 bis 1907 wurden insgesamt 5000 Abwehrstreiks geführt und waren daran 196 011 Personen beteiligt. Von diesen gesamten Streiks endeten 2575 = 52,2 Proz. mit vollem und 672 = 13,6 Proz. mit teilweisem Erfolg. Von den an diesen Kämpfen beteiligten Personen hatten 92 248 = 47,1 Proz. vollen und 32 797 = 16,7 Proz. teilweisen Erfolg.

Gerichts-Zeitung.

Entführung.

Eine große Portion Frivolität brachte den Kaufmann Georg Hannes gestern unter der Anklage der Entführung einer Minderjährigen vor die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der 20 Jahre alte Angeklagte ist schon weit in der Welt umhergekommen und hat mancherlei Erfahrungen gesammelt. Er besitzt ein hervorragendes musikalisches Talent und durch die Ausübung desselben fand er den Weg zum Herzen der 15½jährigen Tochter des Privatiers S. Dieser wohnte in einem Restaurant und Fremdenlogis, dessen Inhaber der Onkel der kleinen Charlotte S. ist, während ihr Vater, der ein Haus in Lichtenberg besitzt, an dem Geschäft beteiligt ist. In dem Restaurant ließ der Angeklagte sein musikalisches Talent leuchten. Fast täglich übte er mit dem Mädchen Musik und bei dem gemeinschaftlichen Musizieren verliebte sich das Mädchen in den talentvollen jungen Mann mit der großen Künstlertolle, der so nett zu plaudern wußte und auch allerlei geheimnisvolle, romantische Andeutungen über seine Persönlichkeit machte. Er erzählte dem andächtig lauschenden Mädchen, daß er in Wahrheit ein Graf von Königsmark sei und den Namen Hannes nur angenommen habe, weil er sich etwas habe zuschulden kommen lassen und von seinem Vater nicht entdeckt werden dürfe. Eines Tages erklärte er dem Mädchen, daß ihr Liebesverhältnis doch kaum noch verheimlicht werden könne, und da er die Einwilligung ihrer Eltern zu einer Fortsetzung des Verhältnisses doch schwerlich erhalten würde, es das beste wäre, wenn er den Berliner Staub von den Füßen schüttelte. Dann verriet er dem Mädchen seine Absicht, nach London zu gehen, weil er die englische Sprache beherrsche. Charlotte wollte ihren Liebestraum nicht aufgeben und drang in ihn, sie mitzunehmen. Er erklärte, daß er nur 120 M. im Besitz habe und diese Summe zu einer Reise nach London für zwei Personen nicht ausreiche. Das Mädchen aber wußte Rat: sie entwendete dem Vater während der Mittagsruhe desselben einen ledernen Beutel mit 275 M., führte einen ihr gewordenen Auftrag zum Inkasso einiger Mieten aus dem Lichtenberger Hause schleunigst aus und als sie auf diese Weise über 400 M. zusammen hatte, entfloh der Angeklagte mit ihr nach London. Dort kamen sie abends an und mieteten in einem Hotel ein gemeinsames Zimmer. Von London aus teilte das Mädchen ihrer Mutter telegraphisch ihren Aufenthaltsort mit. Die Mutter fuhr nach London und nach sechs Tagen schon war das Liebesidyll gestört. Der junge Mann wanderte in Untersuchungshaft und das abenteuerlustige Töchterlein mußte der Frau Mutter nach Berlin folgen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, nicht gewußt zu haben, daß das Mädchen noch nicht 16 Jahr alt war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Entführung und Begünstigung zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Der bestochene Amtssekretär.

Unter der Anklage, als Beamter für in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geldgeschenke angenommen zu haben, mußte sich gestern vor der 2. Strafkammer der Amtssekretär Richard Golz aus Schmöckwitz verantworten. — Der Angeklagte wurde am 1. Februar 1896 als Amtssekretär für den Gemeindebezirk Zeuthen in dem Amt Eichwalde angestellt und später durch den Landrat des Kreises Teltow als Beamter bestätigt und als solcher vereidigt. In seiner Stellung konnte der Angeklagte diejenigen Geschäfte, die nach den gesetzlichen Bestimmungen dem Amtsvorsteher selbst obliegen, nicht erledigen, wohl aber mußte er bei verschiedenen amtlichen Handlungen als Gehilfe des Amtsvorstehers fungieren. Als im Jahre 1904 der damalige Amtsvorsteher von der Decken verstarb, wurde der jetzige Amtsvorsteher Beschorner, der inzwischen auch wegen eines schwebenden Disziplinarverfahrens vom Amte suspendiert ist, zum Amtsvorsteher ernannt. Da dieser bisher derartige Geschäfte noch nicht erledigt hatte, verließ er sich vollständig auf den Angeklagten und ging auf dessen Vorschläge regelmäßig ein. Diese Tatsache, die in dem Amtsbezirk bald allgemein bekannt wurde, soll der Angeklagte, wie die Anklage behauptet, dazu benutzt haben, um sich seine Taschen mit Bestechungsgeldern zu füllen. Der Gastwirt Alois Schwartzer hatte sich bei dem Kreisausschuß um Erteilung der Schankkonzession für eine Baukantine beworben, war aber abschlägig beschieden worden. Der Vorbesitzer gab dem Sch. den Rat, er solle sich an Golz wenden, denn „der bekäme alles fertig", wenn man ihm etwas zuwende. Der Angeklagte ließ sich von Sch. fünf Mark zahlen und setzte ihm eine Klage auf, die dann auch Erfolg hatte. Auch für die Verlängerung der Konzession zahlte Sch. fünf Mark an den Angeklagten. Als Sch. die Konzession für ein anderes Grundstück erlangen wollte, zahlte er dem Angeklagten unter einem vielsagenden Augenzwinkern zehn Mark, die G., ohne ein Wort zu sagen, einsteckte. Die Konzession wurde dem Sch. bald darauf erteilt. Ein Schneidermeister St. zahlte ebenfalls an G. 10 M., um die Genehmigung für die Anlage eines Aborts zu erlangen. Die 10 M. wirkten auch in diesem Falle sehr prompt, denn bald darauf erhielt St. die Genehmigung. — Wegen ähnlicher Bestechungen wurde der Angeklagte am 1. Mai d. J. von der Strafkammer des Landgerichts II zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hat Golz Revision eingelegt, die noch nicht erledigt ist. Nachträglich stellten sich dann noch die jetzt zur Anklage stehenden Fälle heraus. — Der Staatsanwalt beantragte eine Zusatzstrafe von 5 Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängnis und Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von drei Jahren.

Zweimal zum Tode verurteilt.

Der 64 Jahre alte Korbmacher Friedrich Koch aus Oberndorf bei Apolda war beschuldigt, seine (dritte) Ehefrau und eine in seinem Hause wohnende Gesindevermieterin Zeitz in bestialischer Weise ermordet zu haben. Das Schwurgericht Rudolstadt bejahte gestern, wie uns ein Telegramm mitteilt, beide Fragen. Darauf wurde Koch zweimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Verurteilte verzichtete auf Einlegung der Revision.

Ihre Kinder sind größer geworden und Sie müssen für geeignete Schlafstätten sorgen. Nur Jaekel's **Schlafe patent-Möbel** geben Ihnen die beste Gelegenheit, dies ohne Vergrößerung der Wohnung auszuführen. Fordern Sie den **soeben erschienen neuen Katalog 170** gratis u. franko.
R. JAEKEL's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstr.

H. JOSEPH & Co.

Berliner Straße 54-55 **RIXDORF** Berliner Straße 54-55

Von **Mittwoch, den 28. Oktober** bis **Montag, den 2. November**

Ein Waggon Emaille das Pfund **38 Pf.**

Fast jeder Gegenstand dieses Postens Emaille kostet durch den **enorm billigen** Gewichtspreis **von 38 Pf.** das Pfund, die Hälfte, teilweise noch weniger des sonstigen Wertes.

Rabatt- und Prämien-Marken! :: :: :: **Doppelte Vorteile!** :: :: ::

Unserem lieben Freund und Genossen 48242
Karl Nutzehlume nebst Frau zu seiner heutigen Silberhochzeit die herzlichste Gratulation.
Die Ordner der 11. Spieler-Abteilung d. Fr. Volksbühne.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 259.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Graveur

Artur Abeling

wohnhaft Buckower Straße 4 infolge Unfalles plötzlich verstorben ist. 213/14

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.

Um rege Beteiligung der Genossen ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bezirk Nr. 312.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Stukkateur

Paul Beerbaum,
Richthofenstraße 21,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, 29. Oktober, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungskirchhofes in Weißensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Stukkateure.

Am Sonntag, den 25. d. Mts., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Paul Beerbaum
Richthofenstraße 21
im 35. Lebensjahre. 174/3

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 29. Oktober, um 3½ Uhr, auf dem Friedhofe der Auferstehungs-Gemeinde in **Weißensee, Lichtenberger Straße 110/123,** von der Halle aus.

Zahlreiche Teilnahme erwartet
Die Ortsverwaltung d. Zentr.-Verb. der Stukkateure, Filiale Berlin.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Oskar Rietzel
(4. Bezirk)
verstorben ist. 237/3

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Oskar Rietzel

am 25. Oktober an Leberleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Max Küster

am 26. Oktober an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Rathenowerstraße 14 aus nach dem Johannis-Kirchhofe in Plötzensee statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Willi Lehmann

am 26. d. M. an Lungenschwindsucht gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulus-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
194/3 **Die Ortsverwaltung.**

Nach längerem Leiden verschied Montag früh unser lieber Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der frühere Schriftsetzer

Gustav Marquardt

im 73. Lebensjahre. 24765

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Typographia.

Den Mitgliedern die betrübende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

Gustav Marquardt

am Montag früh verstorben ist.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Beerdigung siehe vorstehend.

Die Sänger werden gebeten, möglichst vollzählig unserem braven Kameraden das letzte Geleit zu geben. **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenpacker

William Müller

am 26. d. Mts. im Alter von 36 Jahren an Nervenschwäche gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Versöhnungs-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
57/2 **Die Verwaltung 2.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands.
E. H. 91.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Vorstandsmitglied, der Schriftführer

Wilhelm Mergelkuhl

nach kurzem schweren Leiden am 25. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3¼ Uhr, von der Leichenhalle des St. Bartholomäus-Friedhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
24835 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. fanden die

Eheleute **Urban**

Mitgl. d. Arb.-Radfahrerb., Straßmannstraße 34 in Berlin wohnhaft, in der Sommerwohnung bei Strausberg durch Kohlengasvergiftung ihren jähen Tod.

Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an
Max Ertel, Schankwirt,
Zellestraße 11.

Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 48255

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau 48262

Marie Bennemann
geb. **Karg**

am Sonntagabend 6 Uhr gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Luisenstr. 18, in Friedrichsfelde aus statt.

Um stilles Beileid bittet
Gustav Bennemann.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung sowie die vielen Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Schwiegervaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma und dem Gesamtpersonal der Pianofortefabrik Bechstein und dem Wahlverein Rixdorf herzlichen Dank. 2474b

Witwe **Elis. Kudoke. Georg Goelkert.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders

Karl Raabe

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie der Firma Gerndt nebst Personal unseren herzlichsten Dank. 2475b

Franz Fründt und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Paul Henze

sage ich allen daran Beteiligten, insbesondere dem Gesangverein „Gesundbrunner Harmonie" meinen verbindlichsten Dank. 48272

Witwe **Marie Henze.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

bei Freyer, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur zukünftigen Zusammensetzung unserer Generalversammlung (Vertretung durch Delegierte). 2. Wahl eines Schriftführers. 90/11

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung muß die Mitglieder veranlassen, zahlreich zu erscheinen.

Modell- und Fabriktischler sowie Modelldrechsler

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Link** über: „Die Unfallversicherung und ihre Bedeutung für die Arbeiter". 2. Branchenangelegenheiten.

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopfarbeiter.

Donnerstag, 29. Oktober, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause (Saal 8), Engelufer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Gewerbliche Arbeitsverträge und Gerichtsbarkeiten. 2. Bericht vom 3. Quartal. 3. Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Fr. König.** 2. Bericht des Obmannes und der Vertrauensleute. 3. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11–12.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Fritz Tarnow** über: Die geplante Steuerpolitik der Reichsregierung, eine neue bedeutungsvolle Schädigung der Arbeiterklasse! 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes 24825

Fritz Leidig

sagen allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Chefs Gebrüder Rones, sowie seinen Meistern und Kollegen unseren herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

---

† Westmanns †
Trauermagazin

Hauptgeschäft **Berlin W., Mohrenstraße 37a,** kein Eckhaus, und **Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115,** kein Eckhaus, erreicht **seine Leistungsfähigkeit** und **seine billigen Preise** durch **Raumersparnis u. geringe Spesen**
Geschmackvolle Auswahl in **fertiger Trauer-Garderobe** für **Damen und Mädchen.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, den 30. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstands- und Kassenbericht vom III. Quartal. 2. Der Stand der Fensterfrage. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Bezirk Wedding. **Donnerstag, 29. Oktober, abends 7 Uhr,** bei **J. Kabowski,** Gerichtstraße 80: **Bezirksversammlung.**
Tages-Ordnung: Bezirksangelegenheiten.
Alle Kollegen müssen erscheinen. **Der Bezirksleiter.**

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hof I. Amt 3, 1289. **Hauptbureau:** Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung für die Branche der Klempner

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Branchenvertreters. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Donnerstag, den 29. Oktober 1908, abends 8½ Uhr, im Lokale von **Meier,** Sebastianstr. 39:

Branchen-Versammlung der Elektromonteure und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **A. Wuschick** über: „Kapitalskonzentration und Arbeiterbewegung". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Beteiligten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

124/2 **Die Ortsverwaltung.**

Fliesenleger!

Am **Donnerstag, den 29. Oktober** findet nach Arbeitsschluß um **6 Uhr im Gewerkschaftshause,** Saal 8 unsere 140/1

Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:
Vortrag. Berufsangelegenheiten. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, für pünktliche und rege Beteiligung einzutreten.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger Berlins.
J. A.: H. Waldheim.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag über: „Freie Fortbildungskurse für Arbeiter".** 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1908. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

---

bleibt jede Dame für wenig Geld, die **ohne jeden Kaufzwang** regelmäßig die **eintreffenden Neuheiten**

im Spezial-Konfektionshause Westmann

Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,
und **Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115** { kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße,
besichtigt und das Zusagende sogleich auswählt.

Für ⅓ des Originalwertes und billiger
gebe ich ab:
Originalmodelle, Reisemuster und **Kopien** in passenden Größen für **jede Figur** vorrätig!
Abend- und **Theatermäntel, Frauenmäntel, Uebergangsmäntel, Jacketts, Kimonos, Astrachan-** und **Plüsch-Konfektion.**

Pelz-Konfektion

nur feinste Stoffe! ☐ **Eigene Fabrikation!** ☐ **nur neueste Fasson!**
von Mk. 5.–, 6.–, 10.–, 15.–, 18.–, 20.–, 30.–, 50.–, 80.–, 100.– bis Mk. 300.–,
Gratis bei Einkauf **von** nur **Mk. 15.– an: ein eleg. Kostümrock!**

Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer.

Eleg. Trauer-Magazin
Separat-Kontrolle
Auswahl & Preise konkurrenzlos.

Besuch möglichst in den Vormittagstunden erbeten, ☐ da nachmittags der Andrang zu stark ist! ☐

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Billets zu dem Vortrags-Zyklus bei dem Genossen Bittner, Feilnerstraße 11, III, und Weihnacht, Grünstraße 20 zu haben sind.

Köpenick. Heute abend 8½ Uhr findet im „Kaiserhof“, Grünstraße, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Referent: Genosse Ferd. Ewald-Berlin. — Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.

Stralau. Zu den am Freitag, den 6. November, beginnenden Zyklusvorträgen über „Geschichte der französischen Revolution“ sind Einlaßkarten zu haben beim Genossen Wessel, Markgrafendamm 7.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Achtuhr-Ladenschluß und der „Lokal-Anzeiger“.

Ein Handlungsgehilfe schreibt uns:

Der angeblich unparteiische „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat in der Betrachtung des mit dem 1. November in Kraft tretenden Achtuhr-Ladenschlusses wieder einmal seinen reaktionären Charakter enthüllt. Der Lokal-Kannegießer dieses edlen Organs für Volksverdummung nimmt in der Rubrik „Berliner Beobachter“, wo er allsonntäglich seinen Eiertanz aufführt, zu dieser Frage nach dem Muster „einerseits—andererseits“ Stellung. Nachdem er zuerst das Entzücken der Handlungsgehilfen beschrieben, die der Zukunft jetzt angeblich in rosigster Laune entgegensehen, behauptet er frisch und fr—ei, daß das kaufende Publikum der Neuerung im allgemeinen mit sehr gemischten Empfindungen gegenüber stehe. Vor der Einführung hätte man alle Parteien gehört, nur eine nicht und zwar die größte: das kaufende Publikum! Der „Lokal-Anzeiger“ wagt hier seinen Lesern die Tatsache zu unterschlagen, daß gerade die breite Masse der Bevölkerung, die organisierte Arbeiterschaft, die die ungeheure Mehrheit des kaufenden Publikums bildet, sich wiederholt in unzweideutigster Weise zugunsten ihrer im Handelsgewerbe ausgebeuteten Klassengenossen für den Achtuhrladenschluß erklärt hat. Und nicht nur das. Der hier in Berlin bestehende „Käuferbund“, dessen Mitglieder zum größten Teil den besitzenden Klassen angehören, also doch gewiß dem „Lokal-Anzeiger“ recht nahe stehen, hat stets und überall für den Achtuhrladenschluß agitiert. Und da wagt der „Lokal-Anzeiger“ seinen Lesern vorzuschwindeln, das kaufende Publikum sei nicht gehört worden!

Dann richtet er an die Beteiligten die „kleine Bitte“, an dem Schluß der Einkaufszeit um 8 Uhr nun wirklich festzuhalten und nicht schon, was den Eifer und die Bereitwilligkeit der Bedienung anlangt, schon um — ½8 Uhr Schluß zu machen. Der edle Angestelltenfreund erhebt hier gegen die Handlungsgehülfen den versteckten Vorwurf, daß sie ihre Pflicht vernachlässigen, bereits emsig mit dem Aufräumen beschäftigt seien und die Kunden nicht gerade mit freundlicher Miene ansehen, „wenn man gegen 9 Uhr ein Geschäft betritt“. Die Angestellten sollten nach Wunsch des „Lokal-Anzeigers“ „im stolzen Bewußtsein ihres Sieges großmütig handeln und auch noch fünf Minuten vor acht nicht ohne normale Freundlichkeit ihres Amtes walten“. Also die Angestellten sollen es noch freudig begrüßen, wenn sich gerade in der letzten Minute recht viele denkfaule Kunden von der Art des Artikelschreibers im „Lokal-Anzeiger“ einfinden, die ihnen die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung von der zwölf- bis dreizehnstündigen Arbeitszeit noch illusorisch machen!

Daß der „Lokal-Anzeiger“ dann noch warm für den angeblichen Wunsch der kleinen Geschäftsinhaber eintritt, ihre Verkaufsräume bis 9 Uhr offen halten zu dürfen, während die großen Geschäfte, die sich es leisten können, schon um 8 Uhr schließen, ist nicht weiter verwunderlich. Der „Lokal-Anzeiger“ „vergißt“ hier wieder, daß es gerade die kleinen Geschäftsinhaber waren, die durch ihr nach vielen Tausenden zählendes Votum die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses bewirkt haben! Und wenn er davon spricht, daß diese Leute durch den Achtuhr-Ladenschluß „trotz der bitteren Notwendigkeit zu verdienen, zum Müßiggang verurteilt werden“, so spottet das allem sozialen Verständnis und aller Vernunft. Wenn eine 12- bis 13stündige Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wird, so kann nur ein Idiot oder der Artikelschreiber des „Lokal-Anzeigers“ von einer Verurteilung zum Müßiggang sprechen. — Die Handlungsgehilfen, von denen ein großer Prozentsatz den „Lokal-Anzeiger“ liest, mögen erkennen, wie dies rückständige Kapitalistenblatt ihre Interessen mit Füßen tritt.

Neues Postbuch mit neuem Inhalt. Das Postbuch für Berlin und Umgegend wird bekanntlich jährlich von der kaiserl. Oberpostdirektion herausgegeben. Das Buch ist jetzt soweit hergestellt, daß es binnen kurzem in der diesjährigen Neuausgabe erscheinen wird. Das nützliche Werk kann bei allen Postanstalten des Bezirks und durch die Briefträger zu dem bisherigen billigen Preise von 50 Pf. für das Stück bezogen werden. Zum erstenmal aufgenommen in das Postbuch ist in diesem Jahre ein Verzeichnis der im Berliner Bezirk bei Privatpersonen bestehenden amtlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen, so daß jedermann ersehen kann, wo die nächste Gelegenheit, Briefmarken zu kaufen, besteht. Neu sind ferner die wichtigsten Vorschriften über Funken- und Seetelegramme und über die Aufnahme des Wechselprotestes durch das Postpersonal. Wie in jedem Jahre ist das Buch außerdem durch die Aenderungen ergänzt, die durch neue Taxvorschriften, Versendungsbedingungen usw. eingetreten sind. Aufgenommen sind auch alle im Reichspostgebiet eingerichteten Postanstalten. Aus Berlin und den Vororten der näheren Umgebung sind sämtliche neu entstandenen Straßen in den Verzeichnissen des Buches ergänzt worden. Ebenso haben auch alle im Bezirke vorgekommenen Aenderungen in den Betriebseinrichtungen Berücksichtigung gefunden. Die Beschaffung des Postbuches kann daher angelegentlich empfohlen werden.

Der Tegeler Großschiffahrtshafen, welcher im Anschluß an den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin gebaut worden ist, wird am 1. November abgenommen und sofort für die Klein-Schiffahrt eröffnet werden. Der neue Hafen ist bestimmt, den Güterverkehr von und nach den nördlichen und östlichen Berliner Vororten zu vermitteln und dürfte für die Industrie dieser Ortschaften sowie für die nördlichen Stadtteile Berlins von weitgehender Bedeutung sein. Der geräumige Hafen hat eine Länge von 500 und eine Breite von 100 Metern mit zementierten Bollwerkufern und schließt sich an das nordöstliche Ende des Tegeler Sees an dem Zufluß des Mühlenfließes an. An den beiden Längsseiten des Hafenbeckens gelangen fahrbare elektrische Kräne zur Aufstellung. An dem Norduser befindet sich das ausgedehnte Schienennetz der am 31. d. M. zur Eröffnung kommenden Tegel-Friedrichsfelder Industriebahn, während an dem Südufer die Zufahrtsstraße für den Güterwagenverkehr belegen ist. Für die Anfahrt zu dem Hafen sind zwei neue Straßenzüge vorgesehen. Der eine, welcher von der Schloßstraße nach dem Hafen führt, ist bereits fertiggestellt und dem Verkehr übergeben. Der zweite Straßenzug bildet eine Verlängerung der Schönebergerstraße, deren Durchbruch bereits in Angriff genommen worden ist. Ueber das Westende des Hafens führt eine eiserne Fußgängerbrücke, nach deren Eröffnung am 1. November der Fährbetrieb über das Mühlenfließ aufgehoben wird. Für den Uebergang über die Brücke wird eine Gebühr von 6 Pfennigen erhoben; die Einnahmen gehören zur Hälfte der Gemeinde Tegel und zur Hälfte der Schloßgemeinde. Durch den Bau des Tegeler Hafens und den Kostenanteil Tegels an der Industriebahn ist die Gemeinde mit 6½ Millionen Mark belastet worden, deren Zinsen aus der Hafen- und Bahneinnahme gedeckt werden sollen. An eine Amortisation des aufgewandten Kapitals dürfte allerdings kaum vor Eröffnung des Großschiffahrtsweges zu denken sein. Für die Schiffahrt ist der Hafen dadurch von ganz besonderer Bedeutung, als durch die Anlage eine wesentliche Abkürzung für den Güterverkehr nach den nördlichen Teilen Groß-Berlins herbeigeführt wird.

Die diesjährige Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften findet in der Zeit vom 6.—13. Dezember im Saale III des Gewerkschaftshauses statt.

Eine Ausstellung für Bureaubedarf war in Berlin zum ersten Male im vorigen Jahre veranstaltet worden, und schon in diesem Jahre ist eine zweite gefolgt. Die diesjährige Ausstellung ist am 24. Oktober in der Ausstellungshalle am Zoologischen Garten eröffnet worden und wird bis zum 3. November dauern. Sie bietet dem „Fachmann“ — und das ist hier jeder, der in einem Bureau oder Kontor tätig ist — eine Fülle von Anregendem und Interessantem. Die Zeit, wo mit Papier, Tinte und Feder so ziemlich der ganze „Bureaubedarf“ gedeckt war, liegt noch nicht sehr weit hinter uns. Erst in den letzten Jahrzehnten hat die Industrie im Bunde mit der Technik zahlreiche Hilfsmittel geschaffen, die dazu dienen, die Schreibarbeit in Kontor und Bureau zu erleichtern, zu vereinfachen, zu beschleunigen und hiermit auch zu verbilligen. Die Maschine, die Arbeit spart und — Arbeiter „überflüssig“ macht, hat begonnen auch auf dieses Gebiet ihre Herrschaft auszudehnen. Wo früher die Kielfeder schwerfällig das Papier bekritzelte, da klappert jetzt die flinke Schreibmaschine. Speziell sie ist charakteristisch für die Gestaltung des modernen Bureaubetriebes und für die Fortschritte moderner Bureautechnik. Auf der Ausstellung ist sie vertreten in Hunderten von Exemplaren aller möglichen Systeme, und das unaufhörliche Geklapper der vielen, die dem Besucher „im Betrieb“ gezeigt werden, erfüllt den weiten Ausstellungsraum. Neben ihnen sieht man Maschinen, die uns die Geduldprobe des Zusammenzählens ersparen, Maschinen, die die Mühe des Rechnens mit unfehlbarer Sicherheit bewältigen, Maschinen sogar, die die Auszahlung von Löhnen dahin vereinfachen, daß bei bloßem Druck auf ein paar Hebel die Lohnbeträge nach Mark und Pfennig richtig abgezählt in die untergehaltenen Lohntüten fallen. Aber zur raschen und leichten, Zeit und Geld sparenden Erledigung der Kontor- und Bureauarbeiten gehören noch mancherlei andere Requisiten. Wir erinnern hier nur an die Hilfsmittel, die die Eintragung von Schriftstücken und ihre Wiederauffindung erleichtern sollen. Bedeutendes leistet die Bureaubedarfs-Industrie z. B. auch in der Herstellung praktischer und bequemer Bureaumöbel. Von der, wenn man so sagen darf, Raffiniertheit der modernen Bureau- und Kontoreinrichtungen gibt diese „Ausstellung für Bureaubedarf“ ein sehr anschauliches Bild. Die Ausstellung ist täglich bis 10 Uhr abends geöffnet, so daß es vor allem auch dem Personal kaufmännischer Betriebe ermöglicht wird, sie zu besuchen.

Schlechte Behandlung durch die Dienstherrschaft hat das bei der Familie Spichalski, Schreinerstr. 33 in Stellung gewesene achtzehnjährige Dienstmädchen Franziska Feldt veranlaßt, sich an der Herrschaft dadurch zu rächen, daß es Zuckersäure in das für das Ehepaar Sp. bestimmte Selterwasser goß. Herr Sp. und dessen Sohn, die von diesem Wasser tranken, bekamen Erbrechen. Der Kriminalpolizei wurde Anzeige erstattet, die das Mädchen einem Verhör unterzog, und in die Enge getrieben gab es auch zu, das Verbrechen verübt zu haben. Die F. erklärte auch bei ihrer Vernehmung, sie sei schlecht von ihrer Herrschaft behandelt worden und sie habe sich an ihr rächen wollen. Das Sp.sche Ehepaar bestreitet dagegen, das junge Mädchen schlecht behandelt zu haben.

Christliche Gemeinschaft St. Michael. Zu der Zuschrift des Grafen Eduard Pückler wegen der sonderbaren Vorgänge in der oben genannten Gemeinschaft äußert sich das „Berliner Tageblatt“ wie folgt:

„Die beiden Personen, von denen in der Zuschrift die Rede ist, haben bei ihrer polizeilichen Vernehmung angegeben, daß sie noch Mitglieder der Jugendabteilung, oder wie man es nennen will, seien. Der Aeltere bezeichnete sich sogar als Leiter dieser Jugendabteilung. Im übrigen scheint Graf Eduard Pückler über die Vorgänge im Heim der „Christlichen Gemeinschaft St. Michael“ — die übrigens außerhalb der evangelischen Landeskirche steht — wenig orientiert zu sein; sonst müßte er wissen, daß das „Hospiz“ und die „Herberge“ der Gemeinschaft oft von doppelten Schutzmannsposten wegen der darin verkehrenden Elemente zweifelhaften Charakters bewacht worden. Das Ermittelungsverfahren in Sachen der Vorgänge innerhalb der Jugendabteilung dauert natürlich an und dürfte, wie wir von unterrichteter Seite hören, noch weitere Kreise ziehen.“

Unter den Rädern eines Automobils hat der wohnungslose 67 Jahre alte Arbeiter Fritz Dohur den Tod gefunden. D. hatte den Fahrdamm der Fröbelstraße überschreiten wollen. Er konnte sich nur langsamen Schrittes vorwärts bewegen, und als das Automobil Nr. 10295 herangesaust kam, vernahm er wohl die Warnungssignale, die der Chauffeur abgab, doch vermochte er sich nicht mehr nach dem schützenden Bürgersteig zu schleppen. Er wurde infolgedessen angefahren und unter den Kraftwagen gerissen. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über die Brust hinweg. D. wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche ist dem Schauhaus zugeführt worden.

Zwischen zwei Straßenbahnwagen geklemmt wurde gestern abend um 8 Uhr der Hausdiener Paul Peglow, Linienstraße 102 wohnhaft, der auf einem Dreirade der Firma Julius Feher, Dorotheenstraße 22, die Potsdamer Straße entlang fuhr. In der Nähe der Potsdamer Brücke wollte er unmittelbar vor einem Straßenbahnzuge das Gleis kreuzen und geriet dabei zwischen diesen und einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 81. P. erlitt eine schwere Beckenquetschung und mußte nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht werden. Das Fahrrad wurde vollständig zertrümmert.

In der größten Lebensgefahr schwebten am Dienstag zwei Kinder bei einem Brande, der in der Wohnung der Eheleute Adler, Usedomstraße 18 auskam. Hausbewohner bemerkten die Gefahr, in der die Kinder schwebten und benachrichtigten die Feuerwehr. Als diese eintraf, hatten mehrere beherzte Männer bereits die beiden Kinder Anna und Reinhold Adler aus der brennenden Wohnung herausgeholt. Da sie besinnungslos waren, brachte man sie zu einem Arzt, der sie wieder ins Leben zurückrief. Die Kleinen wurden von dem Arzt verbunden; sie hatten Brandwunden ersten und zweiten Grades erlitten. Der Brand konnte von der Feuerwehr bald gelöscht werden, er soll durch die Kinder verursacht worden sein.

In der Versammlung am 20. Oktober in der Bockbrauerei ist ein Damengürtel verloren worden. Abzugeben beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Feuerwehrnachrichten. Der Brand eines Kohlenschuppens verursachte am Montagabend das Ausrücken der Feuerwehr nach der Thomasiusstraße 14. Bretter usw. brannten dort. In der Friedrichsgracht 24 mußte heute früh ein Fußboden- und Schaldeckenbrand gelöscht werden. In der Schulstraße 34 brannte gleichzeitig Brennholz usw. unter einer Treppe. Drei kleine Wohnungsbrände wurden aus der Görlitzer Straße 72, Ankamer Straße 40 und Turmstraße 15 gemeldet. Ein Kellerbrand beschäftigte den 12. Zug in der Sturfürstenstraße 21/22. In der Holzmarktstraße 48 war ein Teerdach in Brand geraten und in der Waßmannstraße 25/26 Späne usw. vor einer Feuerung. Ferner hatte die Wehr in der Alvensleben-straße 23 zu tun, wo Möbel usw. in Flammen standen. Außerdem liefen noch Alarme aus der Usedomstraße und anderen Straßen ein.

Vorort-Nachrichten.

Polizeiliche Maßnahmen gegen ein Arbeiterlokal.

Der Polizeipräsident von Rixdorf hat im Februar d. J. die vom Genossen Hoppe für sein Lokal in der Hermannstraße nachgesuchte Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten verweigert. Als Grund für die Verweigerung wurde angeführt, am 27 Januar, am Abend der Kaisergeburtstagsfeier, habe vor dem Hoppeschen Lokal eine Schlägerei stattgefunden, und die an derselben beteiligten Personen seien Gäste des Hoppeschen Lokals gewesen. In einer Eingabe ersuchte Hoppe den Polizeipräsidenten, die genannte Verfügung zurückzunehmen und bemerkte dabei, wenn sich Personen vor seinem Lokal geschlagen hätten, so könne er mit Bestimmtheit sagen, daß dies nicht seine Gäste gewesen sind. Die Eingabe hatte aber keinen Erfolg, dem Genossen Hoppe wurde vielmehr seitens des Polizeipräsidenten bedeutet, er brauche sich wegen Tanzerlaubnis nicht weiter an die Polizei wenden, da ihm in absehbarer Zeit eine solche Erlaubnis nicht erteilt werden würde. — Ferner ist für das Hoppesche Lokal die Polizeistunde, welche früher bis 12 Uhr lief, auf 11 Uhr herabgesetzt worden, weil Hoppe dreimal wegen Uebertretung der Polizeistunde bestraft war. Es handelte sich hier um Fälle, wo Polizeibeamte festgestellt hatten, daß Hoppes Lokal wenige Minuten nach Feierabend noch nicht geschlossen war. — Weiter ging die Polizei gegen Hoppe vor, indem sie die in seinem Lokal abgehaltenen Vereinsvergnügungen zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten stempelte. Wegen fünf derartiger Fälle ist Anzeige gegen Hoppe erstattet worden. Der Beweis der Uebertretung sollte dadurch geführt werden, daß es einigen Kriminalbeamten gelungen war, sich auf die bekannte Weise Eintrittskarten zu den Vereinsvergnügungen zu verschaffen. Vor Gericht wurde Hoppe jedoch in allen fünf Fällen freigesprochen.

Gegen die polizeiliche Verfügung wegen der Verweigerung der Tanzerlaubnis und der Herabsetzung der Polizeistunde hat Hoppe Klage erhoben beim Bezirksausschuß. Hier fand am Dienstag ein Termin in der Sache statt. In die Verhandlung der Sache selbst konnte der Bezirksausschuß nicht eintreten, weil sich herausstellte, daß durch ein Versehen auf seiten des Klägers die Klagefrist nicht innegehalten worden ist. Die Klage wurde jedoch noch nicht abgewiesen, sondern die Verhandlung vertagt. Es soll inzwischen festgestellt werden, ob nicht durch eine später in der Sache erfolgte Amtshandlung des Polizeipräsidenten sich die Klagefrist verlängert hat und so doch noch die Möglichkeit einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung gegeben ist.

Rixdorf.

Auf dem am 26. Oktober stattgehabten Vortragsabend ist im Lokal von Hoppe eine Bürste und ein Notizbuch gefunden worden. Beides ist in der Spedition, Neckarstr. 2, abzuholen.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Baurat Gerlach das Wort, um den in den beiden vorhergehenden Sitzungen gemachten Aeußerungen über die Arbeiten beim Bau der Untergrundbahn entgegenzutreten. Er erklärt die in diesen beiden Sitzungen aufgestellten Behauptungen für falsch. Beim Bau der Untergrundbahn und bei Abschachtung des Mühlberges sei nie eine so geringe Zahl von 18 Arbeitern beschäftigt gewesen. Redner bringt die ihm von den Unternehmern gegebenen Zahlen zur Verlesung, aus denen sich aber ergibt, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 111 auf 45 herabgegangen ist. Aus der Lohnliste ergibt sich ferner, daß 90 Proz. der Arbeiter deutsche Namen haben, also ist auch der Vorwurf unberechtigt, daß ausländische Arbeiter eingestellt seien. Unwahr ist ferner, daß der Lohn von 40 auf 38 Pf. pro Stunde reduziert worden ist. Redner erwartet, daß die gemachten Aeußerungen in den beiden letzten Sitzungen zurückgenommen werden, denn dadurch komme die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung in den Ruf eines polnischen Landtages. Es ist auch ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt.

Stadtv. Kuhnitzky (lib. Fr.) legt gegen die beleidigenden Aeußerungen des Baurats Verwahrung ein. Derselbe habe den Bau der Untergrundbahn und die Abschachtung des Mühlberges zusammen behandelt. Würde er die Zahlen für die beiden Unternehmungen getrennt gegeben haben, so würde sich zeigen, daß seine damaligen Ausführungen richtig waren. Die Tatsache, daß die Gesamtzahl der Arbeiter von 111 auf 45 zurückgegangen ist, legt ja schon selbst von der Richtigkeit seiner Ausführungen Zeugnis ab. Wo sind denn die übrigen Arbeiter geblieben

Stadtv. Küter (Soz.) widerlegt ebenfalls die Ausführungen des Baurats. Redner hat sich selbst davon überzeugt, daß nicht die vom Baurat angegebene Zahl von Arbeitern beschäftigt worden ist. Höchstwahrscheinlich ist ein Teil von den Arbeitern von dem Unternehmer ganz wo anders beschäftigt worden, und jetzt werden die Zahlen zusammengeworfen. Was die Bezugnahme auf die deutschen Namen der Lohnliste betrifft, um zu beweisen, daß keine ausländischen Arbeiter beschäftigt wurden, so wäre es besser gewesen, die Namen mit der Steuerliste zu vergleichen. Das hätte jedenfalls ein anderes Bild gegeben.

Stadtv. Obst (Soz.) hat sich ebenfalls von dem Stand der Angelegenheit überzeugt. Er habe nur 22 Arbeiter gezählt. Redner hält auch die Behauptung aufrecht, daß bei den Abschachtungsarbeiten des Mühlberges nur 38 Pf. Stundenlohn gezahlt wird. Man soll nicht immer ohne weiteres den Versicherungen der Unternehmer Glauben schenken, ohne die Arbeiter gehört zu haben. Uebrigens scheint den Unternehmern die Kontrolle durch die Stadtverordneten schon unbequem zu sein. Am letzten Freitag ist ihm (Redner) vom Bauführer mitgeteilt worden, daß strenge Anweisung ergangen ist, jeden Unbefugten vom Bauplatz fortzuweisen, und wenn es der Oberbürgermeister wäre. Die Stadtverordnetenversammlung müsse gegen ein derartiges Vorgehen ganz entschieden Protest erheben.

Nachdem auch noch der Stadtv. Zobel (lib. Fr.) gegen die Ausführungen des Baurats Verwahrung eingelegt hat, wird die Debatte darüber geschlossen. Der Baurat war nicht in der Lage, den gemachten Ausführungen entgegenzutreten.

Für die Beschäftigung ausländischer Lehrerinnen an der höheren Töchterschule wurden sodann 2640 M. bewilligt.

Zugestimmt wurde ferner der Beseitigung der Vorgärten in der Motzstraße.

Die Versammlung wandte sich dann dem sozialdemokratischen Antrage zu, in welchem verlangt wurde, die für Verlegung der Stadtgärtnerei, des Straßenreinigungsparks, der Desinfektionsanstalt, sowie Herstellung des Stadtparks notwendigen Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen und schleunigst damit zu beginnen. Den dabei beschäftigten Arbeitern sind die zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten Löhne zu zahlen.

Die von der Schöneberger Arbeitslosenversammlung eingegangene Resolution wird von der sozialdemokratischen Fraktion als Antrag aufgenommen und bei diesem Punkt mit zur Verhandlung gestellt.

Stadtv. Küter (Soz.) führt in seiner Begründung der beiden Anträge aus, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre früher eingesetzt hat und auch größere Dimensionen annehmen wird. Ein Bild von dem steten Anwachsen der Arbeitslosigkeit gibt auch eine

Uebersicht über die gezahlte Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften. Während im Jahre 1906 2½ Millionen Mark gezahlt wurden, beläuft sich die Summe im Jahre 1907 auf 6½ Millionen Mark. Das Jahr 1908 wird natürlich noch eine ganz bedeutend höhere Zahl ergeben. Die Kommunen müssen beizeiten Rat schaffen, um dieser Arbeitslosigkeit entgegentreten zu können. In Schöneberg sind eine Reihe von Aufgaben auszuführen, bei denen eine ganze Anzahl von Arbeitslosen beschäftigt werden können. Redner geht dann auf die einzelnen Punkte der beiden Anträge näher ein, wobei er die Zustimmung zu denselben unbedingt für notwendig hält.

Stadtv. Zobel (lib. Frakt.) erklärt, den Anträgen in allen Punkte zustimmen zu wollen. Redner weist sodann darauf hin, daß durch die „Deutsche Feldarbeiterzentrale" 400 000 ausländische Arbeiter herangeschafft worden seien, die jetzt zur Verschlechterung des Arbeitsmarktes auftreten. Die Tiefbauunternehmer haben jetzt den Schutz der „Feldarbeiterzentrale" auch für sich erbeten, um ebenfalls mit ausländischen Arbeitern größeren Vorteil für sich herausschlagen zu können. Redner beantragt daher noch eine Erweiterung der vorliegenden Anträge dahingehend, daß die Submissionsbedingungen ergänzt werden. Die Unternehmer sind zu verpflichten, von den sich meldenden Arbeitern die Einheimischen vorzuziehen. In Zeiten größerer Arbeitslosigkeit soll den ausländischen Arbeitern in dem Maße gekündigt werden, wie dies zur Einstellung der hiesigen Arbeiter notwendig ist.

Stadtbaurat Egeling weist darauf hin, daß in den jetzigen Verträgen keine Bestimmung enthalten sei, wonach die tarifmäßigen Löhne zu zahlen sind.

Stadtv. Bendmann (lib. Vereinig.) beantragt die Ueberweisung der ganzen Angelegenheit an einen Ausschuß.

Stadtvv. Kutznitzky und Selinger (lib. Frakt.) treten ebenfalls für die Annahme der Anträge ein. Letzterer erklärt, daß er die Arbeitslosenversammlung besucht habe, die musterhaft verlaufen sei. Er könne dem dort gehaltenen Referat und der Resolution nur voll und ganz zustimmen.

Stadtv. Val. Fröhlich (lib. Vereinig.) kann sich damit nicht einverstanden erklären, daß den Unternehmern vorgeschrieben werden soll, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Das müsse sich nach Angebot und Nachfrage richten.

Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) weist darauf hin, daß unsere Regierungen dazu beigetragen haben, ein Uebermaß von ausländischen Arbeitern heranzuziehen. Den Eisenbahnverwaltungen war es z. B. untersagt, deutsche Arbeiter einzustellen, um sie nicht der Landwirtschaft zu entziehen. Wenn die Arbeit stockt, so sind die Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden und die ausländischen Arbeiter treten als Lohndrücker auf. Es sei recht bezeichnend, daß die Tiefbau-Unternehmer in bezug auf Einstellung von Arbeitern jetzt agrarische Wünsche äußern. Durch den Paßzwang und die Legitimation muß sich der ausländische Arbeiter auch jede Drangsalierung gefallen lassen. Redner hält es nicht für richtig, die ausländischen Arbeiter ohne weiteres zu entlassen. Man versorge lieber einen jeden Arbeiter mit Arbeit. Die Städte müssen in dieser Beziehung Vorsorge treffen, es wird dadurch auch einer Belastung des Armen-Etats vorgebeugt. Es kann auch keiner Kommune übelgenommen werden, wenn sie in ihren Verträgen die Bezahlung tarifmäßiger Löhne verlangt. Man soll nicht immer darauf drängen, die Arbeiten so billig wie möglich herstellen zu lassen. Wird darauf gehalten, daß die Unternehmer die tarifmäßigen Löhne zahlen, so hat jeder Unternehmer bei Abgabe seiner Offerte damit zu rechnen. Was die Arbeitslosenversicherung anbetrifft, so wird sich für den kommenden Winter in dieser Beziehung kaum etwas machen lassen. Im Reiche sei ja an und für sich für diese Aufgaben keine Zeit, da man alle Hände voll zu tun hat mit der Ausheckung neuer Steuerpläne. In der Hauptsache handelt es sich jetzt darum, Arbeit zu verschaffen, und zwar möglichst schnell.

Stadtv. Lessig (unabh. Vereinig.) hält nach seinem Wissen die Behauptung, daß die Eisenbahnverwaltungen angewiesen waren, keine deutschen Arbeiter zu beschäftigen, nicht für richtig.

Stadtv. Luley (lib. Vereinig.) nimmt die Agrarier in Schutz, denen während der Erntezeit nichts weiter übrig bleibt, als ausländische Arbeiter einzustellen.

Stadtv. Friedmann (lib. Frakt.) wünscht, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin gemeinsam behandelt wird. Vielleicht lasse sich in dieser Angelegenheit ein Zweckverband bilden.

Nachdem noch Stadtv. Küter (Soz.) einige der gemachten Einwendungen zurückgewiesen hat, werden die Anträge einem Ausschuß überwiesen, dessen Wahl sofort vorgenommen wurde. Von sozialdemokratischer Seite sind darin vertreten die Stadtvv. Fritzsch und Küter.

Für den Abbruch des Frankenbergschen Hauses in der Akazienstraße, das 2 Meter auf den Bürgersteig vorspringt und auf dem sich ein Kuhstall befindet, werden den jetzigen Besitzern 15 000 M. bewilligt. Dieselben haben sich zu verpflichten, auf dem genannten Grundstück ein Wohngebäude zu errichten.

In die Deputation für den Bau der Untergrundbahn werden von sozialdemokratischer Seite die Stadtvv. Fritzsch und Wollermann gewählt.

In nichtöffentlicher Sitzung stimmte die Versammlung einem dringlichen Antrage mit einer sehr knappen Majorität zu, in welchem der Magistrat ersucht wird, die nötigen Schritte zur Veranstaltung einer Feier des 100jährigen Bestehens der Städteordnung einzuleiten.

Treptow.

Abgeschoben.

Die ganze Härte preußischer Gesetze mußte vor wenigen Tagen eine junge uneheliche Mutter, ein aus Glatz gebürtiges Dienstmädchen, in unserem Orte über sich ergehen lassen. Das Mädchen war seit längerer Zeit bei einem hiesigen Restaurateur in Stellung. Die Dienstherrschaft, die mit der Arbeitsleistung des Mädchens sehr zufrieden war, gestattete der Mutter gern, ihr Kind, einen Säugling, den sie selbst nährte, zu sich zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde dem Mädchen ein vom Lokal vollständig getrennt liegendes Zimmer für sich und ihr Kind eingeräumt. Des Tags über befand sich das Kind des Stillens wegen in der Nähe der in der Küche arbeitenden Mutter. Eine Waisenpflegerin, vielleicht falsch informiert über die tatsächlichen Verhältnisse, glaubte eine Fortnahme des Säuglings von der Mutter rechtfertigen zu können. Das Kind wurde nach einiger Zeit der Mutter abgenommen und anderweitig in Pflege gegeben. Natürlich sollte das Dienstmädchen nun Pflegegeld für das ihr wider ihren Willen genommene Kind zahlen. Das konnte das Mädchen nicht. Es konnte auch die Fortnahme des Kindes nicht begreifen, weil man doch sonst so großen Wert auf das Stillen der Säuglinge legt und reichlich Nahrung hatte das Mädchen für ihren Liebling. Bald sollte die Mutter jedoch merken, daß preußische Behörden in Geldangelegenheiten nicht mit sich spaßen lassen. Eines Morgens wurde das Mädchen, als es die Wohnung verließ, um im Restaurant seiner Beschäftigung nachzugehen, von zwei Beamten verhaftet.

Vom Polizeiamte aus wurde die Mutter mit ihrem Kinde nach ihrer schlesischen Heimat abgeschoben, wo sie nachts 1 Uhr bei ihren ahnungslosen Eltern eintraf. Man hatte es dabei so eilig, daß man der Mutter nicht einmal genügend Zeit ließ, sich mit entsprechender Wäsche und Kleidung für sich und das unschuldige Kind zu versehen.

Wir wollen nicht mit den in Frage kommenden Behörden rechten, auf Grund welcher Gesetzesparagraphen ein derartiges Vorgehen gegen die so plötzlich Abgeschobene gerechtfertigt ist. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob man das Mädchen, dem seitens einer menschlich denkenden und handelnden Dienstherrschaft die Möglichkeit einer geregelten Pflege des Kindes gegeben war, überhaupt wie einen Zuchthäusler abschieben konnte. Unendlich hart trifft Mutter und Kind eine Maßregel, die der Mutter die Existenz nimmt, eine Maßregel, die geeignet ist, beide dem Elend und vielleicht noch schlimmerem auszusetzen. Welchem Schicksal geht das Mädchen entgegen, wenn die in kleinstädtischen Auffassungen und Vorurteilen befangenen Eltern der „Gefallenen" und ihrem Kinde ein Asyl verweigern? Die Polizeiberichte melden dann vielleicht wieder einmal, daß „eine unmenschliche Mutter ihr Kind" usw.

Ober-Schöneweide.

Arbeitslosenzählung. Der nächsten Gemeindevertretersitzung liegt ein Antrag unserer Vertreter vor:

Die Vertretung wolle beschließen, sich der von der Stadt Berlin am 17. November d. J. zu veranstaltenden Arbeitslosenzählung anzuschließen unter Anwendung des dortseits zur Anwendung kommenden Meldewesens, welches Bureaus vorsieht, in welchen sich an diesem Tage die Arbeitslosen zu melden haben.

In Ablehnung dieses Antrages beschließt die Vertretung einen Kostenbeitrag zu einer am genannten Tage vom hiesigen Gewerkschaftskartell geleiteten Zählung mittels Hauslisten.

Alt-Glienicke.

Mit den Verhandlungen des Nürnberger Parteitages beschäftigte sich der Wahlverein in seiner am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung. Genosse Groger-Rixdorf erstattete eingehenden Bericht über die Verhandlungen in Nürnberg. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Generalversammlung des Wahlvereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages in Nürnberg in vollem Umfange einverstanden. Sie verurteilt entschieden das Verhalten der süddeutschen Budgetbewilliger. Die Versammlueg erwartet, daß der Parteivorstand den Nürnberger Beschlüssen in vollem Maße Geltung verschaft. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 159,32 M. und eine Ausgabe von 147,44 M. Zur Aufnahme gelangten 18 neue Mitglieder, 9 Genossen und neun Genossinnen. Zur Vorbereitung eines Wintervergnügens wurde ein Komitee von 5 Mitgliedern gewählt.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Grundstücksfrage für das zu erbauende Gaswerk. Die in dieser Sache ernannte Kommission berichtete, daß die in Betracht kommenden Privatgrundstücke besonders ihrer ungünstigen Lage wegen nicht berücksichtigt werden konnten. Es sei deshalb am besten, das Gelände vom Forstfiskus zu erwerben. Nach eingehender Debatte wurde folgendes vereinbart: Die Gemeinde nimmt das Angebot des Forstfiskus, das Grundstück unter Vorbehalt des fiskalischen Eigentums einstweilen unentgeltlich zu überlassen, unter folgenden Bedingungen an: Wenn in dem wegen Heranziehung des Forstfiskus zu den Gemeindesteuern schwebenden Verwaltungsstreitverfahren festgestellt wird, daß die durch den Eingemeindungsvertrag vereinbarte Steuerbefreiung rechtsgültig ist, so daß die von der Gemeinde erhobenen Steuern zurückgezahlt werden müßten, dann wird die Hergabe dieser Fläche auf die dem Forstfiskus auf Grund des Eingemeindungsverfahrens obliegenden Leistungen angerechnet. Wenn sich aber in dem schwebenden Verwaltungsstreitverfahren herausstellt, daß die Fragebestimmung des Eingemeindungsverfahrens ungültig ist, so wird die Hergabe dieser Fläche auf die Leistungen angerechnet, die dem Forstfiskus gemäß § 17 des Ansiedelungsgesetzes vom 10. August 1904 obliegen. Für die Zeppelin-Sammelmarke sollte eine offizielle Ausgabestelle errichtet werden. Von bürgerlicher Seite wurde der Antrag gestellt, von den bewilligten 100 M. für die Abgebrannten von Donaueschingen 50 M. zu streichen und dafür Sammelmarken zu nehmen. Unsere Genossen erhoben entschieden Einspruch dagegen und betonten, daß es einer Vertretung unwürdig wäre, von den einmal bewilligten 100 M. etwas zu nehmen und dafür Sammelmarken zu kaufen. Wenn die Herren die Marken loswerden wollen, so mögen sie in ihren Kreisen dafür agitieren. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt. Als Wiegemeister der neuerbauten Fuhrwerkswage wurde Gastwirt Fröhlich ernannt.

Weißensee.

Die Delegiertenwahlen der hiesigen Ortskrankenkasse finden am heutigen Mittwoch für Arbeitnehmer in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends, für Arbeitgeber von 9 bis 10 Uhr abends im „Prälaten", Lehderstr. 122, statt. Als Wahllegitimation gilt für Arbeitnehmer das Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte, welche zum Zweck der Wahl vom Arbeitgeber auszuhändigen sind. Für Arbeitgeber dient als Legitimation die Anmeldebescheinigung resp. die letzte Quittung über gezahlte Krankenkassenbeiträge.

Wähler ist jedes männliche und weibliche Mitglied, sobald es am Tage der Wahl das 21. Lebensjahr überschritten hat. Es ist Aufgabe jedes Mitgliedes, möglichst frühzeitig zur Wahl zu erscheinen, damit der Liste des Gewerkschaftskartells zum Siege verholfen wird.

Das Gewerkschaftskartell.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Als erster Punkt stand zur Beratung die Erhebung eines Fremdenschulgeldes für die Gemeindeschulen. In einer früheren Sitzung war beschlossen worden, den sehr hohen Satz von 100 M. pro Jahr zu erheben. Die Regierung genehmigte jedoch diesen Satz nicht und hatte berechnet, daß der Durchschnittssatz der Schulunterhaltungskosten pro Kind nur 91 M. beträgt. Gleichzeitig forderte die Behörde eine erheblich niedrigere Festsetzung des Fremdenschulgeldes. Nach einigem Hin- und Herreden einigte man sich auf 90 M. Sodann kam wieder einmal die berühmte Haushaltungsschule zur Beratung. Wie wir seinerzeit berichteten, sollte mit dem Schulbau in der Wilhelmstraße eine derartige Schule verbunden werden. Der Beschluß ist jetzt 2¼ Jahre alt und noch immer sind keine Anstalten gemacht, um die so dringend notwendige Schule im südlichen Ortsteil erstehen zu lassen; man hat angeblich kein Geld, und so müssen auch in diesem Winter wieder die Kinder derjenigen Eltern, welche im südlichen Ortsteil wohnen, den zirka dreiviertelstündigen Weg nach der Gemeindeschule I mehrere Male des Tags zurücklegen. Um nun aber endlich wieder einmal den Nachweis zu führen, daß man immer noch ein „warmes Herz" für die ärmere Bevölkerung hat, soll nun ganz bestimmt diese Haushaltungsschule eingerichtet werden. Damit aber der Gemeindesäckel nicht allzustark belastet wird, beschloß man, die Schule in einer Baracke, welche für 17 000 M. neu beschafft werden soll, unterzubringen. Hatte man bei der Fremdenschulgeld-Vorlage bewiesen, daß man auswärts wohnenden Familien, deren Kinder die hiesigen Gemeindeschulen besuchen, mit kühler Ruhe 100 M. hierfür abnehmen will, und hatte man weiter ausgesprochen, daß zum Bau eines neuen Gemeindeschulhauses im südlichen Ortsteil kein Geld vorhanden sei, so war man bei der nun folgenden Vorlage betreffend die Ausgestaltung und den Ausbau der höheren Töchterschule umsomehr bestrebt, um die Eltern der „höheren Töchter" zufriedenzustellen. Man will aus der jetzt neunklassigen eine zehnklassige Schule machen. Dazu ist notwendig, daß die Wohnung des Direktors für Schulzwecke benutzt wird. Der Direktor soll eine neue Mietswohnung erhalten. Wieder ein Zeichen dafür, mit welcher Voraussicht man Gemeindebauten ausführt; kaum ist die Schule 4 oder 5 Jahre im Betrieb, und schon zeigt es sich, daß ein umfangreicher Anbau notwendig wird. Nachdem dann noch einige kleineren Vorlagen erledigt waren, erfolgte Schluß der Sitzung.

Wannsee.

Eine hauptsächlich von Frauen gutbesuchte Volksversammlung hörte am Sonnabend im Fürstenhof ein Referat der Genossin Selinger über: Die Frauen und der Sozialismus. Der Vortrag klang aus in einen Appell an die Frauen, sich der politischen Organisation anzuschließen. Der Vorsitzende ersuchte die versammelten Genossen noch, mit aller Kraft für den „Vorwärts", wie auch für den Wahlverein zu agitieren.

Potsdam.

Opfer der Krise. Die 1888 hier gegründete und in der Schiffbauer Gasse 4 etablierte Pappenfabrik (eine Aktiengesellschaft, die in Fordon, Charlottenburg und Breslau Filialen unterhält) hat wegen mangelnder Beschäftigung den Betrieb eingestellt und das Personal, 40 Arbeiter und Arbeiterinnen, die zumeist schon Jahrzehnte bei der Firma beschäftigt waren, entlassen.

Zossen.

Den Bericht vom Nürnberger Parteitag erstattete in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Küter-Schöneberg. Nach der Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich die Versammelten mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden erklären. Insbesondere wendet sich die Resolution gegen die revisionistischen Bestrebungen und gegen das Vorgehen der süddeutschen Genossen in der Budgetfrage.

Vermischtes.

Die Zeppelinfahrt.

Aus Friedrichshafen wird gemeldet: Um 10 Uhr 86 Minuten stieg das Luftschiff in die Höhe und nahm seine Richtung nach Konstanz. Es ist eine mehrstündige Fahrt geplant. — Eine spätere Meldung besagt: Das Luftschiff flog zunächst nach Meersburg und dann landeinwärts. Um 11 Uhr 35 Min. passierte es Markdorf in 200 Meter Höhe in der Richtung nach Heiligenberg.

Friedrichshafen, 27. Oktober. Nach den bis 2 Uhr nachmittags über den Zeppelin I eingelaufenen Meldungen geht die Fahrt bei herrlichstem Wetter rheinabwärts Basel zu. Die Rückkehr erfolgt wahrscheinlich gegen 4 Uhr.

Spätere Meldungen besagen:

Friedrichshafen, 27. Oktober. Das Luftschiff „Zeppelin I" wurde gesichtet um 12 Uhr 30 Minuten über Singen am Hohentwiel, um 1 Uhr 18 Min. über Schaffhausen, um 1 Uhr 46 Min. über Ermatingen am Untersee, um 2 Uhr 15 Min. über Konstanz. Das Luftschiff fuhr dann in ruhiger und sicherer Fahrt das Schweizer Ufer entlang und hielt den Kurs nach Lindau.

Lindau, 27. Oktober. Der Ballon „Zeppelin I" fuhr, von Bregenz kommend, um 3 Uhr 40 Min. über die Stadt hin, vom Jubel der Bevölkerung begrüßt. Von hier nahm der Ballon die Richtung nach Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 27. Oktober. Zu der glänzend verlaufenen Fahrt des Ballons „Zeppelin I" wird aus Konstanz noch gemeldet: Die Fahrt ging von Heiligenberg nach Ueberlingen, von hier über Ludwigshafen durch Singen, Gotmadingen nach Schaffhausen, über den Rheinfall hinweg, über dem Graf Zeppelin einen kurzen Bogen beschrieb. Dann trat der Ballon den Rückweg an über Stein a. Rhein, Diessenhofen nach Konstanz, wo das Luftschiff um 2 Uhr 5 Min. wieder gesichtet wurde. Den Weg von Schaffhausen bis Konstanz, der in der Luftlinie 50 Kilometer beträgt, hat das Luftschiff bei Seitenwind in etwa einer Stunde zurückgelegt. Von Konstanz aus wandte sich das Luftschiff über die Stadt dem offenen See zu, hierauf das Schweizer Ufer entlang nach Rorschach und weiter nach Bregrenz. Die Fahrt gestaltete sich somit bis jetzt zu einer Bodensee-Rundfahrt. Ueberall, und besonders in der Schweiz, wurde der Ballon von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

Friedrichshafen, 27. Oktober, 4 Uhr 35 Min. nachmittags. Die Landung des „Zeppelin I" ist um 4½ Uhr in der schwimmenden Halle von Manzell unter den jubelnden Zurufen der Menge glatt erfolgt.

Ein Güterzug entgleist. Nach einer Meldung aus Pfaffenhofen entgleiste dort in der vergangenen Nacht infolge eines Achsenbruchs ein Güterzug mit fünf Wagen, wodurch die Strecke München—Treuchtlingen—Würzburg längere Zeit gesperrt war. Infolge dessen mußte der abends 10 Uhr 10 Minuten von München abgegangene D-Zug München—Berlin unterwegs umkehren und über Augsburg geleitet werden. Menschen sind nicht verunglückt, der Materialschaden ist laut amtlicher Meldung nicht unbeträchtlich.

Unfall in der Grube. Nach einer Meldung aus Dortmund stürzten auf dem Schacht „Margarete" vier Bergleute in einen Aufbruchsschacht. Einer ist tot, die anderen drei erlitten schwere Verletzungen.

Beim Wildern erschossen. Die „Ostdeutsche Presse" meldet aus Kolmar in Posen: Der achtzehnjährige Besitzerssohn Schleußner wurde beim Wildern von dem Forstaufseher Gräber erschossen.

Der mysteriöse Kriminalbeamte.

Aus Hilden wird vom gestrigen Tage gemeldet: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr fuhr in Unterbach ein Mann im Automobil vor dem Pastorat vor. Er begab sich in Abwesenheit des Pastors in das Haus, stellte sich den dort anwesenden Frauen als Kriminalbeamter vor und hielt eine Durchsuchung der Räume ab. Bei dieser Gelegenheit fiel ihm eine Kassette mit 6500 M. Inhalt in die Hände, welche er beschlagnahmte, angeblich weil der Pastor im Verdacht stehe, falsches Geld verausgabt zu haben. Der angebliche Kriminalbeamte entfernte sich mit dem Automobil in der Richtung auf Düsseldorf, von wo er auch gekommen war.

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter. Heute abend ½9 Uhr: Oeffentliche Versammlung im großen Saale des Zentralarbeitsnachweises, Germannstr. 13. Vortrag über: „Die akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse in Berlin". (Mittwoch, nachmittags von 5—7 Uhr, finden auch Kurse für Nachtarbeiter statt.)

Lese- und Diskutierklub „Südost". Sitzung jeden Mittwoch mit Ausnahme des Zahlabends bei Tolksdorf (Nachfolger Karl Schulz), Görlitzer Straße 58. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 27. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	770	O	2	wolkig	5	Haparanda	768	W	2	halb bd.	7
Hamburg	768	O	2	wolkig	7	Petersburg	777	WSW	1	bedeckt	4
Berlin	768	O	3	bedeckt	6	Scilly	759	NO	3	wolkig	9
Frankf. a. M.	767	Still		Dichst	6	Aberdeen	770	O	4	bedeckt	9
München	768	Still		heiter	1	Paris	762	SO	3	halb bd.	7
Wien	770	OSO	3	bedeckt	9						

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. Oktober 1908.

Trocken und vorwiegend heiter, zeitweise nebelig, am Tage mild bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26.10. cm	seit 25.10. cm¹)	Wasserstand	am 26.10. cm	seit 25.10. cm¹)
Memel, Tilsit	113	−2	Saale, Grochlitz	68	+5
Pregel, Insterburg	−24	0	Havel, Spandau²)	32	+4
Weichsel, Thorn	52	+2	„ Rathenow²)	27	+1
Oder, Ratibor	88	+1	Spree, Spremberg²)	74	0
„ Krossen	66	−1	„ Beeskow	67	0
„ Frankfurt	80	0	Weser, Münden	−98	+12
Warthe, Schrimm	21	+5	„ Minden	−36	−5
„ Landsberg	1	−3	Rhein, Maximiliansau	324	+1
Netze, Nordamm	−9	0	„ Kaub	115	−4
Elbe, Leitmeritz	−73	−5	„ Köln	92	−7
„ Dresden	−188	−2	Neckar, Heilbronn	39	+11
„ Barby	25	−5	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	52	+4	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 28. Oktober.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Tannhäuser.
Königl. Schauspielhaus. Der G'wissenswurm.
Deutsches. König Lear.
Kammerspiele. J. G. Borkman. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. 's Dorfgeheimnis.
Neues. Der deutsche Graf.
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil. (Anfang 7½ Uhr.)
Berliner. Der Clown.
Westen. Der fidele Bauer.
Lessing. Gespenster.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Komische Oper. Tiefland.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Hebbel. Ninon de L'Enclos.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Teufelskerl.
Schiller Charlottenburg. Der Graf von Charolais.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luisen. Eine tolle Nacht.
Bernhard Rose. Philippine Welser.
Bürgerl. Schauspielhaus. Deborah.
Trianon. Die Liebe wacht.
Lustspielhaus. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachm. 4 Uhr: Kairo und die Pyramiden. 8 Uhr: Wissenschaftl. Verein: Prof. Dr. Ziehen: Die Tätigkeit des Gehirns.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der deutsche Graf.
Schauspiel in 5 Akten v. Wollmoeller.
Morgen und folgende Tage:
Der deutsche Graf.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer.
Sonntag nachm. 3½ Uhr zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, 28. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Donnerstag: Die zärtl. Verwandten.
Freitag: Die zärtlichen Verwandten.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.

Berliner Theater.

Heute und morgen 8 Uhr:
Der Clown.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die Tür ins Freie.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: **Kümmere Dich um Amelie.**

Hebbel-Theater

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Ninon de L'Enclos.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Zum erstenmal:
Philippine Welser.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von H. v. Hedemann.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Nachm. 3 Uhr Schülervorstellung:
Das Käthchen von Heilbronn.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Dianabäder.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
8 Uhr: Wissenschaftl. Verein: Prof. Dr. Ziehen: Die Tätigkeit des Gehirns.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Donnerstag: Eine tolle Nacht.
Freitag Premiere: Stolz der Stadt. Komödie in 5 Akten von Gustav Wied.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Abends: Eine tolle Nacht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Stolz der Stadt.
Montag: Eine tolle Nacht.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Mittwoch, den 28. Oktober 1908:
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von Goethe.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

WINTER GARTEN

Letzte Vorstellungen.
Anne Dancrey
Schwestern Merkel, Kontorsionist. **Tortola Valencia,** spanische Tänzerin. **De Onze Brothers,** Flaschenspringer. **Die zwölf Tiller Girls,** engl. Gesangs- und Tanzgruppe. **Phillipartz,** Diabolospieler. **Die drei Merrills,** komische Radfahrer. **Agoust Familie,** Jongleure. **Clifte Berzac,** komischer Dressurakt. **Emma Francis,** Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. **Fuller's Serpentintänzerin.**
Biograph.

Apollo Theater

9.30 Heute 9.30
unter persönlicher Leitung des
Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Burleske von Alfred Schmassow.
Musik von **Paul Lincke.**
Vorher ab 8 Uhr: **Das Attraktions-Progr.**

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.
Ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater

Direktion Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Gr. Erfolg! Spannende Handlung!
Frau Zoes Rache.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, 31. Oktober: **Von Stufe zu Stufe.**

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Donnerstag, den 29. Oktober 1908:
Auf Strafurlaub.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Zwillingsschwester.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Hofmann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 28. Oktober, abends präzise 7½ Uhr:
Elite-Abend — Gala-Programm und
zum erstenmal der Oeffentlichkeit vorgeführt!
John der mehrfach prämiierte Polizeihund,
dressiert und vorgeführt von dem **Polizisten Bonel I** (der Verbrecher wird dargestellt von Herrn **Bonel II**). **Muffa,** afrikanisches **Dromedar** in der hohen Schule dress. und geritten von **Mr. Florio. 36 Original-Marokkaner.** Dir. **Alb. Schumann mit seinen 16 Rekruten. — Neue Spezialitäten.**

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — S. Johmlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.

Mittwoch, den 28. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Zur Feier seines
25
jährig. Artistenjubiläums
wird
Mr. Houdini
ein bisher nie gesehenes
sensationelles Spezialprogr.
vorführen. Ferner: **Die Uessems. Gebr. Saxon.** Zum erstenmal: Frl. **Martha Mohake,** Schulreiter. auf Neapolitaner-Soja. 10 Uhr ca.:
Barbarossa!!
Vorher das gr. Galaprogramm.
Voranzeige!
Sonntag, 1. November, nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr:
Barbarossa!

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den **1. November,** in der **„Neuen Welt",** Hasenheide 108/114:
25jähriges Stiftungsfest.
::: Großes Vokal- und Instrumental-Konzert :::
Neues Tonkünstler-Orchester unter Leitung des Herrn **Franz Hollfelder.** — Rezitation: Herr **Eduard v. Winterstein** vom Deutschen Theater. — Gesang: Fräulein **Pankonin-Aderhold** und Fräulein **Martha Münch,** Konzertsängerinnen. — Männerchor (90 Sänger) unter Leitung von Herrn **Stitz.**
Festrede: Kollege **A. Dietrich-Stuttgart.** × **Lebende Bilder.**
Nach dem Konzert: **Großer Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang des Konzerts 5 Uhr.
Eintrittskarten: Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Die Saaltüren bleiben während der Vorträge geschlossen. — Rauchen während des Konzerts nicht gestattet. — Kinder unter 6 Jahren haben kein Zutritt.
Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis.
Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engelufer 15 II, Zimmer 39/40, in den Zahlstellen und bei den Vertrauenspersonen. 24/16
Achtung! Mitglieder. Das Bureau ist an diesem Nachmittag sowie auch alle Zahlstellen geschlossen. **Die Ortsverwaltung.**

Ausstellungs-Hallen am Zoo.
24. Oktober bis 3. November.
Geöffnet 10-10 Uhr. 4-10 Uhr Konzert.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Den Gipfel des Erfolges bildet der
größte Herrnfeld-Schlager
Die beiden Bindelbands!!
Komödie in 2 Akten mit **Anton Herrnfeld** als Verwandlungskünstler **„Monsieur Ganivet"** und **Donat Herrnfeld** als **„Bondi Bindelband".**
Vorher: **Künstlerteil.** U. a. **D'Ormays Ballettesen-Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble Saratoff, Russentrio. Lena Hansen.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Unter anderem:
Das
versiegelte Brautpaar.
Urkomische Burleske.
Anf. wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Gr. Elite-Soiree Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
Gr. Erfolg aller Nummern!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Forrée, Mr. Boston u. Stella, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita u. Stefan Komarowy.
Der arme Casimir. Schwank mit Gesang von Schmidt Hawkins.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonntag: **Tanz.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

= Die Urabstimmung =

über die **Verschmelzung** findet am
Sonnabend, den 31. Oktober, nachmittags,
in den nachstehend verzeichneten Wahllokalen statt:

Wahlzeit: 7—11 Uhr.
Hennig, Arkdorf, Zietenstr. 69
Wiemers, Bülowstr. 59
Tiethke, Hagelberger Str. 21
Ohnesorge, Markgrafenstr. 102
Mix, Skalitzer Str. 59
Junge, Wilhelmshavener Str. 11
Wohlfahrt, Rosenthaler Str. 57, Eingang vom Hof
Hegel, Ackerstr. 21
Kürbis, Luisenstr. 26

Wahlzeit: 5—10 Uhr.
Rott, Straßmannstr. 23.
Jonas, Blumenstr. 36
Tröbel, Blankenfeldestr. 5
Appel, Schönlinstr. 24
Becker, Georgenkirchstr. 67
Patt, Dragonerstr. 15
Lawrenz, Sophienstr. 10
Lerche, Gleimstr. 63
Lepin, Brunnenstr. 30, Hof
Weiß, Rungestr. 20

Bureau: Blankenfeldestraße 10, von 9—1 und 4—8 Uhr.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen. 169/20
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zinngießer.

Am Donnerstag, den 5. November cr., findet im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal 7), die
Wahl von 56 Vertretern der Arbeitnehmer
und
27 Vertretern der Arbeitgeber
statt; und zwar wählen die **Arbeitnehmer abends von 6—8½ Uhr,** die **Arbeitgeber von 8½—10 Uhr.**
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 2481b
Berlin, den 27. Oktober 1908.
Der Vorstand.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Progr.
Im Tunnel: Regimentskapelle 2c.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Neu einstudiert!
Deborah.
Schauspiel in 5 Akten v. S. Rosenthal
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Der Militärstaat.**
Nächst. 4. Nov. Oper: **Der Troubadour.**

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Direktion: R. Milan u. E. Ritter.
Antonie Gates.
Ycotha & Kapt. Grade
Ling Ling Comp.
und **12 Attraktionen.**
Angenehmster und amüsantester Aufenthalt für Familienpublikum.
Entree 2, 1,50, 1 M., 75, 50 Pf.
Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis.

Theater Folies Caprice

Kniestr. 132.
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau.
Neu: Grünacker als Verteidiger in Strafsachen. Verwert. v. 10-2 a. d. Kasse, b. Wertheim u. Invalidendank

Berliner Palast

Lutherstr. 22/24. Ständige Eisbahn. Von morgens 10 bis nachts 12 Uhr geöffnet. Großes Konzert. Abends 8 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen. Am 1. November: Meisterläuferpaar Alfred und Sigrid Naß. — 3., 4. u. 5. November: Großes Internationales Eis-Wettlaufen d. besten Meister der Welt.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Echte Spreeathener.
Volksstück mit Gesang und Tanz von Walther Gericke.
Franz Heibig, Hausdiener: Dir. Gustav Behrens, Wilhelm Henschel, Arbeiter: Regiss. Bernh. Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen **Spezialitäten.**
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Modernes Waschmittel

garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten

für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Stolas,
Kollers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Baretts, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Verkf. bis 9 abends. Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermstr.
Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

Wir verkaufen
jetzt noch billigst
☐R **4 Mark** an
in Petershagen, Ostbahn,
☐R **10 Mark** an
Seegefeld, am Bahnhof,
☐R **12 Mark** an
Karlsdorf, am Bahnhof,
☐R **10 Mark**
Bahnhof Sadowa, Biesdorf-Karlsdorf-Süd,
☐R **30 Mark** an
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Aufklärung! Wir verkaufen nach wie vor direkt an das Privatpublikum

Das echte Original-
Graetzin-Licht

mit Mk. **4,50** pr. Lampe
Komplett: Glocke, Zylinder, Strumpf.
Lieferbar sofort jedes Quantum.

Das echte Graetzin-Licht per Lampe Mk. **4.50**

Wir offerieren außerdem zu Fabrikpreisen:
Schaufenster- und Laden-Beleuchtungen
in noch nie dagewesener Auswahl.
Lampen für Außenbeleuchtung
Hängelicht • Graetzin • Auer
1—4flg. von **15 Mk.** an.
Verlangen Sie den Besuch unserer Vertreter.

Neanderstr. 4, Hof
Zur billigen Licht-Quelle.
Direkter Verkauf auch an **Private** zu **Fabrikpreisen.**

In jedem Haus benützt man jetzt zum Kochen, Braten, Backen nur noch „Palmin."

S H

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Für **Kontor, Bureau** oder **Kassen** besonders geeignet, Sebastianstr. 37/38, im neuerbauten Quergebäude der Ortskrankenkasse der Schneider usw., II. Etage, ca. 310 Quadratmeter, mit Doppellicht, zum 1. April 1909 oder auch früher zu vermieten. Besichtigung daselbst zu jeder Tageszeit. •

Haben Sie Stoff?
*ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Maß**, schick, dauerh. Zutaten, von **20 Mark** an. **Moritz Labaud,** Neue Promenade 11 (Südth. Börse).*

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. **Kleine Raten!**
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Postkarte erbeten. +

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115 l, a. Oranbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18 (Querstr. d. Rosenthaler Str.)
empfiehlt seine 50—2000 Personen fassenden **Säle** zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten unter den kulantesten Bedingungen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg. das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Büttner (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 12125R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 100 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver-Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. •

Reiseglläser, Operngläser, Reizzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. •

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1351R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Einzelne Bettstücke, Wäsche, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1348R*

Winterpaletots, Anzüge, Decken, Uhren, verfallene Pfänder spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7.

Pfänderverkauf! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Staunendbilligste Winterpaletots! Riesenauswahl! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligster Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Wanduhren! Taschenuhren! Ringauswahl! Kettenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! „Anerkannt: „Großberlins Einkaufsvorteil!" Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †108*

Nähmaschinen. Vergütte bis 20,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauer, Frankfurter Allee 101, Nähmaschinen-Geschäft. 24465*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Steppdecken, Wollatlas und Sintiseide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. •

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1356R*

Plüsch- und Tischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7,25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1358R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1369R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1370R*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1371R*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1372R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1374R*

Tischdecken (reich gestickt), in Viktoriatuch 1,85—3 Mark, in Velvetplüsch 4,85—5,65. Saison-Extrapreiste Teppichhaus Emil Lesdore, Oranienstraße 158. 1153R*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. •

1000 neue Nähmaschinen, Langschiff, hocharmig, prima Qualität, gebe auf Abzahlung ohne Anzahlung. Drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1335R*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rotenthalerstraße 10. 265/14*

1000 Teppiche, Prachtstücke einzelner Musterteppiche. Einen großen Posten Plüschportieren, Stores, Steppdecken verkauft bis zur Hälfte des regulären Listenpreises Teppichfabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2450b

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00, Exerzierstraße 25, III links.

Vergütte bis 20,00, wer Nähmaschine kauft oder nachweist. Ohne Anzahlung. Postkarte. Kuhn, Steinstraße 2. 2478b

Schreibmaschine, tadellos schreibend, 25,—, Linienstraße 115, I links.

Steppdecken spottbillig Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2993R*

Drehrollen, Hausmangeln, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Berlinea Drehrollen-Fabrik, Waßmannstraße neunundzwanzig. 1268R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1337R*

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Winterpaletots! Herrengarderobe! Möbelstücke! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Spottpreise! 1293R*

Geschäftsverkäufe.

Schnell, diskret verkaufen Geschäfte, Grundstücke Gorniklewicz & Co., Oranienstraße 149. Telephon 4, 11611.

Eckrestauration, bestrenommiertes sehr gut gehendes Geschäft, volle Konzession, Vorgänger nachweislich sehr gut rentabel (Ueberzeugung macht wahr), altershalber verkäuflich. Uebernahme und Verkaufsbedingungen nach Uebereinkunft. Näheres bei Berger, Berlin W, Regensburgerstraße 7.

Gutes Kolonialwarengeschäft, Miete 36 Mark, Umsatz 1200 pro Monat, verkaufe mit viel Ware für 3100 Mark. „Vorzüglich", Hauptpostamt Rixdorf. 2485b

Möbel.

Auf Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2075b*

Lesen Sie folgende Inserate von Hasemanns Gelegenheits-Käufen in besseren Möbeln und Teppichen, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Fast keine Möbelfirma ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen, als die obige! Sogar reellen Leuten, welche größere Anzahlungen leisten, gibt sie auch Zahlungs-Erleichterung! 2341b*

Speisezimmer, 6 Monate gebraucht, 530,— Lothringerstraße 26. •

Speisezimmer von Offizier, neun Monate gebraucht, 750,— Lothringerstraße 26. 2343b*

Salon, wunderbar, 3 Monate alt, 525,— Lothringerstraße 26. 2344b*

Herrenzimmer vom Ingenieur, 460,— Lothringerstraße 26. 2345b*

Schlafzimmer, eiche mit dreiteiligem Schrank, 450,— Lothringerstraße 26. 2346b*

Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, 250,— Lothringerstraße 26. 2347b*

Herrenzimmer, als Musterzimmer gedient, 750,— Lothringerstraße 26.

Schlafzimmer, hochmoderne Ausführung, mit Frisiertoilette und Umbau, gekostet 2800,— jetzt 1650,— Lothringerstraße 26. 2349b*

Salon, fürstlich ausgeführt, wirklich sehenswert, komplett 1300. Lothringerstraße 26. 2350b*

Herrenzimmer, schwere Arbeit, kurze Zeit verliehen, 900. Lothringerstraße 26. 2351b*

Teppiche, von vorjähriger Saison, gute Muster, Tischdecken, Chaiselonguedecken, ganz billig. Lothringerstr. 26.

Ankleideschrank, Plüschsofas, Garnituren, Bettstellen, Vertikos, Kleiderschränke, Ausziehtische, Ledersofas, Klubsessel, Büfette, Schreibtische, Umbaue, Chaiselongues, Gaskronen, Standuhren, Lederstühle, Säulentrumeaus, billiger wie überall. Lothringerstraße 26. 2353b*

Moderne Wohnungs-Einrichtung in nußbaum, große Auswahl, diesen Monat ganz billig, Lothringerstraße 26. 2354b*

Besichtigung in 6 Etagen mit 100 Musterzimmer, für arm und reich, mir ist jeder gleich! Hasemanns Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln, Teppichen, Tischdecken, Steppdecken, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Nur diesen Monat solche Ausnahmepreise! 2355b*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Bierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270R*

Metallbetten, Kinderbettstelle, spottbillig Ritterstraße 90 III. 1296R*

Verlobten kann ich meine fast neue Einrichtung empfehlen, auch einzelne Stücke gebe ab. Zwei englische Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, Säulentrumeau, Ausziehtisch, Stühle, Teppich, Portieren, Bilder, Wanduhr, Kanarienvogel, Nähmaschine, moderne Küche billigst. Fräulein Bölling, Chausseestraße 52, vorn II, Flureingang. 2484b

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, gut erhalten, muß spottbillig verkaufen. Große Frankfurterstraße 14, Quergebäude Keller. †34*

Verschiedenes.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Griechisch, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Weisel, Gutschmierstraße 94a. 2555R*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Transportrad, Kontrollkasse gesucht Rosenthalerstraße 33. 2359b*

Platen, Klassiker, andere Bücher kauft Beyer, Oranienstraße 138. •

Klavierkursus, Monatspreis 3,00. Klavierüben frei. 20 Klaviere. Albrechts Musikakademie, Moritzplatz, Oranienstraße 147. 11/4

Volkssänger-Gesellschaft Ankle, Swinemünderstraße 17. †65*

Volkshumorist „Sinske". Duett, Trio. Pücklerstraße 15 I. †23

Vermietungen.

Zimmer.

Teilnehmer an einem möblierten Zimmer sucht Frau Jacobety, Wiesenstraße 10, vorn II. 2214b*

Möbliertes freundliches Zimmer vermietet Stoppel, Skalitzerstraße 24a, vorn III. 2489b

Möbliertes Zimmer, billig, Nähe Görlitzer Bahnhof, Reichenbergerstraße 126 bei Brehmer. †23

Möbliertes Zimmer für Herrn bei Voß, Oranienstraße 40/41. 11/5

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, separat, Herrn, Grünerweg 63, I. Mielitz 2470b*

Möblierte Schlafstelle, Flureingang, bei Freyer, Prenzlauerstr. 18, am Alexanderplatz, 3. Portal III.

Alleinige Schlafstelle vermietet Witwe Bohl, Rügenerstraße 16, 1. Aufgang I. †34

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, Witwe Körner, Grüner Weg 60, vorn II. †119

Möblierte Schlafstelle, Muskauerstraße 44, vorn IV, Schwarzer. 2488b

Möblierte Schlafstelle, Flureingang, Herrn, Prinzessinnenstraße 8, Lindemann. 11/13

Bessere Schlafstelle an Dame oder Herrn vermietet Alix, Rixdorf, Pannierstraße 53a, vorn. 2497b

Schlafstelle, Herrn, bei Witwe Jankowsky, Grauerstraße 4, vorn IV.

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Oranienstraße 157, vorn III (nahe Moritzplatz). Schulz †135

Mietsgesuche.

Möblierte Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 1. November bis 12. Dezember gesucht. Nur schriftliche Angebote mit Preisangabe an Saßenbach, Engelufer 15. 1376R

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Korbmacher, Mattarbeit, Treskowstraße 21. 2487b

Berliner Großbrauerei sucht tüchtige Flaschenbier-Kutscher mit Kaution. Offerten unter M. 3 an Hauptexpedition des „Vorwärts". 2477b

Farbigmacher verlangt Krautstraße 39. †146

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien bei monatlicher Vergütung für unsere sämtlichen Geschäfte per sofort, auch später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Spittelmarkt 16/17, Kottbuserdamm 1/2, Gr. Frankfurterstraße 113, Brunnenstraße 19/21. •

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weitze, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechaud, Rudolplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Weckert, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
Dehne, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Brunnenstr. 31.
Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Seesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifert, Kronprinzenstr. 4.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
R. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schilbert, Königs-Chaussee 89a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Kameleistr. 12.

Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kiebholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.